

die internationale

MAGAZIN DER INTERNATIONALEN SOZIALISTISCHEN ORGANISATION



ANTIMILITARISMUS UND WEHRPFLICHT

INHALT

<i>Gesundheitspolitik</i>	
Unsere Krankheit – Ihr Profit, Daniel Berger	3
<i>Krankenhausfinanzierung:</i>	
Ein Instrument zur Produktion von Profiten und Missständen, Axel Hopfmann	5
<i>Dossier</i>	
Nein zu Wehrpflicht und Kriegstüchtigkeit! ISO-Ortsgruppe Mainz-Wiesbaden	9
Antimilitarismus und Wehrpflicht, Jakob Schäfer	11
Sozialer Widerstand als strategisches Konzept, Daniel Berger	16
Erstschlagfähigkeit: Ziel der deutschen Aufrüstungspläne, Jakob Schäfer	20
<i>Israel/Palästina</i>	
Assoziierungsabkomme EU-Israel aufkündigen!, Jakob Schäfer	23
Medien ignorieren Rolle Israels bei der Ermordung der Journalistin Amal Khalil, James North	25
Staatsräson, Johann-Friedrich Anders	27
Massenmedien der USA als Komplizen beim Genozid in Gaza, Interview mit Adam Johnson	30
<i>Krieg USA/Israel-Iran</i>	
Betrachtungsweisen, Yassamine Mather	35
<i>Antifa</i>	
Große Erfolge, Herausforderungen und Chancen, Manuel Rodriguez Banchs, Penelope Duggan, Israel Dutra, Antoine Larrache, João Machado, Reymund de Silva und Eric Toussaint, Mitglieder des Büros und des Internationalen Komitees der Vierten Internationale	39
<i>Faschismus</i>	
Die neue extreme Rechte, Enzo Traverso	43
<i>Muskismus</i>	
Das Zeitalter des Muskismus, Quinn Slobodian und Ben Tarnoff	48
Elon Musk – ein reaktionärer Technoking, Friedrich Dorn	54
<i>Manifest der IV. Internationale</i>	
Gedanken zum Umbau der Städte im Interesse der Menschen, Michael Lorenz	55
<i>Aktuelle Neuerscheinung:</i>	
Nicaragua zwischen Sandinistischer Revolution und Ortega-Diktatur, Matthias Schindler	60
<i>Kuba</i>	
Solarenergie für Kuba – Solidarität jetzt!	62

IMPRESSUM

die internationale wird herausgegeben von der Internationalen Sozialistischen Organisation (ISO, Deutschland), in Zusammenarbeit mit Genoss:innen der Sozialistischen Alternative (SOAL, Österreich) und der Bewegung für den Sozialismus (BFS/MPS, Schweiz).

die internationale erscheint zweimonatlich. Namentlich gekennzeichnete Artikel geben den Standpunkt und die Meinung der Autor:innen wieder.

Redaktion:
Wilfried Dubois, Jochen Herzog,
Björn Mertens, Paul Michel, Heinrich
Neuhaus, Jakob Schäfer, Michael Weis
(V.i.S.d.P.)

Abonnements:

- Einzelpreis: EUR 5,-
CHF 6,-
- Jahresabo: EUR 27,-
- Doppelabo (je 2 Hefte): EUR 37,-
- Solidarabo: ab EUR 35,-
- Sozialabo: EUR 16,-
- Probeabo (3 Hefte): EUR 10,-
- Auslandsabo: EUR 45,-

www.intersoz.org

Verlag, Verwaltung & Vertrieb:
die internationale
c/o ISO, Regentenstr. 57–59, 51063 Köln
Vertrieb:
internationale-vertrieb@intersoz.org

Gestaltungskonzept: Tom Bogen

Kontaktadressen:

- Deutschland:
ISO,
iso@intersoz.org,
<https://intersoz.org/>
- Österreich:
SOAL, Sozialistische Alternative,
office@soal.at,
<https://soal.at/>
- Schweiz:
BFS/MPS, info@bfs-zh.ch,
<https://sozialismus.ch/>

UNSERE KRANKHEIT – IHR PROFIT

Die anvisierte „Gesundheitsreform“ zielt auf eine Begrenzung der Krankenkassenbeiträge, in erster Linie um die sogenannten „Arbeitgeber“ nicht mit höheren Beiträgen zu „belasten“.

■ Daniel Berger

■ Neben der Rentenreform ist die „Gesundheitsreform“ im Moment der schärfste Angriff auf die hiesigen sozialen Sicherungssysteme. Schon der Name ist völlig irreführend. Es geht nicht um die Wahrung oder Förderung unserer Gesundheit, sondern einzig und allein darum, auf keinen Fall die Beitragssätze erhöhen zu müssen. Zurzeit beträgt der Beitragssatz 14,6 % plus (je nach Krankenkasse unterschiedlich) im Schnitt 2,9 %, beides hälftig von Beschäftigten und „Arbeitgebern“ zu zahlen. Die Sorge dreht sich nicht um die Beiträge, die die Versicherten zu zahlen haben, sondern um die des Kapitals.

Der Grund für die angestrebte Reform: Die Ausgaben wachsen schneller als die Einnahmen. Je mehr die Lohnsumme – gemessen an der allgemeinen Preisentwicklung und vor allem am Kostenanstieg im Gesundheitssektor – zurückbleibt, desto mehr hinken damit auch die Krankenkassenbeiträge hinterher. So ist allein im Zeitraum 2020 bis 2025 das Bruttoinlandsprodukt um 29 % gestiegen, die Einnahmen der GKV aber nur um 23 %. Zwar sollen laut Regierung alle „Beteiligten ihren Beitrag“ zur Kosteneinsparung leisten (am stärksten werden gerade die Psychotherapeuten gebeutelt), doch an die eigentlichen Profiteure des kapitalistischen Gesundheitssektors soll nicht herangegangen werden. Für gewisse Sparten auf der Anbieterseite ist dieser Sektor ein Selbstbedienungsladen. „Da aber in keinem anderen Politikfeld so viel Geld verteilt und so hart darum gekämpft wird wie im Gesundheitswesen, bleibt

das Patientenwohl für die Interessenvertreter meistens zweitrangig; Geld bedeutet Macht und lässt sich selten mit Gesamtinteressen vereinbaren.“¹ Was Haas hier (im Jahr 2014) beschreibt, stimmt uneingeschränkt. Ergänzend wollen wir allerdings hinzufügen, dass heute die Profiteure im Rüstungssektor noch größer sind als in der Pharmaindustrie, dem traditionell profitabelsten Sektor der deutschen Wirtschaft.

Die Crux liegt auf unterschiedlichen Ebenen

1 Die Beitragszahlungen erfolgen nicht nach dem Solidarprinzip, will heißen: Ab einer gewissen Einkommenshöhe (zurzeit 69 750 €/Jahr) steigen die Beiträge nicht mehr zusammen mit dem Einkommen. Jemand, der/die z. B. 100 000 € im Jahr verdient, hat einen viel geringeren Beitragssatz als ein(e) Durchschnittsverdiener:in. Hinzu kommt, dass andere Einkommensarten – Zinsen aus Geldvermögen usw. – überhaupt nicht für die Beitragsbemessung herangezogen werden. Diejenigen also, denen es am wenigsten ausmachen würde, das Gesundheitssystem mitzufinanzieren, bleiben davon weitgehend ausgenommen.

2 Die Ausgabenseite ist in diesem System in keiner Weise zu kontrollieren. Da es im Kapitalismus keine offenen Bücher gibt, also die tatsächlichen Geldflüsse und damit auch die Profite sich jeglicher Kontrolle entziehen, können sich die Anteilseigner der Konzerne die Taschen vollmachen.

Im Gesundheitssektor sind dies vor allem die Hersteller von Medizintechnik und die Pharmaindustrie.

Aber auch die Krankenhauskonzerne sahen ab. So werden – einzig und allein aus Profitgründen und zulasten der Betroffenen – zu viele Operationen vorgenommen, weil mit ihnen am meisten zu verdienen ist. Das betrifft Hüftgelenk-Operationen oder auch Kaiserschnitte, die heute bei jeder dritten Geburt vorgenommen werden². „Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) empfiehlt, eine Kaiserschnittquote von zehn bis 15 Prozent nicht zu überschreiten. Ab zehn Prozent sinkt die Sterblichkeit von Mutter und Kind statistisch nicht weiter. Warum ist die Kaiserschnitt-Quote hierzulande dennoch so hoch? [...] 50 Prozent der Kaiserschnitte in Deutschland werden geplant. Das hat eher organisatorische und ökonomische denn medizinische Gründe“, sagt Lütje. „Personalmangel verschärft die Situation zusätzlich.“³ All dies treibt die Kosten in die Höhe, zugunsten der Kapitaleigner.

3 Insgesamt wird zu wenig für die Vorbeugung getan. Es fängt schon damit an, dass die wachsende Zahl von Burnout und psychosozialen Krankheiten nicht rechtzeitig oder gar nicht therapiert werden und deswegen zu schlimmeren Krankheiten führen. Diese resultieren nicht nur aus der Arbeitswelt, sondern auch aus der allgemeinen Gesellschaftspolitik. Nehmen wir nur ein Beispiel aus der Verkehrspolitik:

„Schätzungsweise mindestens 239 000 Todesfälle pro Jahr lassen sich in der EU auf eine zu hohe Feinstaubbelastung in der Luft zurückführen. 70 000 Todesfälle seien im Jahr 2022 einer Belastung mit Ozon sowie 48 000 mit Stickstoffdioxid zuzuschreiben, teilte die Europäische Umweltagentur EEA in einem Bericht mit.

TEXTE ZUR GESUNDHEITSPOLITIK

Wie wir die Gesundheitspolitik im real existierenden Kapitalismus einschätzen ist in dem Grundsatzartikel „Gesundheit – ein Mordsgeschäft“ von Michael Weis dargelegt: <https://intersoz.org/gesundheit-ein-mordsgeschaeft-3>

Auch Genosse Thaeus Pato hat einen Grundsatzbeitrag zur Gesundheitspolitik geschrieben: „Grundrisse einer alternativen Gesundheitspolitik“. Darin skizziert er wesentliche Merkmale eines postkapitalistischen Systems beim Umgang mit Gesundheit und Krankheit: <https://intersoz.org/grundrisse-einer-alternativen-gesundheitspolitik/>

Die neuen Daten bestätigten einmal mehr, dass die Menschen in Europa mit Luftschadstoffkonzentrationen fertig werden müssten, die deutlich über den empfohlenen Werten der Weltgesundheitsorganisation (WHO) lägen, schrieb die in Kopenhagen ansässige EU-Behörde. Die Todesfälle hätten durch das Einhalten der WHO-Richtwerte vermieden werden können.⁴

Einen großen Anteil an diesen desaströsen Zuständen hat der motorisierte Individualverkehr (vor allem wegen des Reifenabriebs). Das am wenigsten schädliche Verkehrsmittel ist der schienengebundene Öffentliche Personenverkehr (Bahnen und Straßenbahnen). Der wird aber nicht gefördert, weil dort weniger Profite zu erzielen sind.

Will man die hohe Zahl von Verletzten, die durch den motorisierten Individualverkehr erzeugt werden, drastisch vermindern, dann bietet sich als Sofortmaßnahme eine wirksame Reduzierung der Höchstgeschwindigkeiten in Orten, auf Landstraßen und Autobahnen an, nämlich sinnvollerweise auf 30 / 80 / 100 km pro Stunde. Ergänzend muss der gesamte ÖVP ausgebaut und so weit wie möglich auf schienengebundene Verkehrsmittel umgestellt werden.

Man sieht: Eine Gesundheitsreform, die diesen Namen verdient, müsste auf verschiedenen gesamtgesellschaftlichen Ebenen angegangen werden. Doch dem steht das Profitprinzip im Weg. Solange dieses nicht grundsätzlich infrage gestellt wird, wird es keine großen Verbesserungen geben können. Im Moment drohen nur weitere Verschlechterung, die es massiv zu bekämpfen gilt. Ver.di macht mit ihrer Demo am 10. Juni in Hannover einen Anfang. Sorgen wir dafür, dass es nicht dabei bleibt.

1 Torsten Haas: „Selbstbedienungsladen Gesundheitsmarkt. Die umstrittene Rolle der Interessenverbände“ Hamburg (Diplomica Verlag) 2014, S. 67

2 https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2026/05/PD26_N028_23.html

3 <https://www.apotheken-umschau.de/news/warum-so-viele-kinder-in-deutschland-per-kaiserschnitt-auf-die-welt-kommen-1344945.html>

4 <https://www.spiegel.de/wissenschaft/mensch/feinstaub-fast-240-000-todesfaelle-jaehrlich-durch-luftverschmutzung-a-b9e220a7-cca2-4fd6-b76b-22c6ab180ed2>

EIN INSTRUMENT ZUR PRODUKTION VON PROFITEN UND MISSTÄNDEN

Hier soll nur grob skizziert werden, wie die Krankenhausfinanzierung in Deutschland funktioniert und welches die Folgen sind.

■ Axel Hopfmann

Für weitergehende und detaillierte Informationen sind die Veröffentlichungen des Bündnisses „Krankenhaus statt Fabrik“ zu empfehlen. Zunächst wollen wir kurz in Erinnerung rufen, wie es lief, als die Krankenhausversorgung noch eine öffentliche Aufgabe war.

Es galt mal das Kostendeckungsprinzip

Bis Anfang dieses Jahrhunderts galt für Krankenhäuser das „Selbstkostendeckungsprinzip“. Dazu hieß es in der Bundespflegesatzverordnung lapidar: Die Pflegesätze sollen die laufenden Kosten eines wirtschaftlich arbeitenden Krankenhauses decken. Will sagen: Die tagesgleichen Pflegesätze waren so kalkuliert, dass damit die Kosten des vergangenen Jahres im Prinzip wieder reinkamen. Die „laufenden Kosten“ sind die Kosten ohne Investitionen. Die Investitionen wurden aus Steuergeldern bezahlt. So soll es eigentlich immer noch sein, aber kein Bundesland stellt dafür auskömmliche Mittel bereit.

Das Kostendeckungsprinzip wurde und wird systematisch schlecht geredet. Da heißt es, es sei für die „Kostenexplosion“ verantwortlich gewesen. Welche Kostenexplosion? Die Ausgaben der gesetzlichen Krankenversicherungen pendeln seit 1973 um einen Wert von 6 % des Bruttoinlandsprodukts. Es gehört schon viel Mühe dazu, eine Kostenexplosion herbeizureden. Dafür, dass es keine Kostenexplosion gab, sorgten die Krankenkassen durch „Wirtschaftlichkeitsüberprüfungen“. Das heißt:

Fanden die Krankenkassen Ausgaben eines Krankenhauses unwirtschaftlich, wurden diese einfach nicht bezahlt, also bei der Berechnung der Pflegesätze ausgeklammert. Die Folge war, dass die Krankenhäuser unterfinanziert waren und bei Beginn der Krankenhausreformen jeweils Schulden in zweistelligen Millionenhöhen hatten.

Die zweite Legende ist die über das Kostendeckungsprinzip: Durch die tagesgleichen Pflegesätze habe es einen Anreiz gegeben, Patient:innen länger im Krankenhaus zu behalten als nötig. Zahlreiche Geschichten werden darüber erzählt, dass angeblich nie Patient:innen zum Wochenende entlassen wurden. Einen Schönheitsfehler haben sie allerdings: Sie sind mit der amtlichen Statistik über die Verweildauer in Krankenhäusern nicht vereinbar. Diese zeigen eine linear sinkende Verweildauer, unabhängig von den Zeiten der verschiedenen Finanzierungssysteme.

Warum also dieses Schlechtreden?

Das gehört zu den Aspekten, über die *nicht* so laut geredet wird: Mit dem Selbstkostendeckungsprinzip machen Krankenhäuser keine Profite.

Von der öffentlichen Aufgabe zur Profitorientierung

Bis zum Anfang des 21. Jahrhunderts galten die Pflegesätze grundsätzlich weiter. Allerdings wurde unter der Regie des Gesundheitsministers Seehofer schon eifrig an einer Umstellung auf „Fallpauschalen“ gebastelt. Das ließ

sich zunächst etwas holperig an, bis schließlich um das Jahr 2000 das „DRG“-System importiert wurde (DRG: Diagnosis Related Groups). Es handelt sich dabei um ein raffiniert gestricktes und verfeinertes System der Fallpauschalen. Im Ergebnis läuft es darauf hinaus, dass es statt der tagesgleichen Pflegesätze politisch festgelegte Preise für die Behandlung bestimmter Krankheiten gibt.

Das war so etwas wie eine neoliberale Revolution, die – bis auf eine Handvoll Fachleute – niemandem auffiel. Die Folgen: Mit einem Mal war es möglich, mit Krankenhäusern Profit zu erwirtschaften. Damit wurden sie für private Investoren interessant. Die Krankenhausprivatisierungen nahmen rasant zu. Billiger wurde es nicht. Da aber das Gesamtbudget für alle Krankenhäuser gedeckelt war, wurde die Konkurrenz zwischen ihnen zu einem Kampf, bei dem es ums Überleben ging (und nach wie vor geht).

Das setzte den Zwang, auf Teufel komm raus zu sparen. Es war klar, wo gespart werden musste: Der größte Anteil der Krankenhauskosten sind Personalkosten und davon wiederum der größte Anteil Kosten für Pflegekräfte. Die Arbeitsbedingungen in der Krankenhauspflege, die noch nie gut waren, verschlechterten sich drastisch. Es setzte eine Flucht aus dem Beruf ein, obwohl die allermeisten Pflegekräfte ihren Beruf als einen schönen empfinden. Schätzungsweise gibt es bundesweit über 400 000 Pflegekräfte, die aus dem Beruf ausgestiegen sind. Viele gingen in Teilzeit, um die Belastungen überhaupt noch aushalten zu können. Nach einer Studie der Arbeitnehmerkammer Bremen wäre ein großer Teil bereit, wieder zurückzukehren, unter der Voraussetzung, dass die Arbeitsbedingungen sich verbessern.

Es gibt keinen Fachkräftemangel in der Pflege, sondern eine Vertreibung der Fachkräfte aus ihrem Beruf. Das führte zu gravierenden Missständen, die in trauter Eintracht von Krankenhausbetreibern und Aufsichtsbehörden verharmlost werden.

Zur Illustration:

Eine Pflegekraft, mit den Patientinnen allein auf Station, hat mit einer Patientin zu tun, die massiven Durchfall hat, jedoch nicht aufstehen und zur Toilette gehen kann. Aber die anderen auf der Station brauchen die Pflegekraft ja auch. In ihrer Verzweiflung stellt die Pflegekraft das Bett schräg, damit die Sauce der Patientin wenigstens nicht ins Gesicht läuft.

In der Notaufnahme eines großen Krankenhauses: Ein Mann bringt seinen Bruder als Notfall dorthin. Doch niemand kann sich um den akut Kranken kümmern. Dem

geht es derweil immer schlechter, bis sein Bruder sein Handy nimmt und die Nummer 112 wählt.

Auch in einer Notaufnahme: Zwei Pflegekräfte sind anwesend. In einem Teil der Notaufnahme liegt ein Patient, der hoch infektiös ist und isoliert werden muss. Das heißt für die Pflegekräfte, sie können nicht einfach in das Zimmer hinein- und wieder hinausgehen, sondern müssen eine etwas umständliche Prozedur befolgen. Die andere Pflegekraft betreut eine Patientin, die am EKG-Monitor hängt, weil jederzeit ein Herz- oder Atemstillstand droht. Die Pflegekraft für das Isolierzimmer braucht Hilfe, weil sie allein den schwergewichtigen Mann nicht bewegen kann und holt sich ihre Kollegin. Als diese sich wieder ausgeschleust hat und in ihren vorherigen Arbeitsbereich zurückkehrt, findet sie die Überwachungspatientin vor dem Bett auf dem Boden liegend vor.

In den Qualitätsberichten der Krankenhäuser sieht es in der Regel so aus, als ob alles mehr oder weniger in Ordnung sei. Doch sind die geschilderten Situationen keine Einzelfälle, sondern Alltag. Das können einem fast alle Pflegenden bestätigen – jedenfalls unter vier Augen. Schreiben sie Gefährdungsanzeigen an ihre Vorgesetzten, wird dem Mangel nicht abgeholfen. Mancherorts gab es stattdessen schon mal Abmahnungen.

Proteste und das Pflegebudget

Pflegekräfte gelten als geduldig, aber das war ihnen zu viel. Es kam zu Protesten. Sie verlangten eine angemessene Personalausstattung. Diese Forderung bekam Nachdruck, als Kolleginnen der Berliner Charité auf den entscheidenden Trick verfielen. Sie formulierten die Forderung als Tarifforderung. Das Zauberwort heißt seitdem: Tarifvertrag Entlastung. So konnte dafür gestreikt werden. Und das geschah auch.

Schließlich konnte der damalige Bundesgesundheitsminister Spahn das nicht mehr einfach aussitzen. 2019 wurde das „Pflegepersonalstärkungsgesetz“ verabschiedet. Damit wurden den Krankenhäusern ab 2020 die Personalkosten für die Pflege außerhalb der DRGs erstattet. Es brachte weniger als den gewünschten Effekt, die Flucht aus dem Beruf hatte längst eingesetzt, so dass nur die Krankenhäuser, die ihre Pflegekräfte pfleglich behandelten, wirklich etwas davon hatten.

Lauterbachs „Revolution“

Nach Jens Spahn betrat ein Sozialdemokrat die Bühne: Karl Lauterbach versprach, die Krankenhausfinanzierung zu revolutionieren und die Krankenhauslandschaft zu

„entökonomisieren“. Die Revolution erinnert im Ergebnis an den Satz aus Tomasio di Lampedusas Roman *Der Leopard*: „Wir müssen alles verändern, damit es so bleiben kann, wie es ist.“

Einige Dinge sind neu hinzugekommen. Eingeführt wurden Vorhaltekosten. Das sind die Aufwendungen, die nötig sind, um auf Anforderungen vorbereitet zu sein. So z. B. muss eine Notaufnahme rund um die Uhr und jeden Tag besetzt sein, egal wie viele Notfälle nun wirklich kommen.

60 % der Kosten sollen so aus den DRGs herausgenommen werden. Für die restlichen 40 % gelten die DRGs weiter. Interessant die Kriterien, nach denen die Vorhaltekosten verteilt werden: Fallschwere und Fallzahl. Will sagen: Es lohnt sich weiterhin für jedes Krankenhaus, möglichst viele Fälle der gleichen Art zu versorgen und es dabei mit möglichst komplizierten Fällen zu tun zu haben.

Das ist genau das, was an den DRGs immer als „Fehlreiz“ kritisiert wurde. Zum Beispiel stiegen (und steigen wohl weiterhin) die Zahlen der Eingriffe an der Wirbelsäule, ohne ausreichende medizinische Gründe.

Eine weitere Neuerung: Die Einführung von Mindestmengen. Für jede Behandlungsart („Leistungsgruppe“) die ein Krankenhaus anbietet, muss es eine minimale Fallzahl haben, ansonsten darf es diese Behandlung nicht mehr durchführen.

Einige Folgen der lauterbachschen Revolution: Kleine Krankenhäuser geraten in Schwierigkeiten und müssen in Zukunft häufig schließen. Für alle Menschen, die nicht gerade in einer Großstadt wohnen, werden das die Krankenhäuser in ihrer Nähe sein.

Beim Krankenhaussterben ist offen verkündete Absicht dabei. Nach Ansicht der herrschenden Gesundheitspolitiker gebe es zu viele Krankenhäuser. Begründet wird das alles mit dem Ziel einer besseren Versorgungsqualität.

Was es allerdings damit zu tun hat, wenn für den Transport eines Patienten mit Herzinfarkt eine Zeit von bis zu 40 Minuten in Kauf genommen werden soll, bleibt ein Geheimnis. Die Zahlen werden wohl auch in diesem Fall stimmen: Es sterben dann weniger Patienten *im* Krankenhaus an einem Herzinfarkt, unter anderem deswegen, weil etliche den Transport dorthin nicht überleben.

Durch die Beibehaltung der DRGs für 40 % der Kosten und die Kriterien der Verteilung der Vorhaltekosten, wird die Konkurrenz unter den Kliniken nicht weniger. „Entökonomisierung“ hörte sich anders an. Was an den DRG kritisiert wurde, bleibt. Zum Teil wird es noch verschärft.

Am Pflegebudget hat dieses Konzept nichts geändert. In Kraft trat das Konzept erst nach Antritt der neuen Bundesregierung.

Und nun? Frau Warken verschlimmbessert

Das Konzept der jetzigen Gesundheitsministerin Nina Warken sieht vor allem vor, im Gesundheitswesen 20 Milliarden Euro einzusparen.

Für Krankenhäuser heißt das: Kliniken sollen sich stärker spezialisieren. Bestimmte komplizierte Eingriffe sollen künftig nur noch Häuser durchführen dürfen, die genug Erfahrung und Personal haben. Kleine Häuser verlieren dadurch Leistungen.

Es wird mehr finanzielle Kontrolle geben. Die Regierung plant Ausgabenbremsen, unter anderem bei Personal- und Behandlungskosten. Ziel ist es, Milliarden bei den Krankenkassen einzusparen. Das Pflegebudget fällt erstmal weg und damit die einzige Hoffnung auf Besserung unter den derzeitigen Rahmenbedingungen.



NEU bei ISP



Paul Michel
Krieg und Revolution
Eine kurze Geschichte des
Spanischen Bürgerkriegs

Originalausgabe
191 Seiten, 19,80 €
2026, ISBN 978-3-89900-163-1

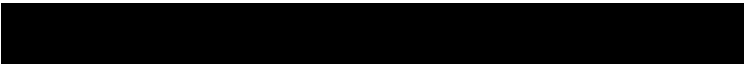
Das Buch behandelt in kompakter Form den Spanischen Bürgerkrieg von seinen Wurzeln in der spanischen Gesellschaft des frühen 20. Jahrhunderts bis zu seinem bitteren Ende März 1939 mit dem Einmarsch der Truppen Francos in Madrid.

Neuer ISP Verlag GmbH

Telefon: 0721 3 11 83

e-mail: neuer.isp.verlag@t-online.de

Internet: www.neuerispverlag.de



ANTIMILITARISMUS UND WEHRPFLICHT

Was tun gegen die überdeutlich wahrnehmbare Militarisierung des zivilen Lebens vor allem in der erklärtermaßen nach einer militärischen Führungsrolle strebenden BRD? Das folgende Dossier beschäftigt sich u. a. mit zwei wichtigen Themenschwerpunkten, die auch unter Antimilitarist:innen kontrovers diskutiert werden: Einmal geht es um die Unterstützung der Kampagnen zur Wehrdienstverweigerung und die Proteste von Schüler:innen, Auszubildenden und Student:innen gegen die Wiedereinführung des Wehrdienstes als allgemeine Pflicht. Zum anderen wird die Frage ausführlich behandelt, ob und inwieweit Sozialer Widerstand gegen militärische Übermacht und Unterdrückung am Ende erfolgreich zur Befreiung führen kann.

Ein Dossier mit 4 Beiträgen

Nein zu Wehrpflicht und Kriegstüchtigkeit!

SEITE 9

Antimilitarismus und Wehrpflicht

SEITE 11

Sozialer Widerstand als strategisches Konzept

SEITE 16

Erstschlagfähigkeit: Ziel der deutschen Aufrüstungspläne

SEITE 20

NEIN ZU WEHRPFLICHT UND KRIEGSTÜCHTIGKEIT!

Die Bewegung gegen die Wehrpflicht ist Teil einer neuen Politisierungswelle unter jungen Menschen. **ISO-Ortsgruppe Mainz-Wiesbaden**

Angesichts kapitalistischer Krise und verschärfter internationaler Konkurrenz sucht das deutsche Kapital seit Jahren nach Möglichkeiten, sich international besser durchzusetzen. Zu diesem Zweck soll die Bundeswehr in wenigen Jahren zur „stärksten konventionellen Militärmacht in Europa werden“ (Merz). Die von ex-Kanzler Scholz verkündete „Zeitenwende“ war nur der Anfang. Inzwischen gibt es für die Aufrüstung keine Grenze nach oben: Fünf Prozent des Bruttoinlandsprodukts sollen für das Militär ausgegeben werden. Beim heutigen Stand wären das mehr als 230 Mrd. €, dies sind 44 % des Bundeshaushalts! Das geht natürlich nur mit drastischen Kürzungen bei Bildung, Sozialem, Gesundheitsversorgung usw., also mit *Kanonen statt Butter*.

Gerechtfertigt wird all dies mit der Bedrohung aus dem Osten. Doch selbst ein so ausgesprochener Befürworter einer starken Bundeswehr wie der Militärhistoriker Sönke Neitzel schreibt: „Niemand rechnet mit einem großangelegten Angriff Russlands auf die NATO.“ Das angestrebte Ziel ist vielmehr die „Kriegstüchtigkeit“ (Pistorius), um den deutschen Forderungen entsprechenden Nachdruck zu verleihen und gegebenenfalls diese Kriegstüchtigkeit auch unter Beweis zu stellen.

Dafür soll neben der materiellen Aufrüstung das militärische Denken „normalisiert“ werden, um etwa die Grundlage dafür zu schaffen, dass viele junge Menschen (unterstützt durch allerlei Lockangeboten) für das Militär gewonnen werden. Söder will, dass mit der Wehrpflicht „die Bindung junger Menschen an Staat und Gesellschaft“ gestärkt wird. Und Merz hat schon klargestellt: „Es wird bei Freiwilligkeit allein nicht bleiben.“ Deshalb wurde das „Wehrdienstmodernisierungsgesetz“ (WDMoG) verabschiedet und gilt seit Januar 2026.

Um einen massiven internationalen Einsatz der Bundeswehr und damit die Kriegstüchtigkeit zu ermöglichen soll die Armee von heute 186 400 auf 460 000 Soldat:innen anwachsen, wovon 200 000 zu einer strukturgebundenen Reserve gehören sollen. Wenn in den nächsten Jahren also mehr Kasernen reaktiviert bzw. neu gebaut werden und von der Rüstungsindustrie mehr Waffen geliefert werden, dann ist der „Aufwuchs“ der Bundeswehr die Achillesferse bei der Herstellung von Kriegstüchtigkeit. Deshalb ist es so überaus wichtig, dass genau dies so schwer wie möglich gemacht wird.

Verweigern!

Den Wehrdienst zu verweigern, kommt heute eine zentrale politische Bedeutung zu. Wichtig ist, dass man sich bei den neu entstehenden Beratungsstellen (etwa der DFG-VK) informiert und die einzelnen Schritte mit anderen (etwa in der Schule, an der Uni, am Ausbildungsplatz) berät und sie dann geplant umsetzt. Mit einer breiten Bewegung gegen den Militärdienst wird nicht nur jeweils individuell dem „Dienst an der Waffe“ eine Absage erteilt, sondern der Militarisierung der Gesellschaft entgegengetreten. Es gilt, auf allen Ebenen Widerstand gegen die mentale/ideologische Formierung der Gesellschaft zur Herstellung von Kriegstüchtigkeit aufzubauen: in den Schulen, in den Krankenhäusern (die sich für eine prioritäre Behandlung verletzter Soldaten vorbereiten sollen), an den Universitäten usw. Über den am besten geeigneten Zeitpunkt der Verweigerung (noch vor der Musterung oder danach) gehen die Meinungen auseinander. Wichtig ist in jedem Fall aber: kollektiv vorbereiten und sich gegenseitig politisch-moralisch stützen. Wenn sich nämlich nicht genug „Freiwillige“ melden, wird der Druck auf die „Verweigerer“ zunehmen. Der Bundeswehr reichen die heutigen Bewerberzahlen nicht aus, schließlich will sie für den Kriegsdienst geeignete Personen. Da reicht es nicht, wenn – wie im letzten Jahr – von 50 000 Bewerbungen nur 19 000 genommen werden. (Das geht kaum über die Abgänge hinaus.)

Werbung der Bundeswehr

Deshalb rührt die Bundeswehr ganz kräftig die Werbetrommel. Mehr Präsenz der Bundeswehr an Schulen, mehr Bundeswehrwerbung in sozialen Medien, mehr öffentliche Auftritte der Bundeswehr und mehr Befugnisse der Bundeswehr auch im Inland. Allein im ersten Quartal 2026 gab es fast 150 Besuche an Schulen. Die als „Karriereberater“ bezeichneten Soldat:innen sollen neue Rekrut:innen unter Jugendlichen ab der 8. Klasse gewinnen. Hinzu

kommen 170 Werbeauftritte bei Job- und Ausbildungsmessen. Die Tendenz, dass zunehmend jüngere Klassen besucht werden, setzt sich auch 2026 fort.

Formal bleibt das Recht auf Kriegsdienstverweigerung bestehen, aber die Bedingungen, dieses Recht zugesprochen zu bekommen, werden gerade verschärft. Bisher schon war dieses Recht dreifach eingeschränkt: a) Nur der Kriegsdienst an der Waffe darf verweigert werden. Alle sonstigen Tätigkeiten für die Herstellung der Kriegstätigkeit können nicht verweigert werden. b) Nur „Gewissensgründe“ werden anerkannt. Politische Begründungen gelten bei der Überprüfung seit jeher als Durchfallgrund. c) Wer verweigert bekommt als Strafe einen Ersatzdienst aufgebürdet.

Die Hürden für die Verweigerung sind hoch, viele kapitulieren, bevor sie überhaupt einen Antrag einreichen. Was früher ein Grundrecht mit drei Seiten Papier war, soll ein monatelanger Spießrutenlauf werden. Die Karrierecenter, die die Anträge bearbeiten, verlangen Dokumente, die im Kriegsdienstverweigerungsgesetz mit keinem Wort stehen: beglaubigte Ausweiskopien, originale Geburtsurkunden, aktuelle Meldebescheinigungen, manchmal sogar Schulzeugnisse. Wer etwas vergisst, bekommt den Antrag zurückgestempelt: „unvollständig“. Der Antrag darf nicht mehr direkt ans *Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben (BAFzA)* gehen, sondern muss zwingend an das Karrierecenter der Bundeswehr gehen.

Ein wirksamer erster Schritt der Verweigerung ist ein massives Verweigern, den Fragebogen auszufüllen und (wie z. B. der Linken-Fraktionschef Sören Pellmann es ausspricht) die Forderung nach Straffreiheit für alle jungen Männer, die der Pflicht zur Beantwortung nicht nachkommen.¹

Gegen jede Form von Zwangsdiensten

Auch als „Zivi“ ist man im Ernstfall Teil der Kriegsmaschine. Zwangsdienst ist Raub von Lebenszeit. Hinzu kommt: Zivildienstleistende erledigen häufig Tätigkeiten, die sonst von regulär bezahlten Arbeitskräften erledigt werden müssten. Dies drückt direkt und indirekt auf das Lohnniveau aller in den betroffenen Branchen abhängig Beschäftigten.

Es geht auch um die Frage der Qualität der Arbeit von Nichtfachkräften. Deshalb sagte ein Sprecher des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes: „Der Paritätische lehnt einen verpflichtenden Gesellschaftsdienst grundsätzlich ab.“ Die Diakonie verweist in einem Positionspapier darauf, dass ein Pflichtdienst, „elementaren Freiheits- und Grundrech-

ten“ widerspreche. Eine Dienstpflicht dürfe professionelle Tätigkeiten nicht ersetzen.

Die Versammlungsfreiheit steht über der Schulpflicht!

Bei den Schulstreiks gegen die in Vorbereitung befindliche Wehrpflicht dürfen sich die Schüler:innen nicht einschüchtern lassen. Schon in der Schule fängt der Widerstand an und muss mit dem Verweis auf das Grundrecht auf Meinungs- und Versammlungsfreiheit hartnäckig verteidigt werden. Statt auf die Fragebögen zu warten und sie brav auszufüllen und sich einberufen zu lassen, sollte schon in den Schulen eine Debatte über die Kriegsvorbereitungen geführt werden, genauso wie über die Verwendung finanzieller Mittel für die Bundeswehr statt für kleinere Klassen, mehr Lehrer:innen oder etwa die Renovierung maroder Schulgebäude.

Unsere Lösungen lauten:

- Kein Werben fürs Sterben: Bundeswehr raus aus der Schule!
- Streik in der Schule, Streik in der Fabrik, das ist unsere Antwort auf eure Politik!
- Nein zur Bundeswehr, nein zur Nato!

1 „Wir fordern die Bundesregierung auf, dafür Sorge zu tragen, dass keine Bußgelder an die Fragebogen-Verweigerer versendet oder andere repressive Maßnahmen angewendet werden“, sagte Pellmann der Nachrichtenagentur AFP.



ANTIMILITARISMUS UND WEHRPFLICHT

Um die Bundeswehr zur stärksten (konventionellen) Armee in Europa zu machen, soll die Wehrpflicht reaktiviert werden. **Jakob Schäfer**

In der bürgerlichen Gesellschaftsordnung dient die Armee ohne jeden Zweifel der Sicherung und Vermehrung der Macht des Wettbewerbsstaates, will heißen: In der Auseinandersetzung mit anderen Staaten soll die Armee mittels Drohungen oder auch direkter militärischer Interventionen den Zugriff auf Ressourcen, Absatzmärkte usw. durchsetzen. Doch unabhängig davon braucht die Bourgeoisie den Gewaltapparat Armee *in erster Linie* dafür, um in Krisenzeiten die Unterdrückung der ausgebeuteten Klasse im eigenen Land abzusichern, nämlich dann, wenn gegenüber einer aufbegehrenden Bevölkerung Polizei und Geheimdienste nicht mehr ausreichen.

Der Klassenkampf zwischen Bourgeoisie und Arbeiter:innenklasse führt bei einer Gefährdung des Systems unvermeidlich zur bewaffneten Auseinandersetzung um die Staatsmacht. Wer das leugnet, betrügt sich selbst und andere. Genauso wie die Zerschlagung des bürgerlichen Staatsapparates eine notwendige Voraussetzung für die Überwindung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung ist, genauso wenig kann die Revolution siegen, wenn sie nicht die wichtigste bewaffnete Abteilung des Staates – die Armee – zerschlägt bzw. handlungsunfähig macht und im Rahmen der politischen Umwälzung auflöst.

Die Illusionen in eine angebliche „Neutralität“ oder gar „Progressivität“ der bürgerlichen Armee hat die internationale Arbeiter:innenklasse schon oft in der Geschichte teuer bezahlen müssen. So hat sich etwa in Chile 1973 gezeigt, dass der „friedliche Weg zum Sozialismus“ eine blutige Sackgasse ist. Nach wie vor verfolgen Reformist:innen die Doktrin der „Demokratisierung der Armee“, also nicht die Zersetzung und Zerschlagung der Armee, sondern die „Beseitigung reaktionärer Offiziere“ und die demokratische Kontrolle der Bundeswehr durch das Parlament.

Die Armee ist nicht nur ein Repressionsorgan. Sie dient auch der Indoktrinierung breiter Massen mit der

herrschenden Ideologie – also mit autoritären Vorstellungen der Ordnung von Staat und Gesellschaft und einer angeblichen Bedrohung von außen – um von Spannungen im Innern abzulenken und die innere Opposition als Werkzeug des äußeren Feindes zu isolieren.

Stellenwert antimilitaristischer Arbeit in der revolutionären Strategie

„Die besondere Bedeutung der Armee ergibt sich aus ihrer *potentiell entscheidenden* Rolle im Klassenkampf, mit der Möglichkeit gewaltiger Niederlagen für die Arbeiterklasse.

In einer vorrevolutionären Situation, wenn die Arbeiterklasse weiß, dass die Durchsetzung ihrer Forderungen im Kapitalismus letztlich nicht möglich ist, wenn sie um die Kontrolle über die Produktion kämpft und wenn sie die Verfügungsgewalt des Kapitals über die Produktionsmittel faktisch infrage stellt, ist es die Aufgabe der Revolutionär:innen, gegen die reformistische Sackgasse und gegen die Ideologie der Klassenneutralität der Armee beständig die Notwendigkeit der Zerschlagung des Staatsapparats – und damit auch der Armee – und das Aufstellen von Arbeitermilizen zu propagieren und ihre Organisation in Angriff zu nehmen.

Das genügt jedoch nicht!

Eine revolutionäre Arbeiterbewegung kann gegen eine intakt gebliebene Armee nichts ausrichten. Auch eine gut organisierte Arbeitermiliz kann niemals die militärische Stärke einer hochtechnisierten Armee erreichen. Wichtiger als je, und letztlich entscheidend für den Sieg der Revolution ist deshalb die Frage, ob die Armee zuverlässig in der Hand der herrschenden Klasse ist oder ob es gelingt, sie für *konterrevolutionäre Einsätze weitgehend funktionsunfähig* zu machen.

Der letzte Schritt zur völligen Paralisierung der bürgerlichen Armee ist natürlich erst in einer revolutionären Situation, auf dem Höhepunkt der Klassenkämpfe möglich. *Notwendige Voraussetzung ist jedoch eine beständige antimilitaristische Arbeit*, auch schon in nicht revolutionären Zeiten. Der antimilitaristische Kampf muß also integraler Bestandteil der revolutionären Strategie sein.“¹

Soweit ein paar Zitate aus dem „Militärpolitischen Programm“ der GIM aus dem Jahr 1976, um in knapper Form die traditionelle Position unserer Bewegung zu verdeutlichen. In dieser Schrift wird auch eine recht umfangreiche Wegweisung gewerkschaftlicher Positionsbildung und Organisation innerhalb der Bundeswehr geleistet. Vieles von den dort entwickelten konkreten Lösungen und

Forderungen hat auch heute noch seine Gültigkeit. Manches müsste umformuliert bzw. aktualisiert werden. Axel Hopfmann hat dies in seinem Beitrag in Heft 2/2026 der *internationale* unternommen, was wir an dieser Stelle nicht zu wiederholen brauchen.²

Geänderte Bedingungen

In dem besagten „Militärpolitischen Programm“ ging die damalige Sektion der Vierten Internationale in Deutschland, die GIM, davon aus, dass es möglich ist, mit einer intensiven antimilitaristischen Arbeit in der Armee deren Einsatzfähigkeit mindestens im Inland gravierend zu schwächen. Ob dies unter den damaligen Bedingungen wirklich erfolversprechend war, müssen wir heute nicht erörtern. Es war jedenfalls nicht von vornherein absurd. Doch heute sind die Bedingungen völlig anders.

Von den 185 420 Soldat:innen (Stand 31. März 2026) sind 60 518 Berufssoldat:innen, 112 201 Soldat:innen „auf Zeit lang“, 2961 Soldat:innen „auf Zeit kurz“ und gerade mal 9740 „freiwillig Wehrdienstleistende“ (zwischen 6 und 23 Monaten).

Zur Ergänzung einer stärkeren Truppe (bestehend aus 260 000 Berufs- und Zeitsoldat:innen) sollen 200 000 Wehrpflichtige herangezogen werden, die nach einer sechsmonatigen Grundausbildung wieder nach Hause geschickt werden, um eine jederzeit mobilisierbare Reserve zu bilden. Wenn alle sechs (oder neun) Monate ein neuer Schwung an Soldat:innen eingezogen wird, entsteht mit der Zeit eine große Reserve. Bundeswehr-Reservisten sollen sich künftig (spätestens, wenn die Wehrpflicht endgültig beschlossen und eingeführt ist) bei der Armee abmelden, wenn sie für längere Zeit ins Ausland wollen. Vor allem aber: „Pistorius plant eine Rückkehr zur verpflichtenden Teilnahme von Reservisten an Wehrübungen der Bundeswehr.“³

Weshalb werden unter den aktiven Soldat:innen die Berufs- und Zeitsoldaten wie in den letzten 25 Jahren weiterhin das Rückgrat der Armee bilden? Die Bundeswehr wird heute – wie alle anderen modernen (imperialistischen) Armeen – technisch hochgerüstet. Das hat weitreichende Auswirkungen auf die Bedienung der entsprechenden Geräte. Wurde noch vor 40 Jahren die Masse der Soldaten außer mit ihrem („persönlichen“) G 3, dem MG und bestenfalls noch der Uzi vertraut gemacht, muss heute in viel größerem Maß der Umgang mit ausgefeilten Waffensystemen (zum Teil Hi-Tech-Waffen) gelernt und in gewisser Weise auch „geübt“ werden. Sicher, nicht

jeder wird zum Hubschrauberpiloten ausgebildet oder soll Lenkwaffen steuern können. Doch für die unterschiedlichen Waffengattungen und spezifischen Geräte werden kaum mit Kurzzeitdienenden „bemannt“. Diese Entwicklung setzte lange vor Aussetzung der Wehrpflicht ein.

Nicht für umsonst erklärte der seinerzeitige Generalinspekteur der Bundeswehr Eberhard Zorn im März 2022: „Die Wehrpflicht, so, wie wir sie noch kennen, ist in der jetzigen Situation nicht erforderlich.“ Die Bundeswehr und ihre Aufgaben hätten sich verändert. „Für den Kampf im Cyberraum, um nur ein Beispiel zu nennen, sind Wehrpflichtige absolut ungeeignet [...] Wir brauchen gut ausgebildetes, in Teilen sogar hochspezialisiertes Personal, um das gesamte Aufgabenspektrum abzudecken.“⁴

So stützen sich alle Auslandseinsätze (zurzeit 17 Einsätze und „anerkannte Missionen“) vor allem auf Berufssoldaten und „Langdienende“ (also länger als 2 Jahre). Auch das Trainieren bestimmter Einheiten (vom KSK⁵ noch ganz abgesehen) für den Häuserkampf ist eine Sache für „Langdienende“ und Berufssoldaten.

Gerade Letzteres, also das Üben für den Bürgerkrieg (oder auch in einem besetzten Land) mittels bestimmter ausgesuchter Spezialkräfte, hat zwei wesentliche Gründe: Zum einen geht es um intensives Training, was bei W 12-Soldaten (also Wehrpflichtigen, die nicht länger als 12 Monate dabei sind) kaum zu realisieren ist. Zum anderen – und das ist von größter politischer Bedeutung – kann man bei lang gedrillten und indoktrinierten Berufs- und Zeitsoldaten viel weniger politische Skrupel voraussetzen als bei Wehrpflichtigen. Dies gilt sowohl für die Auslandseinsätze wie auch für das Üben von Häuserkämpfen daheim. Vor allem Ersteres ist vor dem Hintergrund zu sehen, dass der BRD-Imperialismus seine Interventionsfähigkeit im Ausland stärken will. Dafür ist die in Litauen im Aufbau befindliche Panzerbrigade 45 („Brigade Litauen“) ein zentrales Projekt.

Das KSK ist dabei keine abgesonderte Spezialeinheit, die wenig mit der Masse der Gesamtarmee zu tun hätte. Der *Stern* schreibt dazu: „KSK – das ist die Speerspitze einer Bundeswehr, die derzeit von Grund auf umgebaut wird: weg von der alten Verteidigungsarmee, hin zu einer Interventionsarmee, jederzeit bereit für weltweite Einsätze und Antiterrorkampf. Sie arbeiten mit Special Forces aus aller Welt zusammen. Lädt das KSK zum ‚Sniper-Workshop‘ in den Schwarzwald, kommen Scharfschützen aus England, Amerika und Israel: SAS, Delta Force, Sayeret Matkal. Typen, die Hunderte scharfer Einsätze hinter sich haben, Nordirland, Mogadischu, Libanon, und die so manchen Kameraden beerdigen mussten.“

In der umgebauten Bundeswehr werden Wehrpflichtige nur als Ergänzung – und als das vorderste „Kanonenfutter“ – gebraucht. Man braucht sie also vor allem zum Auffüllen der Kräfte im Auslandseinsatz. Für den möglichen Einsatz im Innern spielen sie nur noch eine nachgeordnete Rolle.

Würden wir die Einführung der Wehrpflicht unterstützen, würden wir in erster Linie den Aufwuchs zur „stärksten konventionellen Armee in Europa“ und ihre Einsetzbarkeit im Ausland unterstützen. Im gesamtpolitischen Kontext wäre dies übrigens auch Wasser auf die Mühlen derjenigen, die eine allgemeine Dienstpflicht einführen wollen. Dessen Zweck bestünde schließlich zum einen darin, Klagen gegen die „Zufallswehrpflicht“ abzuwehren (denn es sollen ja nicht alle Wehrfähigen „gezogen“ werden; die Armee wird für ihren Aufwuchs sehr wählerisch sein). Zum anderen würde dies helfen, den allgemeinen Pflegenotstand zu mildern, was gleichzeitig auch ein Druckmittel wäre, zu hohe Gehaltsforderungen der Beschäftigten in den Sozialdiensten zu drosseln.

Wo stehen wir heute im Kampf gegen den erstarkenden Militarismus?

Mit Recht schrieb die GIM seinerzeit (1976) in ihrem „militärpolitischen Programm“: „Jeder Schritt in Richtung Berufsarmee muß mit der breitest möglichen Mobilisierung bekämpft werden.“

Der Kampf muß sich gegen jeden Ausbau der Bundeswehr zu einer Bürgerkriegsarmee richten.

- Auflösung der Spezialeinheiten, wie Fallschirmjäger und Militärpolizei, besonders des militärischen Geheimdienstes MAD und BND! Solche Einheiten waren immer der Stoßtrupp der Konterrevolution.
- Die Bundeswehrhochschulen, in denen eine reaktionäre Elite gezüchtet wird, müssen aufgelöst werden!
- Auflösung der gesamten Militärgerichtsbarkeit, die sich potentiell auch gegen die Zivilbevölkerung richtet!
- Die zentrale Losung gegen den Bürgerkriegseinsatz der Bundeswehr ist:
- Aufhebung der Notstandsgesetze! die den juristischen Rahmen für den Einsatz der Armee nach innen abgeben. [...]
- Austritt der BRD aus der NATO.“ (a. a. O. S. 24 f)

Bei der Debatte unter Antimilitarist:innen um die Reaktivierung der Wehrpflicht ist man sich zwar in den eingangs dargelegten Grundpositionen einig, aber die un-

mittelbar vor uns liegenden Aufgaben werden doch sehr unterschiedlich gesehen.

Es gibt die Position (im Grunde kommt sie in dem oben angeführten Artikel von Axel Hopfmann zum Ausdruck), man solle sich dafür starkmachen, dass die Wehrpflicht wieder eingeführt wird (bzw. ihre Aussetzung beendet wird, ohne allerdings das Recht auf Kriegsdienstverweigerung infrage zu stellen). Diese Position setzt voraus, dass es eine halbwegs realistische Chance gibt, mit antimilitaristischer Arbeit die Armee von innen her schwächen und für einen Einsatz im Inland oder für imperialistische Kriege lähmen zu können. Und es untergräbt den Kampf gegen den Aufwuchs der Bundeswehr.

Dagegen möchte ich festhalten: Die Wehrpflicht würde den Anteil Rechtsextremer gerade unter den Berufssoldaten – und den auch weiterhin vielen Zeitsoldaten – kaum verringern. Die hohe Zahl an Berufs- und Zeitsoldaten wird absehbar noch steigen, denn sie ist das Rückgrat für die Interventionsfähigkeit der Bundeswehr. Unter den 200 000 Wehrpflichtigen – die ja nicht länger als 6 oder 9 Monate am Stück in der Kaserne sein werden – lässt sich schwerlich antimilitaristische Arbeit entwickeln, wenn es außerhalb keine starke gesellschaftliche Bewegung gibt.

Der Haupteinwand gegen die Vision einer wehrkraftzersetzenden Wirkung gewerkschaftlich ausgerichteter Arbeit innerhalb der Armee liegt aber auf zwei anderen Ebenen:

A Die gesamtpolitische Ebene

Wir sind heute mit einer massiven Kampagne der Herrschenden konfrontiert, die Bundeswehr auf der internationalen Bühne einsatzfähig zu machen, Pistorius nennt es „die Kriegstüchtigkeit herstellen“. Hierfür spielt der „Aufwuchs“ der Bundeswehr eine zentrale Rolle. Gegen die konzertierten Anstrengungen von Regierung, Medien und Bundeswehr (und allen sonstigen Militarist:innen) gilt es, eine umfassende gesellschaftliche Bewegung aufzubauen, *damit dieser Aufwuchs gar nicht erst zustande kommt*, zumindest nicht im gewünschten Maß. Sich diesem Vorhaben der Herrschenden gegenüber „neutral“ zu verhalten oder gar die Wehrpflicht gutzuheißen und damit *faktisch* dem imperialistischen Bestreben der deutschen Bourgeoisie beizuspringen, hieße die aktuelle politische Lage vollkommen zu verkennen. Kurz: Die vordringlichste Aufgabe ist es, genau an dieser Stelle ordentlich Sand ins Getriebe der Militarist:innen zu streuen.

Glücklicherweise bietet die aktuelle Konstellation sogar die Möglichkeit, nicht nur allgemein gegen den Militarismus und das Großmachtstreben aktiv zu werden, sondern auch die aktuell sich entwickelnde Politisierungs- und Radikalisierungswelle unter jungen Menschen wirksam zu fördern.⁶ Denn: Die Mehrheit der jungen Generation will nicht zum „Barras“, nicht nur, weil diese Menschen kein Jahr an Lebenszeit verlieren wollen (mit Reserveübungen kann es noch viel mehr werden). Dies ist noch ganz unabhängig davon, dass es nicht gerade attraktiv ist, im Schlamm durchs Gelände zu robben und im Kriegsfall genau zu denen zu gehören, die als Kanonenfutter drangelaufen müssen. Sie wollen studieren oder eine Ausbildung machen, aber nicht kaserniert und von Freunden und Freundinnen getrennt werden.

Auch der Ersatzdienst ist „verlorene Zeit“, von der Lohndruckerfunktion noch ganz abgesehen. Konsequenterweise fordert die Friedensbewegung die ersatzlose Abschaffung des Ersatzdienstes. Wer ein freiwilliges soziales Jahr machen will, kann dies ja weiterhin tun.

B Persönliche Gefährdung bei antimilitaristischer Arbeit

Diejenigen nun, die keine Berufs- oder Zeitsoldaten sind, aber dennoch zur Bundeswehr gehen (also nicht verweigern), sind nicht von vornherein (oder gar per se) antimilitaristisch gesinnt. Um in einer *mehrheitlich* mit Berufs- und Zeitsoldaten besetzten Armee eine antimilitaristische Arbeit innerhalb der Armee aufzubauen, bedarf es eines hoch politisierten, geschulten und engagierten Kerns, der in der Lage ist, mit Geschick – und Mut – in der Truppe Gleichgesinnte zu finden, die eine gewerkschaftlich ausgerichtete antimilitaristische Arbeit unterstützen. Eine dafür bereite, politisierte und radikalisierte Schicht junger Menschen, wie wir sie in den 1970er Jahren hatten, gibt es heute nicht (trotz der mutmachenden neueren Entwicklungen).

Mit dem Eintritt in die Armee und dem Beginn einer entsprechenden Arbeit ist es ja nicht getan. Solche Aktivist:innen können das nicht als Einzelkämpfer:innen leisten, sie müssen von außen aktiv unterstützt werden: moralisch und vor allem politisch beratend sowie materiell, etwa wenn es um die Erstellung (oder auch Verteilung) von anonym gezeichneten Flyern usw. geht. Selbst das Verschicken von Social-Media-Posts kann angesichts der leichten Aufdeckung der Absender niemals von Angehörigen der Armee geleistet werden. Die Repression innerhalb einer Armee (und die Arbeit der Geheimdienste MAD und Verfassungsschutz) darf nicht fahrlässig unterschätzt werden.

Ohne die Existenz einer breiten Schicht linksradikaler Aktivist:innen (die solche Risiken auf sich nehmen) und ohne die gesicherte Zuarbeit von außen für die antimilitaristisch Aktiven in der Bundeswehr ist eine Empfehlung, eine solche Arbeit zu leisten, eine leichtfertige und nicht zu verantwortende Angelegenheit.

Woran sollten wir politisch anknüpfen?

Die Zielsetzung der großen Mehrheit der Aktiven in der Friedensbewegung ist eine ganz andere. Sie fordert:

Abzug aller ausländischen Truppen aus der BRD! Keine Auslandseinsätze der Bundeswehr! „Bundeswehr raus aus der NATO!“ „NATO auflösen!“ „Bundeswehr abschaffen!“ „Schluss mit dem Rüstungsexport“ usw.

Und: Wir sollten betonen (was zumindest in der Friedensbewegung auf breite Zustimmung stößt): Entschädigungslose Enteignung und Konversion der Rüstungsindustrie; Umstellung der Produktion auf gesellschaftlich nützliche Produkte unter Kontrolle der Beschäftigten und der Öffentlichkeit sowie staatlich abgesicherte Arbeitsplatzgarantie und radikale Arbeitszeitverkürzung ohne Entgeltverlust. Dafür können wir mit vergleichsweise breiter Zustimmung rechnen. Es bietet sich an, die vorhandenen Kampagnen gegen die Rüstungsindustrie zu unterstützen, vor allem gegen Rheinmetall und KNDS.⁷

Es empfiehlt sich, ruhig mal auf die Website *bundeswehr-abschaffen.de* zu gehen! Deren Aussagen und Losungen sind für junge Menschen anschlussfähig, nicht aber der Wunsch, die Wehrpflicht wieder einzuführen, was nur als Bejahung einer auszubauenden Bundeswehr begriffen wird.

Eine Orientierung auf den Umbau der Bundeswehr nach Schweizer Vorbild (ein Milizsystem, nur möglichst etwas volksnaher usw.) ist nicht nur eine in sich vollkommen unrealistische Perspektive (die Herrschenden haben kein Interesse daran, die bundesdeutsche Interventionsarmee in eine weniger einsetzbare Milizarmee umzubauen). Auch die Betroffenen (also die jungen Menschen) würden laut aufschreien und rufen: Ihr könnt uns mal!

Es wäre also politisch extrem kontraproduktiv und erweckt unwillkürlich den Eindruck, damit solle in der Manier von Reformist:innen ein Etappenmodell (zur Demokratisierung der Armee) verfolgt werden. Abgesehen davon kann man mit der Unterstützung der Wehrpflicht nicht an dem anknüpfen, was die Menschen in Sachen Bundeswehr heute bewegt. Somit vermag dieses Konzept auch keine „Brücke zu bauen“ zwischen den aktuellen Kämpfen und dem Fernziel der Umgestaltung der bestehenden Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung.

Neben den o. g. Zielen zur Abschaffung der Bundeswehr und dem Austritt aus der NATO spielen für die antimilitaristische Arbeit folgende unmittelbaren Ziele eine große Rolle:

„Bundeswehr raus aus den Schulen“ „Keine öffentlichen Gelöbnisse“ „Auflösung des KSK“ „Keine Auslandseinsätze“, „keine Atomwaffen in Büchel“ usw.

Mit solchen Aktivitäten lässt sich der Druck gegen den Einsatz der Bundeswehr – im Ausland und im Inneren! – entwickeln und die antimilitaristische Stimmung stärken. Je stärker diese Einstellungen sind, desto weniger wird die Bundeswehr einsetzbar sein. Wenn die linke Bewegung stärker wird, dann kann sie auch gewerkschaftliche Forderungen in der Bundeswehr verbreiten.

Nehmen wir uns ein Beispiel an den Schweizer Antimilitarist:innen, die gerade nicht für eine Beibehaltung resp. Umwandlung der Schweizer Miliz eintraten und eintreten, sondern sich in einer bewundernswerten Kampagne für eine Schweiz ohne Armee engagierten. Die Gruppe für eine Schweiz ohne Armee (GSoA) organisierte die Volksinitiative „Für eine Schweiz ohne Armee und eine umfassende Friedenspolitik“, die zwar am 26. November 1989 abgelehnt wurde, aber der Ja-Anteil von 35,6 Prozent überraschte alle. „In Genf und Jura wurde die Abschaffung der Armee sogar angenommen. Zusätzlich legitimiert wurde das Ergebnis durch die überaus hohe Stimmbeteiligung von 69,2 Prozent. Für den früheren Zuger Nationalrat und GSoA-Veteranen Jo Lang war es «die erfolgreichste Niederlage in der Geschichte der direkten Demokratie». Die Folgen zeigen sich bis heute. [...] «Der nationale Konsens über den Willen zur bewaffneten Neutralität hat einen empfindlichen Schlag erhalten.»“ Zurzeit kämpft diese Bewegung gegen die Erschwerung des Wechsels von der Armee zum Zivildienst, was mit einem Referendum am 14. Juni 2026 beschlossen werden soll.⁸

31.5.2026

¹ Diese Passagen sind entnommen aus „Die Revolutionäre und die Armee – Militärpolitisches Programm der GIM“, Seiten 3, 7 und 20

² Axel Hopfmann: „Stell dir vor, es ist Wehrpflicht – und dann?“ <https://inprekorr.de/652-wehr-ah.htm>

³ <https://www.mdr.de/nachrichten/deutschland/politik/bundeswehr-reserve-dienstplicht-reservist-uebung-boris-pistorius-100.html>

⁴ <https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/wehrpflicht-widerstand-gegen-eine-neuaufgabe-17845194.html>

⁵ Nur als Hinweis: Das Kommando Spezialkräfte wurde unter dem Vorwand, damit besser Geiseln befreien zu können, ins Leben gerufen. Bis heute wurden sie aber dafür noch nie eingesetzt, umso mehr aber in geheimer militärischer Mission z. B. in Afghanistan. Die Berichte über die breite Verankerung rechtsextremer Gruppen im KSK sind inzwischen Legion.

⁶ Ein Ausdruck dieser neuen Welle ist die deutlich gestiegene Zahl junger Menschen, die in vielen Städten in antikapitalistischen Blöcken an den 1-Mai-Demos 2026 teilnahmen.

⁷ Siehe etwa auch <<https://rheinmetallentwaffnen.noblogs.org/>>)

⁸ <https://gsoa.ch/> und <https://www.msn.com/de-ch/nachrichten/schweiz/30-jahre-%C2%ABschweiz-ohne-armee%C2%BB-als-die-verlierer-jubelten-und-die-sieger-geschockt-waren/ar-BBXjGQG>



SOZIALER WIDERSTAND ALS STRATEGISCHES KONZEPT

Wer den Wehrdienst ablehnt, muss deswegen noch lange nicht sein soziales Umfeld, die eigene Kultur oder auch seine Heimat nicht verteidigen wollen. **Daniel Berger**

„Der Kapitalismus trägt den Krieg in sich wie die Wolke den Regen.“ (Jean Jaurès) Folgt man dieser Einsicht, dann gilt es, auf die Überwindung des Kapitalismus hinzuwirken und in diesem Zug alles zu unternehmen, was die konkrete Kriegsgefahr mindert, also in einer breiten Bewegung aktiv zu werden gegen das Schüren von Nationalismus, Aufrüstung und Kriegstüchtigkeit.

Sozialer Widerstand

Welche Alternative im Kampf gegen den Militarismus haben wir, wenn die Umstände es nicht hergeben, dass in absehbarer Zeit eine antimilitaristische Arbeit in der Armee in nennenswertem Maß umgesetzt werden kann? Und wenn ein Land überfallen wird, steckt man dann nicht in einem unauflösbaren Dilemma zwischen einem Kriegseinsatz auf der einen Seite und einem kampflosen Ausgeliefertsein gegenüber einer inländischen oder ausländischen Diktatur auf der anderen Seite?

Der Soziale Widerstand setzt auf zivilen Ungehorsam, allem voran auf die Störung der Verwaltungsmaschinerie der Besatzungsmacht, auf Kundgebungen, Demonstrationen und Streiks. Eine solche Perspektive ist allerdings kaum umsetzbar, wenn Krieg herrscht und die Menschen einem fortgesetzten Bombenhagel ausgesetzt sind. Am Anfang der Ukraine-Krise gab es Ansätze des sozialen Widerstands, wie etwa die Demonstrationen in der südukrainischen Großstadt Cherson am 11., 12. und 13. März 2022 zeigten.¹ Auf dem zentralen Freiheitsplatz schwenkten die Menschen ukrainische Flaggen und riefen „Cherson gehört der Ukraine“ und „Ruhm der Ukraine“. Als die Demonstrant:innen an einer Kolonne

russischer Armeefahrzeuge vorbeiliefen, riefen einige auf Russisch „Geht nach Hause“ und „Faschisten“. Der 13. März ist in der Großstadt mit rund 300 000 Einwohnern der Jahrestag der Befreiung von den Nationalsozialisten. Auch in Nova Kachowka, Berdjansk, und Melitopol gab es laut Suspilne Cherson Demonstrationen.

Ähnliche Aktivitäten der Zivilbevölkerung hat der katalanische Friedensforscher Felip Daza Sierra in den ersten 6 Monaten des Ukraine-Kriegs vor Ort untersucht und dokumentiert.² Daza Sierra beurteilt den Zivilen Widerstand in der Ukraine – zumindest in den ersten Monaten – als durchaus effektiv. Aber sein Hinweis darauf, dass der Zivile Widerstand von der großen Mehrheit der Aktivist:innen eher als Ergänzung denn als Alternative zu militärischem Widerstand gesehen wurde, weist auf einen der wesentlichen Gründe hin, weshalb dieser konkrete Kampf keine wirklichen Erfolgsaussichten hatte. Denn:

Das Tragische an diesen Beispielen Sozialen Widerstands in der Ukraine lag darin, dass es nicht die durchgehende Verhaltensweise der ukrainischen Bevölkerung war und sich die Logik der Kriegsführung durchsetzte. Spätestens zum Zeitpunkt der mehr oder weniger unterschrittsreifen Vereinbarung für einen Waffenstillstand Ende März 2022³ hätte die eigene Armee gezwungen werden müssen, die Waffen niederzulegen und eine organisierte Bewegung hätte die Bevölkerung zum Sozialen Widerstand aufrufen müssen. Doch dazu war die Bevölkerung nicht vorbereitet und ausreichend durchsetzungsfähig gegen die eigene Regierung und die Kriegstreiber aus London und Washington. Der Soziale Widerstand ist kein Wundermittel, sondern erfordert gewisse Bedingungen, um realistische Chancen auf Erfolg zu haben.

Empirische Studien

Die Untersuchungen von Erica Chenoweth/Maria J. Stephan: „Warum ziviler Widerstand funktioniert. Die strategische Logik gewaltloser Konfliktbearbeitung“⁴ belegt die größeren Erfolgsaussichten des sozialen Widerstands im Vergleich zu militärischen Reaktionen auf eine Invasion. Die Autorinnen untersuchten auf wissenschaftlicher – und überprüfbarer – Basis 323 Fälle zwischen den Jahren 1900 und 2006, davon 105 gewaltlose und 218 militärische Widerstandsbewegungen gegen Besatzung, Diktatur und andere repressive Regime.

Im Unterschied zu gewaltsamen Kampagnen ist bei gewaltlosen Kampagnen unter anderem die Erfolgs-

quote fast doppelt so hoch, die Zahl der Opfer und das Ausmaß der Zerstörung sowie die finanziellen und materiellen Kosten erheblich geringer, die „Chance auf Demokratisierung nach dem Konflikt“ zehnmal so hoch, die Gefahr eines Rückfalls in Gewalt und Bürgerkrieg nur etwa halb so groß und die durchschnittliche Dauer der Auseinandersetzung wesentlich kürzer (3 statt 9 Jahre).

Die Hauptgründe für die Vorteile des Sozialen Widerstands sind: An gewaltlosen Kampagnen können sehr viele Menschen auf ganz unterschiedliche Weise mitwirken. Entsprechend breit (auch in der Fläche) ist die Beteiligung und demgemäß vielfältig sind die individuellen (beruflichen) Fähigkeiten der Teilnehmenden. Ein solcher Widerstand ist für repressive Regime bedeutend schwerer auszurechnen und zu bekämpfen.

Für den Erfolg des Sozialen Widerstands gibt es mehrere Grundvoraussetzungen, zwei sind unerlässlich: Ein Sozialer Widerstand bei gleichzeitigem militärischem Widerstand seitens einer regulären Armee ist zum Scheitern verurteilt, weil dann die Invasoren keinen Unterschied mehr zwischen Soldat:innen und Zivilist:innen machen (dies übersieht Daza Sierra völlig). Die zweite Voraussetzung ist fast genauso wichtig: Gibt es keine ausreichende politische Solidarität von unten in der Bevölkerung und ist sie nicht ausreichend vernetzt und organisiert, dann haben versprengte Gruppen, die einen sozialen Widerstand durchführen, wenig Erfolgsaussichten. Ein großer Teil der Bevölkerung muss mindestens passiv auf der Seite des Widerstands stehen und im Schnitt müssen mindestens 3,5 Prozent der Bevölkerung den sozialen Widerstand aktiv unterstützen.

Damit wird deutlich: Die Entwicklung von Solidarität und Organisation im Kampf für soziale Sicherheit ist schon in Friedenszeiten eine zentrale Aufgabe und eine Voraussetzung dafür, dass nach dem Einmarsch einer feindlichen Armee (oder nach einem Putsch!) ausreichend Sozialer Widerstand entwickelt werden kann.

Die Alternative zum Krieg besteht also darin, sich nicht auf die Logik des militärischen Kampfs einzulassen, der unter dem Strich zu mehr Opfern führt als der Soziale Widerstand (der natürlich auch Opfer erfordert, erst recht, wenn er mit Guerillatätigkeiten verknüpft ist; siehe dazu die Opfer im französischen Widerstand gegen die deutsche Besatzung im II. Weltkrieg).

Und vergessen wir nicht: Ein militärischer Kampf bringt zwangsläufig auch eine Brutalisierung der ei-

AUF SEINEM 23. BUNDESKONGRESS HAT DER DGB EINEN ANTRAG ZUR FRIEDENSFÄHIGKEIT ANGENOMMEN. DORT HEISST ES U. A.

„Frieden bedeutet für uns viel mehr als die Abwesenheit von Krieg. Als DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften vertreten wir ein umfassendes Sicherheitsverständnis: In einer Welt wachsender Unsicherheit lässt sich Sicherheit nur durch eine Politik verwirklichen, die die Resilienz unserer Gesellschaft insgesamt stärkt, statt Verteidigungsfähigkeit immer ausschließlicher als Frage militärischer Fähigkeiten zu betrachten. Für uns stehen Frieden, Sicherheit und Verteidigungsfähigkeit in einem untrennbaren Zusammenhang mit gerechten Lebens- und Arbeitsverhältnissen, demokratischer Stabilität, wirtschaftlichem Erfolg und dem Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen. [...]“

Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften machen sich dafür stark, dass Deutschland und Europa nach innen und außen gesellschaftlich widerstandsfähiger werden – durch gute Arbeit, Chancengleichheit, u.a. durch gute Bildung, soziale Sicherheit, ökologische Modernisierung und eine verantwortliche Wirtschafts-, Struktur-, Industrie- und Dienstleistungspolitik. Sicherheit ist für uns kein militärisches Projekt, sondern ein gesellschaftliches.

Ohne dauerhaften Frieden lassen sich gesellschaftliche Resilienz, soziale Gerechtigkeit und Demokratie nicht verwirklichen. Deshalb messen der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften außen-, sicherheits- und verteidigungspolitische Entscheidungen immer daran, ob sie einer Politik der Friedensfähigkeit dienen. Immer mehr Waffen und eine Politik der Kriegstüchtigkeit schaffen keinen Frieden und keine Sicherheit.

genen Seite mit sich und erschwert den emanzipativen Kampf nach der Besatzung oder dem Abschütteln einer Diktatur.

Kleiner Fortschritt beim DGB-Kongress

Die Resolution des DGB auf seinem 23. Bundeskongress im Mai 2026 in Berlin hält noch an der Orientierung auf die NATO fest und plädiert für ein „starkes und handlungsfähiges Europa“ und verbreitet weiterhin Illusionen in die EU. Aber sie enthält an wichtigen Stellen gegenüber früheren Resolutionen ein paar beachtliche Fortschritte. Erstens lehnt sie die Politik der Kriegstüchtigkeit (und

demzufolge die gewaltige Aufrüstung) ab und betont die Bedeutung der Friedensfähigkeit. Zweitens legt sie großen Wert auf die Entwicklung von Resilienz, die es in der Gesellschaft insgesamt zu entwickeln gilt. (siehe Kasten)

Gewiss, dies ist noch lange kein schlüssiges Konzept oder gar ein Aufruf zum Kampf gegen Rüstung überhaupt bzw. für Soziale Verteidigung, aber es enthält Anknüpfungspunkte, die in den weiteren Debatten in den Gewerkschaften genutzt werden sollten, und zwar im Sinne von: Wenn wirklich Friedensfähigkeit erlangt werden soll, dann muss Rüstung konsequent infrage gestellt werden, dann müssen die Rüstungskonzerne enteignet und die Produktion auf zivile Güter umgestellt werden.

Im Kampf für solche Ziele lässt sich eine wichtige Erkenntnis vermitteln: Friedensfähigkeit kann in letzter Konsequenz nur mit der Überwindung des kapitalistischen Systems durchgesetzt werden.

Resilienz

An der Frage der Resilienz dürfen Kriegsgegner:innen auf keinen Fall hinter den DGB zurückfallen, sondern müssen innerhalb und außerhalb der Gewerkschaften diese Orientierung konsequent erklären und weiterentwickeln. Was sind die wesentlichen Achsen zur Entwicklung einer auf Friedensfähigkeit ausgerichteten Resilienz? (Sie steht natürlich im Gegensatz zu dem Konzept des Innenministeriums, das Resilienz als eine enge Verzahnung zwischen Zivilschutz und Armee versteht, um damit letztlich die Kriegsfähigkeit zu erhöhen.)

Wir müssen zwei Ebenen unterscheiden, die in ihren Implikationen allerdings eng miteinander verknüpft sind: Zum einen geht es darum, in der Bevölkerung eine so große politische Immunität gegen Kriegstüchtigkeit und Kriegsbereitschaft aufzubauen, dass die eigene Regierung es nicht schafft, aufzurüsten und einen Krieg vorzubereiten. Die andere Ebene betrifft die Resilienz, die eine Gesellschaft *entwickelt haben muss*, um nach einer Invasion genügend Kraft und Geschlossenheit zu haben, damit sie mit einiger Aussicht auf Erfolg Sozialen Widerstand leisten kann.

Im allgemeinen Sprachgebrauch ist Resilienz eine Kategorie der Psychologie und bezieht sich auf Einzelpersonen. Wikipedia definiert Resilienz „als Ergebnis der Fähigkeit des Einzelnen [...] mit seiner Umgebung und den Prozessen zu interagieren, die entweder sein Wohlbefinden fördern oder ihn vor dem überwältigenden Einfluss von Risikofaktoren schützen. [...] Resiliente Personen haben gelernt, dass sie selbst es sind, die über ihr eigenes

DGB GEGEN RAKETENSTATIONIERUNG

Der DGB-Kongress weist an einem konkreten Beispiel darauf hin, dass wir heute aufgrund der Hochrüstung noch gefährlicher leben als es eh schon der Fall ist:

„Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften fordern die deutsche Bundesregierung dazu auf, [...] endgültig von den Plänen zur Stationierung von US-Mittelstreckenwaffen in Deutschland ab September 2026 Abstand zu nehmen. Die Trump-Administration hat zwar inzwischen erklärt, dass sie doch von der geplanten Stationierung absehen will. Es ist aber keineswegs ausgeschlossen, dass sie diese Entscheidung erneut revidiert. Angesichts der völlig unberechenbaren Politik der aktuellen US-Regierung unter Präsident Trump, ihrer Aufkündigung der Solidarität mit den bisherigen europäischen Partnern durch die neue Sicherheitsstrategie der USA und ihrer immer fraglicheren Bündnistreue im Rahmen der NATO wäre es mit unkalkulierbaren Risiken verbunden, falls die Stationierungspläne doch umgesetzt werden sollten. Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften teilen die Sorge vieler Menschen, dass Deutschland dadurch stärker ins Zentrum möglicher Konflikte rücken könnte, und lehnen die Stationierung ab. Selbst wenn die bei uns stationierten Waffensysteme nur konventionell bestückbar sein sollen, so droht durch sie doch eine gefährliche Dynamik. [...] Die Stationierung eröffnet keine Perspektive auf ein Nachfolgeabkommen zum inzwischen aufgekündigten INF-Vertrag.“

Schicksal bestimmen [...] Sie vertrauen nicht auf Glück oder Zufall, sondern nehmen die Dinge selbst in die Hand und haben ein realistisches Bild von ihren Fähigkeiten.“

Was für Einzelpersonen gilt, gilt in modifizierter Form aber auch für Gemeinschaften, auch wenn dies in der Politikwissenschaft bislang nur eine sehr geringe Rolle spielt. Wikipedia merkt (wenn auch nur am Rande) an: „Auch Gruppen oder Gemeinschaften können sich hinsichtlich ihrer Resilienz unterscheiden. Resilient sind in der Regel Gruppen, die einen starken Zusammenhalt haben, eher kollektivistisch als individuell orientiert sind und sich durch starke Werte auszeichnen, die von den meisten Leuten aus der entsprechenden Gruppe geteilt werden (in der Resilienzforschung als *shared values* bezeichnet).“

Wenn wir mal davon absehen, dass der Begriff „shared values“ heute vor allem in der Betriebswirtschaftslehre (und in Managementschulungen) genutzt wird und hier natürlich eine andere Zielrichtung verfolgt (nämlich die

eigene „Marke“ zu fördern), dann sollten wir doch festhalten:

Werden in einer Gesellschaft bestimmte positive Werte breit geteilt und basiert dies auf gemeinsamen Erfahrungen aktiver Solidarität, dann sind wesentliche Grundlagen für eine Resilienz gegenüber widrigen Umständen und Entwicklungen gelegt. Aus dem zweiten Faktor (gemeinsame Erfahrungen aktiver Solidarität) – wenn schlüssig zu Ende gedacht – ergibt sich eine klare Klassenbezogenheit. Denn aktive Solidarität mit dem Kapital leisten können nur Faschisten, indem sie nämlich mehr oder weniger gewaltsam gegen die Arbeiterbewegung (in Deutschland ist dies im Wesentlichen die Gewerkschaftsbewegung) vorgehen.

Ist man aktiv solidarisch innerhalb der breiten Bevölkerung und zwar zur Verteidigung der lohnabhängigen Bevölkerung, dann kann man – im Verlauf von Jahren – Erfahrungen in der Vernetzung und Organisierung zwecks aktiver Solidarität sammeln. Die hierbei entstehenden Netze und Vertrauensverhältnisse sind für die Entwicklung einer gesellschaftlich wirksamen Resilienz unverzichtbar.

Ein Engagement für Resilienz kann auch falsch verstanden werden. Auf keinen Fall darf ein solches Konzept das Sich-Abfinden mit Katastrophen oder gewaltsamen Verhältnissen fördern. Wir wollen nicht einfach nur die (individuellen) Widerstandskräfte stärken und damit die Gewalt- und Ausbeutungsverhältnisse als gegeben akzeptieren. Medico international kritisierte auf seinem Kongress 2015 ein solches Verhalten zu Recht als eine irreführende Orientierung auf „Fit für die Katastrophe“. Damit tritt die Bekämpfung der bestehenden Verhältnisse in den Hintergrund, was in der Konsequenz zur Entlastung der Herrschenden führt.

Resilienz brauchen wir zur wirksamen Verteidigung sozialer Interessen und wir brauchen sie in der Auseinandersetzung mit Invasoren, was hoffentlich nie erforderlich sein wird. Den Kampf gegen eine fremde Macht, die hier im Land einmarschiert, können wir aus verschiedenen Gründen nicht militärisch führen (siehe dazu die Artikel zur Wehrpflicht in diesem Heft).

Nach meiner Einschätzung spitzt sich aktuell die verbreitete Neigung zu Vereinzelung nicht weiter zu (demgegenüber sehen so manche Kulturosoziologen diese Entwicklung der letzten Jahrzehnte als eine unaufhaltsame Tendenz), aber für die Entwicklung von Resilienz muss die vorhandene Vereinzelung überwunden bzw. zurückgedrängt werden. Dies kann nicht über einzel-psychologische Maßnahmen geschehen, sondern nur durch das

Zusammenführen der vielfältigen Widerstandsaktivitäten und die gemeinsame Erfahrung, dass man mit Hilfe einer breiten Front auch Erfolge erzielen kann.

31.5.2026

1 <https://t.me/suspilnekherson/9271>

2 https://www.nonviolenceinternational.net/supporting_non-violent_resistance_to_the_war_in_ukraine Daza Sierra, Filip (2022) *Analysis of trends, impacts and challenges of nonviolent action in Ukraine between February and June 2022*, International Catalan Institute for Peace (ICIP), International Institute for Nonviolent Action (Novact), German Friedrich-Schiller-University Jena and German peacebuilding NGO Corridors – Dialogue through Cooperation, 55 Seiten, als PDF verfügbar u.a. hier: https://novact.org/wp-content/uploads/2022/10/ENG_VF.pdf

3 Mehr Details dazu in den zahlreichen Interviews mit General a.D. Harald Kujat auf youtube oder auch z. B. hier: <https://gesetze-ganz-einfach.de/wie-die-verhandlungen-in-istanbul-2022-sabotiert-wurden/>

4 2024 erschien endlich die deutsche Ausgabe (Nomos Verlag), 372 Seiten, ISBN: 978-3-7560-1817-8, ist aber mit 49 Euro leider sehr teuer.



ERSTSCHLAG-FÄHIGKEIT: ZIEL DER DEUTSCHEN AUFRÜSTUNGS-PLÄNE

Die Bundeswehr soll innerhalb von gut zehn Jahren zur größten (konventionellen) Armee der europäischen NATO-Staaten werden. Zu den strategischen Zielen der Regierung gehört dabei auch die Erstschlagfähigkeit. **Jakob Schäfer**

Nicht wenige aus der Friedensbewegung feierten den Beschluss der US-Regierung, vorläufig keine neuen Mittelstreckenraketen in der BRD zu stationieren, als einen „Erfolg“ oder doch zumindest als eine sehr positive Entwicklung. Sicher hat dies die Kriegsgefahr in Europa etwas gemindert, aber leider nur kurzfristig. Denn wir müssen die Gründe für die US-Entscheidung im Blick behalten und vor allem ernstnehmen, was die Bundesregierung vorhat.

Die US-Regierung ist nicht plötzlich zu einem Abrüstungsbefürworter geworden, sondern sieht für ihr Bestreben, sich als unangefochtener Hegemon zu behaupten, ihren Handlungsbedarf nicht vorrangig in Europa, sondern im pazifischen Raum. Die US-Strategie ist eindeutig: Um den Hauptkonkurrenten China in Schach zu halten und langfristig zu schwächen, sollen sowohl alle nur denkbaren ökonomischen Hebel in Bewegung gesetzt werden als auch militärische Mittel so aufgestellt werden, dass man Sanktionen – und dazu das Abschneiden von Handelswegen der Konkurrenten – auch militärisch durchsetzen kann. Dafür werden jetzt die US-Stützpunkte im indopazifischen Raum verstärkt, wozu man ein paar Tausend Soldaten aus Deutschland abzieht und die neuen Mittelstreckenraketen nicht in Deutschland, sondern eben im Indopazifik stationiert. Auch die gemeinsamen Manöver mit Japan und Australien im Herbst letzten Jahres dienten schon diesem Ziel.

In diesem Zusammenhang gewinnt die Straße von Malakka eine große Bedeutung, denn sie ist die meistbefahrene Meerenge der Welt. „Käme es hier – wie in Hormus – zu einer Blockade, wäre nicht nur China betroffen, sondern die gesamte Weltwirtschaft,“ heißt es bei der Tagesschau.¹ Doch das ist nur die halbe Wahrheit. Treffen würde es vor allem China (80 Prozent seiner Ölimporte laufen durch diese Meerenge). Und es würde Europa treffen, relativ wenig die USA. Wenn die USA z. B. diese Meerenge blockieren (und mit ihrer aktuell sich verstärkenden Armada dies militärisch durchsetzen), dann werden Transporte für den Hauptkonkurrenten China – aber auch für den Konkurrenten EU – deutlich teurer.

Seit geraumer Zeit arbeitet die US-Regierung daran, die „Zuständigkeit“ der NATO letztlich auf die ganze Welt auszudehnen. Im Irankrieg ist ihr das zwar nur zum Teil gelungen, aber immerhin: Die Bundesregierung hat die überaus wichtigen Nutzung des US-Stützpunktes Ramstein für den Aufmarsch am Golf und die Raketensteuerung nicht untersagt. Langfristig von noch größerer Bedeutung ist das Entsenden von Schiffen der Bundeswehr in den Pazifik. Die Bundesregierung ist also nach wie vor auf Schmusekurs mit der US-Politik, auch wenn man parallel dazu an der Aufrüstung Europas arbeitet.

Eines der zentralen Anliegen (wenn nicht der wichtigste Grund überhaupt) für die US-Regierung, den Iran anzugreifen, lag ohne jeden Zweifel darin, dessen Ölexporte nach China zu erschweren bzw. ihn nach Möglichkeit ganz zu unterbinden. Schon die Intervention in Venezuela diente vorrangig genau diesem Ziel: Aus diesen beiden Ländern bezog China bislang mehr als 11 Prozent seiner Ölimporte

MDTF

Die 2. Multi-Domain Task Force (MDTF) der US-Armee ist eine spezialisierte Militäreinheit auf Brigadeebene. Sie bündelt die Fähigkeiten in den Bereichen Cyber, Weltraum, Elektronische Kampfführung und weitreichende Präzisionswaffen. Die MDTF gilt als moderne, operative Kernformation der US-Armee. Ziel ist die Fähigkeit zum „Deep-Precision-Strike“ (Präzisionsschlag in der Tiefe) und die Bekämpfung von Zielen hinter feindlichen Linien durch Mittelstreckenwaffen (z.B. Tomahawk-Marschflugkörper, Dark Eagle Hyperschallwaffe).

AUSZÜGE AUS EINEM FLUGBLATT IN MAINZ

Die Pläne der USA, Raketen und Marschflugkörper in Deutschland aufzustellen, sind vorerst vom Tisch. Das ist eine gute Nachricht! Doch es gibt weiterhin genug Gründe, um gegen den Rüstungsaustausch der Regierenden zu protestieren!

Ob das Wort des US-Präsidenten auch in drei Monaten noch etwas zählt, darf getrost in Frage gestellt werden. Gleichzeitig sind wir empört über die reflexartigen Rufe aus der deutschen und europäischen Politik, die nun möglichst schnell in eigener Regie Mittelstreckenwaffen entwickeln und aufstellen will.

Dabei ist klar: Mittelstreckenwaffen sind reine Angriffswaffen und erhöhen die Kriegsgefahr. Auch deutsche oder europäische Marschflugkörper bergen das gravierende Risiko eines Präventivangriffs und gefährden somit unsere Sicherheit. Daher bleibt unser Ziel ein Europa ohne Mittelstreckenwaffen!

Wir wenden uns zudem gegen die US-Militärstützpunkte in Deutschland, die erneut für einen völkerrechtswidrigen Angriffskrieg genutzt werden. Insbesondere die Air Base Ramstein spielt im Krieg gegen den Iran eine zentrale Rolle, aber auch Wiesbaden beherbergt wichtige Hauptquartiere der USA für ihre Kriege in Afrika und im Nahen und Mittleren Osten. Wir fordern die Bundesregierung auf, Völkerrecht zu respektieren, jegliche Kriegsbeteiligung zu beenden und den USA die Nutzung ihrer Basen hier unverzüglich zu untersagen. Sie müssen so schnell wie möglich aufgelöst und alle Atomwaffen aus Deutschland abgezogen werden.

Dass die USA jetzt vorerst keine Mittelstreckenwaffen in Deutschland stationieren, muss als Gelegenheit für neue Initia-

tiven zur internationalen Rüstungskontrolle und Abrüstung betrachtet werden.

Dafür gehen wir am 30. Mai in Wiesbaden auf die Straße! Wir sagen: „Keine Mittelstreckenwaffen – nirgends!“ und bekräftigen unsere Forderungen:

- Die Stationierung von US-amerikanischen Mittelstreckenwaffen in Deutschland dauerhaft zu unterbinden
- Das US-Raketenbefehlskommando in Mainz-Kastel ersatzlos abzuziehen
- Das Projekt zur Entwicklung eigener europäischer Mittelstreckenwaffen (ELSA) zu stoppen und keine eigenen Hyperschallraketen zu entwickeln
- Keine Tomahawk-Marschflugkörper und Abschussrampen von den USA zu erwerben
- Verhandlungen über Rüstungskontrolle zu führen, um ein multilaterales Folgeabkommen zum INF-Vertrag, der von 1988 bis 2019 Mittelstreckenraketen in Europa verboten hat, und dadurch auch einen Abzug russischer Mittelstreckenwaffen wie der „Oreschnik“ zu erreichen
- Die allgemeine gesellschaftliche Militarisierung und die Reaktivierung des Kriegsdienstzwangs zu stoppen
- Kriege und Konflikte diplomatisch statt militärisch zu lösen
- Weltweit für eine sichere und friedliche Zukunft einzutreten und dabei auch mit den Staaten zusammenzuarbeiten, zu denen westliche Länder in machtpolitischer und/oder wirtschaftlicher Konkurrenz stehen

(aus Iran sogar zu Preisen zehn Prozent unter dem Weltmarktpreis).

Deutschland bleibt für die USA wichtiger Standort

Die Stationierung von US-Streitkräften in Deutschland ist für USA weiterhin von zentraler Bedeutung, nicht nur weil die US-Basis in Ramstein als Umschlagsplatz für Waffen- und Truppentransporte wichtig ist, sondern auch, weil (aufgrund der Erdkrümmung) die Kommunikation mit den Abschussrampen und die Steuerung der Raketen im Nahen Osten, in Afrika und weiten Teilen des Mittleren Ostens über diesen Stützpunkt läuft.

Ähnlich bedeutsam ist das Aufrechterhalten der in Wiesbaden-Erbenheim (Clay Kaserne) seit 2021 stationierten Multi-Domain Task Force. Im Wiesbadener Stadtteil

Mainz-Kastel ist das 56. Artilleriekommando stationiert, das für die Steuerung der Mittelstreckenraketen zuständig ist, die weiterhin zu gegebener Zeit in Grafenwöhr stationiert werden können. Diese Raketen sind Erstschlagwaffen, denn sie sind nicht für die Abwehr von Raketen konzipiert. Die Dark Eagle z. B. ist eine Hyperschallrakete, die aufgrund ihrer extrem kurzen Flugzeit (mit Mach 5 erreicht sie in 20 Minuten Moskau) und hohen Sprengkraft sogenannte Enthauptungsschläge durchführen kann. Es ist klar, dass damit selbstverständlich ein neuer Rüstungswettlauf und eine Eskalationsdynamik in Gang gesetzt wird.

Mit dem eigenen Aufrüstungsprogramm wird Deutschland für die USA als Waffenkäufer sogar noch wichtiger als in der Vergangenheit, denn auf absehbare Zeit, werden weiterhin zwei Drittel der Waffen für die

Bundeswehr in den USA gekauft. So hat man z. B. im letzten Jahr 400 Tomahawk (im Wert von insgesamt 1,5 Mrd. €) sowie 3 Typhon Startersysteme bestellt, deren Lieferung nur deshalb ausgesetzt ist, weil die USA im Irakkrieg zu viele selbst verballert haben.

Chance für die deutsche Rüstungsindustrie

Die Stationierung der Tomahawk (Reichweite 1600 km) sollte bis 2029 abgeschlossen sein. Jetzt überlegen die „Militärexperten“ welche anderen Möglichkeiten sich bieten. Vor allem die deutschen und europäischen Waffenschmieden sind über die US-Entscheidung gar nicht unglücklich, gibt ihnen das doch die Gelegenheit, jetzt auch auf diesen Gebieten mehr Geschäfte zu machen.

„Es braucht laut [Nico] Lange günstige Raketen in großer Zahl, die den gegnerischen Luftraum überfluten können. Er betont, dass dieses Ziel nicht mit gewohnter Bürokratie und auf sechs bis sieben Jahre angelegten Langzeitprojekten angegangen werden dürfe.

Militär-Experte und Politikberater Nico Lange, ehemaliger Leiter des Leitungsstabs im Verteidigungsministerium, erklärte in der ZDF-Talkshow ‚Markus Lanz‘ [am 5. Mai], dass Deutschland Mittelstreckenraketen im Stile von Tomahawks innerhalb weniger Monate produzieren könnte – die sogar besser wären.“²

So gewinnt plötzlich das ELSA-System eine größere Priorität im Beschaffungsprogramm der Bundeswehr. ELSA steht für *European Long-Range Strike Approach* und zielt auf die Fähigkeit, tief im Land des Gegners heftige Schläge auszuführen (anvisiert sind natürlich Enthauptungsschläge). Die Absichtserklärung zum Aufbau eines solchen Systems, das die Verteidigungsminister von Frankreich, Polen, Italien und Deutschland im Herbst 2024 unterzeichnet haben, wird jetzt intensiv konkretisiert. Diese Systeme bilden, wie schon der Name es aussagt, kein Raketenabwehrschild, sondern sind als Angriffswaffen konzipiert.

Unterm Strich haben die USA zwar ihre militärischen Mittel etwas verlagert, aber ihre strukturellen Fähigkeiten keineswegs infrage gestellt. In diesen kleinen Spalt, der sich hier – allerdings nur scheinbar – aufgetan hat, will vor allem die Bundesregierung hineinstoßen und mit der verlogenen Begründung der angeblichen „Fähigkeitslücke“ den laufenden Aufrüstungskurs noch verschärfen und sich perspektivisch in die Lage versetzen, selbst an der Durchführung eines Erstschlags beteiligt zu sein oder ihn sogar anführen zu können. Damit sind alle Gründe

gegeben, weiterhin gegen die Stationierung solcher Raketen zu demonstrieren.

Wichtig für die Debatte um einen Ersatz für die (vorläufig) nicht stationierten US-Raketen, die zu keinem Zeitpunkt „nur“ Raketen waren: Sie sind Teil eines umfassenden Systems aus Satelliten, Drohnen, Aufklärungsflugzeugen und Computern mit künstlicher Intelligenz, deren Fäden alle in einer amerikanischen Multi-Domain Task Force zusammenlaufen. Ohne dieses Gesamtsystem ist eine solche Rakete (quasi als letztes Glied in einer Kette) strategisch völlig wertlos. Die gesamte Steuerung sollte von vornherein und grundsätzlich in US-Hand bleiben. Da die deutschen und europäischen Systeme ein solches umfassendes Nervensystem nicht haben, läuft zurzeit in Militärstäben in enger Kooperation mit den Rüstungsfirmen eine fieberhafte Debatte, ob und wie ein solches Gesamtsystem (ein militärisch-digitaler Komplex) aufgebaut werden kann. Noch völlig unabhängig von den gewaltigen Kosten für ein solches eigenständiges System: die Einrichtung eines solchen Systems würde die Hemmschwelle für einen Angriff drastisch senken, denn ein solches System verkürzt die mögliche Reaktionszeit auf wenige Minuten oder auch nur Sekunden.

¹ <https://www.tagesschau.de/ausland/asien/strasse-von-malakka-102.html>

² <https://www.businessinsider.de/wirtschaft/diese-deutschen-raketen-sollen-besser-als-die-tomahawk-sein/>



ASSOZIIERUNGSABKOMMEN ZWISCHEN EU UND ISRAEL AUFKÜNDIGEN!

Einige Staaten boykottierten den European Song Contest (ESC), weil sie nicht tatenlos dem Völkermord im Gazastreifen zusehen wollen. Viel wichtiger wäre die Aufkündigung des Assoziierungsabkommens der EU mit Israel.

■ *Jakob Schäfer*

Die EU und Israel haben im Jahr 2000 ein Assoziierungsabkommen unterzeichnet, das Israel einen privilegierten Zugang zum EU-Binnenmarkt und zu EU-Programmen wie *Horizon Europe* verschafft. Mehr als 28 Prozent der israelischen Exporte gehen in die EU.

Aufgrund des Völkermords im Gazastreifen und der Politik ethnischer Säuberung im Westjordanland ist die Kündigung (bzw. mindestens das Aussetzen) dieses Abkommens angesagt, denn im Artikel 2 des Abkommens ist festgelegt, dass beide Seiten der Einhaltung der Menschenrechte verpflichtet sind.

Doch einige EU-Länder, allen voran die BRD, weigern sich, diesem Schritt zuzustimmen. Derweil drangsalieren weiterhin rechtsradikale Siedler und die Armee die palästinensische Bevölkerung im West-

jordanland. Felder werden verwüstet und jede Woche werden Palästinenser:innen von Siedlern ermordet (seit Oktober 2023 sind es schon mehr als 1100), ohne dafür belangt zu werden. Gleichzeitig wird immer mehr Land annektiert.

Im Gazastreifen mit der Blockade ausreichender Hilfslieferungen und dem fast täglichen Erschießen wehrloser Zivilist:innen sieht es noch schlimmer aus. Allein seit Verkündung des „Waffenstillstands“ vom 10. Oktober 2025 und bis zum Zeitpunkt der Beratungen der EU-Außenminister im Mai 2026 hat die israelische Armee im Gazastreifen 730 Palästinenser:innen erschossen. Hunderte sind allein seit Oktober 2025 aufgrund fehlender medizinischer Versorgung gestorben.

EU-Außenminister beraten und beraten

Die Außenminister der EU-Staaten „beraten“ zu dieser Frage seit über einem Jahr. Am 20. Mai 2025 hatten 17 der 27 Außenminister der EU-Mitgliedstaaten dafür gestimmt, das Abkommen aufgrund der Vorgänge in Gaza zu überprüfen oder aussetzen zu lassen. Selbst die EU-Kommission hatte Probleme, die Fortführung des Abkommens zu rechtfertigen und hatte am 17. September 2025 eine teilweise Aussetzung des Abkommens sowie Sanktionen gegen einzelne israelische Regierungsmitglieder und Siedler empfohlen. Doch Deutschland gehörte neben Österreich, Italien, Tschechien und Ungarn zu den Ländern, die diese Maßnahme ablehnten. Am 10. Mai 2026 berieten die EU-Außenminister erneut, aber sie kamen nicht weiter, weil vor allem Deutschland und Italien das Assoziierungsabkommen nicht aussetzen wollen. Würde mindestens eines dieser beiden Länder – Italien oder Deutschland – dem Aussetzen zustimmen, würde es für eine qualifizierte Mehrheit und damit mindestens für eine teilweise Aussetzung des Abkommens reichen. Doch es gibt wohl nichts Wichtigeres als die „deutsche Staatsräson“.¹

Alle möglichen Menschenrechtsorganisationen fordern die Aussetzung des Abkommens. *Amnesty international*

ARTIKEL 2 DES ASSOZIIERUNGSABKOMMENS ...

... der EU mit Israel schreibt vor, dass „die Beziehungen zwischen den Vertragsparteien ebenso wie alle Bestimmungen des Abkommens (...) auf der Achtung der Menschenrechte (...) [beruhen], von denen die Vertragsparteien sich bei ihrer Innen- und Außenpolitik leiten lassen und die ein wesentliches Element dieses Abkommens sind.“

in Deutschland, *Human Rights Watch Deutschland* und *Oxfam Deutschland* forderten am 10. Mai, die Aussetzung des EU-Israel-Assoziierungsabkommens zu beschließen. Sie stützen sich darauf, dass der Internationale Gerichtshof bereits im Juli 2024 festgestellt hat, dass Drittstaaten und Institutionen völkerrechtlich verpflichtet sind, eine durch rechtswidrige Besatzung entstandene Situation weder anzuerkennen noch zu unterstützen. Um dem gerecht zu werden, gehört explizit auch die Aussetzung von Handelsabkommen und Kooperationen.

„Deutschland sollte nicht länger dazu beitragen, dass Israels Gräueltaten folgenlos bleiben. Stattdessen sollte sich Außenminister Waidepohl der Mehrheit der EU-Staaten anschließen und die überfälligen Schritte mittragen: die Aussetzung des Abkommens, ein Verbot des Handels mit illegalen Siedlungen sowie ein Ende sämtlicher Waffenlieferungen nach Israel“, sagte Philipp Frisch, Direktor von *Human Rights Watch Deutschland*.

Bürgerinitiative auf EU-Ebene

Dass die EU-Kommission wenigstens minimal aktiv wurde, hat einen klaren Hintergrund. Zum einen ist eine Mehrheit der EU-Bevölkerung davon überzeugt, dass Israel im Gazastreifen Völkermord begeht; die EU-Kommission will sich nicht auf Dauer unglaublich machen und will wenigstens den Schein einer korrekten Haltung an den Tag legen. Zum anderen – und das mag im Mechanismus der EU die wichtigere Rolle spielen – unterstützen inzwischen mehr als ein Million Menschen eine Bürgerinitiative, was mehr ist als eine Petition. (Gemessen an der Bevölkerung gibt es besonders vielen Unterstützer:innen in Irland.) Die EU-Kommission muss sich damit auseinandersetzen.² Die Initiative war im September 2024 von mehr als 160 Organisationen gestartet worden und gründet sich unter anderem auf das Gutachten des Internationalen Gerichtshofs.

Dort wurde festgestellt, dass Israel in den besetzten palästinensischen Gebieten (Westjordanland, Gaza und Ostjerusalem) systematische Verstöße gegen grundlegende Prinzipien des humanitären Völkerrechts begeht, darunter das Verbot der gewaltsamen Verlegung. Das Gutachten kam auch zu dem Schluss, dass Israel das palästinensische Recht auf Selbstbestimmung unterdrückt und das Verbot der gewaltsamen Gebietsübernahme verletzt hat.

Nach den internationalen Standards der Menschenrechte und dem humanitären Völkerrecht gelten diese Verstöße als schwerwiegend. Sie sind unvereinbar mit der Menschenrechtsklausel (Artikel 2) des Assoziierungsab-

kommens, in der die Achtung der Menschenrechte und demokratischer Prinzipien als „wesentlicher Bestandteil“ des Abkommens festgelegt ist. Die Aussetzung des Abkommens aufgrund der Verletzung der Menschenrechtsklauseln des Abkommens durch Israel ist eine „Verpflichtung der EU, ihren eigenen Grundsätzen und Werten treu zu bleiben“, heißt es in der Initiative.³

Die Solidaritätsbewegung darf nicht lockerlassen und sollte die Initiative (es ist gewissermaßen ein Volksbegehren) weiter bekannt machen und alle nur denkbaren Veranstaltungen dazu nutzen, um auf die eklatante Komplizenschaft der Bundesregierung mit der völkermörderischen Politik der israelischen Regierung hinzuweisen. Nicht nur die Waffenlieferungen aus Deutschland an Israel müssen endlich gestoppt werden (die übrigens beständig auch im Krieg gegen den Libanon eingesetzt werden). Auch das Assoziierungsabkommen EU-Israel muss aufgekündigt werden.

1 Mehr dazu unter Jakob Schäfer und Michael Weis: *Wider die deutsche Staatsräson*, <https://www.inprekorr.de/632-pal-sr.htm>

2 Mit einer EU-Bürgerinitiative (EBI) können Unionsbürger erzwingen, dass sich die Europäische Kommission mit einem bestimmten Thema befasst. Hierfür müssen in zwölf Monaten insgesamt eine Million gültige Unterstützungsbekundungen in sieben EU-Mitgliedsstaaten gesammelt werden.

3 Die deutsche Fassung des Volksbegehrens findet sich hier: <https://www.eccpalestine.org/aussetzung-des-assoziierungsabkommens-eu-israel/>

MEDIEN IGNORIEREN ROLLE ISRAELS BEI DER ERMORDUNG DER JOURNALISTIN AMAL KHALIL

Es gibt zwingende Beweise dafür, dass das israelische Militär die libanesische Reporterin Amal Khalil getötet hat. Warum ignorieren die US-Medien diese Geschichte?

■ **James North**

Amal Khalil war eine mutige libanesische Reporterin, die in den letzten zwei Jahrzehnten für die [libanesische] Tageszeitung *al-Akhbar* aus dem oft gefährlichen Süden ihres Landes berichtet hat. Am 22. April starb sie bei der Ausübung ihrer Arbeit qualvoll – und es gibt zwingende Beweise dafür, dass das israelische Militär sie ermordet hat. Sie wurde nur 43 Jahre alt.

Doch wieder einmal machen sich die etablierten US-Medien eines ekelhaften Fehlverhaltens schuldig. Journalist:innen sollten sich besonders bemühen, eine Geschichte zu verfolgen, wenn ihre Kolleg:innen im Einsatz getötet werden, aber die führenden amerikanischen Kabelnachrichtensender haben bisher meist überhaupt nicht über ihren Tod berichtet. Auf MS NOW, einem progressiveren Sender, wird nichts gebracht. Das Gleiche gilt für CNN (obwohl die Unterabteilung „CNN International“ des Senders einen Bericht um 2:16 Uhr ausstrahlte – was die meisten amerikanischen Abonnenten verpasst haben dürften). Auch die großen klassischen Fernsehsender berichteten nicht über die Geschichte: nichts auf ABC, NBC oder CBS. (Es gab eine rühmliche Ausnahme in der PBS News Hour. Geoff Bennett sprach die Ermordung von Amal Khalil in einem Interview mit dem israelischen UN-Botschafter Danny Danon an und setzte ihn ziemlich unter Druck).

Folgendes ist genau passiert. Bereits im Jahr 2024 hatte Amal Khalil Morddrohungen von einem israelischen Medienkommentator mit engen Verbindungen zum Militär erhalten, der sie warnte und ihr dringend nahelegte, den Südlibanon zu verlassen. Am 22. April 2026 war sie in der Nähe des Dorfes al-Tiri unterwegs, als ein israelischer Luftangriff das Fahrzeug vor ihr traf. Wie üblich hatte sie eine Schutzweste getragen, die sie eindeutig als Journalistin auswies. Sie und eine weitere Reporterin suchten Zuflucht in einem nahe gelegenen Haus. Diese Reporterin, Zeinab Faraj, sagte der Associated Press: „Amal kroch, sie war verwundet – an der Nase, am Kopf, an der Schulter und am Bein.“ Beide Frauen konnten über Telefon mit ihrer Familie und anderen Kollegen sprechen.

Dann traf ein zweiter israelischer Luftangriff ihren Unterschlupf. Rettungskräfte gelangten zu ihrer Kollegin, doch die Journalistengewerkschaft im Libanon wirft den israelischen Streitkräften vor, Blendgranaten eingesetzt zu haben, um weitere Bemühungen zur Rettung von Amal zu verhindern. Sie lag noch stundenlang in den Trümmern und litt sicherlich unter Schmerzen. Sechs Stunden später kamen die Retter endlich durch. Aber da war sie bereits gestorben.

Zurück zu den etablierten Medien in den USA. Im Gegensatz zu den Fernsehnachrichten ignorierten die Zeitungen die Ermordung von Amal Khalil nicht völlig, aber ihre Berichterstattung war meist minimal, mit – bisher – wenig oder gar keinen Folgeberichten. Ein Bericht der *New York Times* stach besonders durch seine grotesken Verzerrungen hervor, mit denen versucht wurde, die zwingenden Beweise dafür zu verschleiern, dass das israelische Militär Rettungskräfte daran gehindert hatte, sie zu retten.

Der Untertitel zu dem Bericht von Max Bearak vom 23. April verriet die Verschleiерungsstrategie der Zeitung. „Trauernde erweisen Amal Khalil die letzte Ehre, die stun-

denlang unter Trümmern verschüttet war, bevor Rettungssanitäter ihre Leiche bergen konnten.“ Man musste schon bis zum 7. Absatz lesen, um zu erfahren, wer sie tatsächlich „verschüttet“ hatte und die „Rettungssanitäter“ aufhielt. Und erstaunlicherweise war da der erklärende Satz: „Das israelische Militär bestritt in einer Erklärung, dass es Retter daran gehindert habe, die verletzten Journalisten zu erreichen, und sagte, der Vorfall werde untersucht.“

Das ist ganz außergewöhnlich. Die *New York Times* berichtet über das israelische Dementi, bevor sie sich überhaupt die Mühe macht, Ihnen zu sagen, was der Vorwurf ist.

Vergleichen wir kurz die *Times* mit einem Artikel, der am selben Tag im *Guardian*, dem Flaggschiff der britischen Tageszeitungen, erschienen ist. Hier lautet die Überschrift des Berichts von Peter Beaumont: „Israelische Tötung einer libanesischen Journalistin wird international verurteilt“. Und der Untertitel: „Der libanesischer Premierminister bezeichnet den Angriff, bei dem Amal Khalil getötet wurde, als ‚Kriegsverbrechen‘, und auch die Retter, die versuchten, sie zu befreien, wurden angegriffen.“

Fairerweise muss man sagen, dass nicht alle US-Zeitungen versuchten, die Mitschuld Israels herunterzuspielen. Der Reporter der *Los Angeles Times*, Nabih Bulos, war bei der Beerdigung von Amal Khalil im Südlibanon dabei und hat einen fairen und ehrlichen Bericht verfasst. Er zitierte Mohammed Zanaty, einen mit Khalil befreundeten Journalisten, mit den Worten: „Das war ein Attentat; das war kein Versehen. Das israelische Militär wusste, wer sie war, und hat sie getötet“.

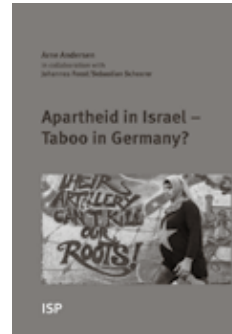
Unterdessen schrieb der Kommentator der *New York Times*, Nicholas Kristof, auf X/Twitter über Amal Khalil: „Journalisten auf der ganzen Welt sollten sich für Kollegen einsetzen, die ermordet werden.“ Kristof hat natürlich Recht. Es war jedoch aufschlussreich, dass er nicht auf die Berichte über Amal Khalil in seiner eigenen Zeitung verwies. Stattdessen zitierte er einen Artikel der Associated Press.

27. April 2026

James North ist einer der Chefredakteure von *Mondoweiss* und berichtet seit vier Jahrzehnten aus Afrika, Lateinamerika und Asien. Er lebt in New York City.
Folgen Sie ihm auf X unter @jamesnorth7
Aus: <https://mondoweiss.net/2026/04/the-mainstream-media-is-ignoring-israels-role-in-the-killing-of-journalist-amal-khalil/>

Übersetzung: Björn Mertens

NEW from ISP



Arne Andersen

in contribution with Johannes Feest/
Sebastian Scheerer

Apartheid in Israel – Taboo in Germany?

e-book, English, PDF
Original edition, 466 p., 20,00 €
3rd, updated edition September
2025, ISBN 978-3-89 900-162-4

The authors lay the groundwork for understanding the debates in Germany about Jewish life, Israel and Palestine.

The Israeli-Palestinian conflict is presented in all complexity from its origins to the current war in Gaza. Numerous photos, diagrams and tables facilitate access to the topic.

Individual chapters can be accessed by clicking on the table of content.

Neuer ISP Verlag GmbH

phone: +49 721 3 11 83

e-mail: neuer.isp.verlag@t-online.de

Internet: www.neuerispverlag.de

STAATSRÄSON

Fabian Goldmann: *Staatsräsonfunk*. Deutsche Medien und der Genozid in Gaza. Manifest Verlag Berlin 2026, 405 Seiten, 22 €

■ Johann-Friedrich Anders

Die Fragestellung

Fabian Goldmann analysiert in seinem Buch „*Staatsräsonfunk*. Deutsche Medien und der Genozid in Gaza“ die Berichterstattung deutscher Medien über Gaza seit dem 7. Oktober 2023, dem Überfall der Hamas. Goldmann stellt an diese Berichterstattung folgende Fragen: „Wie wurden deutsche Redaktionen den Standards ihres eigenen Handwerks gerecht? Wie faktentreu und ausgewogen war die Berichterstattung? Welche Quellen und Informationen wurden genutzt? Welche Erzählungen und Argumentationsmuster prägten die Berichterstattung? Welche Sprache und Bilder nutzten Medien, um die Ereignisse zu beschreiben? Wessen Geschichten wurden erzählt, welche verschwiegen? In welchen historischen, politischen oder rechtlichen Kontext ordneten Redaktionen die Ereignisse ein?“

Mit diesen Fragen misst Goldmann den deutschen Journalismus an seinen eigenen Ansprüchen. Doch Goldmann untersucht nicht nur, wie die deutschen Medien über Gaza berichteten, sondern er fragt auch, welche Rolle die deutschen Medien selbst bei dem in Gaza stattfindenden Genozid spielten:

Haben sie israelische Verbrechen verschleierte, verharmlost oder gerechtfertigt? Haben Medien durch ihre Berichterstattung die Gewalt in Nahost und die deutsche Politik der bedingungslosen Unterstützung Israels befeuert? Leisteten Medien einen Beitrag bei der Dämonisierung und Entmenschlichung palästinensischen und libanesischen Lebens?

Der Untersuchungsgegenstand

Goldmann analysiert die Berichterstattung deutscher Leitmedien im Zeitraum vom 7. Oktober 2023 bis zum 10. Oktober 2025, dem Beginn des von US-Präsident Trump verkündeten ‚Friedensplans‘. Im Zentrum der Untersuchung steht die Auswertung von 11 125 Beiträgen aus fünf Medien, „die aufgrund ihrer Reichweite als be-

sonders einflussreich für die öffentliche Meinungsbildung in Deutschland gelten können und die aufgrund ihrer journalistischen und politischen Ausrichtung ein besonders breites Spektrum der deutschen Medienlandschaft abdecken“:

- *BILD*, die Tageszeitung und das online-Nachrichtenmedium mit der größten Reichweite,
- die *Tagesschau*, das reichweitenstärkste TV-Nachrichtenformat,
- der *Spiegel*, das auflagenstärkste Nachrichtenmagazin,
- die *Zeit*, die auflagenstärkste Wochenzeitung,
- die *taz*, das größte Medium mit linkem Selbstverständnis.

(Diese Auflistung zeigt, dass der Buchtitel nicht ganz zutreffend ist: Goldmann untersucht nicht den *Staatsräsonfunk*, sondern *Staatsräsonmedien*.)

Ergebnisse

Goldmann analysiert die Berichterstattung dieser Medien über die Ereignisse in Israel, Palästina und anderen Teilen der Region nach dem 7. Oktober 2023. Hier einige von Goldmanns konkreten Ergebnissen:

Fake News

„Deutschlands auflagenstärkste Zeitung *Bild* begrüßte ihre Leser (am 10. Oktober 2023) mit der Titelgeschichte: ‚Sie schnitten Babys die Köpfe ab.‘ Hunderte weitere Medien verbreiten an diesem Tag und in den kommenden Wochen die Geschichte. Die Story von den 40 enthaupteten Babys wurde zum Sinnbild und ultimativen Beweis der palästinensischen Barbarei. Das Problem daran: Sie ist komplett erfunden. Die 40 enthaupteten Babys hat es nie gegeben.“

„In den nächsten Tagen und Wochen kamen immer neue Schauergeschichten hinzu: ‚Haben Terroristen ein Baby im Ofen verbrannt?‘, ‚Hamas-Barbaren vergewaltigten sogar Leichen‘, ‚Verbrannte die Hamas Kinder-Geiseln mit heißem Auspuff?‘ So lauten einige Schlagzeilen in der *Bild*, die bis heute abrufbar sind. Keine einzige hält einer Überprüfung stand.“

Derartige Fake News hatten alle eines gemeinsam: Sie zielten auf die Entmenschlichung und Dämonisierung von

Palästinensern und anderen, die Ziel von Israels Gewalt wurden.“

Verschleiern

„Raketenterror auf Tel Aviv. Luftangriffe auf Hisbollah-Ziele.“ Diese Schlagzeile erschien am 25. September 2024 im *Spiegel*. Mit der dramatisierenden Formulierung ‚Raketenterror auf Tel Aviv‘ war eine einzelne Rakete der *Hisbollah* gemeint, die nahe Tel Aviv abgefangen wurde und durch die glücklicherweise niemand zu Schaden kam. Mit ‚Luftangriffe auf Hisbollah-Ziele‘ bezeichnete das Nachrichtenmagazin hingegen den Abschuss und Abwurf Hunderter Raketen und Bomben durch die israelische Armee, durch die in den Tagen zuvor Hunderte Menschen getötet, Tausende verletzt und Zehntausende vertrieben worden waren. Die Formulierung war nicht nur euphemistisch, sondern auch faktisch falsch. Denn getroffen hatte die israelische Armee nicht nur ‚Hisbollah-Ziele‘, sondern zahlreiche zivile Gebäude wie Wohn- und Krankenhäuser. Getötet hatte sie dabei nach Angaben libanesischer Behörden vor allem Zivilpersonen.“

„Ausschlaggebend dafür, wie Medien Gewalttaten in Nahost bezeichnen, ist weniger die Tat selbst oder deren Ausmaß und Folgen, sondern vor allem, wer die Tat begeht und wen sie trifft. Während israelische Gewalttaten häufig kontextualisiert (z. B. ‚Gegenangriff‘, ‚Reaktion‘) oder beschönigt werden (‚begrenzt‘, ‚präzise‘), wird gegen Israel gerichtete Gewalt oft dramatisiert und emotionalisiert (‚Großangriff‘, ‚Massaker‘, ‚beispiellos‘, ‚barbarisch‘).“

„Für die mediale Verwendung des Begriffs ‚Großangriff‘ ist weniger entscheidend, wie groß ein Angriff ist, sondern ob er von Israel ausgeht (nicht groß) oder gegen Israel gerichtet ist (groß).“

„3.408-mal war in *Bild*, *Spiegel*, *Tagesschau*, *taz* und *Zeit* von einem ‚Massaker‘ die Rede. Fast immer war damit der *Hamas*-Angriff vom 7. Oktober gemeint (94,3 Prozent). Für israelische Gewalttaten machten sich die Redaktionen den Begriff ‚Massaker‘ kein einziges Mal zu eigen.“

Verschweigen

„Am 11. Juli 2024 kritisierten über 70 Medien aus aller Welt in einem gemeinsamen offenen Brief die Tötung palästinensischer Medienschaffender und forderten Israel auf, internationale Reporter frei aus Gaza berichten zu lassen. Kein einziges deutsches Medium schloss sich dem Aufruf an.“

Dabei tötet die israelische Armee offenbar systematisch Journalisten in Gaza. „252 Medienschaffende hat das

Komitee zum Schutz von Journalisten (CPJ) Vom 7. Oktober 2023 bis 1. Dezember 2025 dokumentiert. In keinem Fall gibt es unabhängige Belege dafür, dass es sich bei einem der Getöteten um einen bewaffneten Kämpfer handelte (der einzige Fall, in dem die Genfer Konvention einen Angriff legitimieren würde.)“

Rechtfertigen von Kriegsverbrechen

„Hunderte Male beschuldigten israelische Militärs und Politiker in den vergangenen zwei Jahren die Hamas, ‚Kommandozentralen‘ oder andere ‚terroristische Infrastruktur‘ unter zivilen Gebäuden platziert zu haben. In keinem Fall konnten unabhängige Untersuchungen, etwa durch die *Vereinten Nationen*, Menschenrechtsorganisationen oder investigative Reporterinnen, die Anschuldigungen bestätigen.“

Was tatsächlich stattfindet, das ist – so ein Bericht der Vereinten Nationen mit dem Titel „Anatomie eines Genozids“ vom 10. Oktober 2024 – „eine gezielte Politik zur Zerstörung des Gesundheitssystems im Gazastreifen.“ Für den Zeitraum vom 7. Oktober 2023 bis 30. Juli 2024 dokumentierte diese UN-Untersuchung insgesamt 498 Angriffe auf Gesundheitseinrichtungen, 113 Angriffe auf Rettungsfahrzeuge und die Tötung von über 500 Ärzten und Pflegerinnen im Gazastreifen. Über 1000 weitere seien von Israel verschleppt oder verwundet worden. Von den 36 Krankenhäusern im Gazastreifen seien 20 vollständig außer Betrieb, auch die Übrigen könnten ihre Arbeit nur noch eingeschränkt ausüben.“

Leugnen

Was fand und findet in Gaza statt?

„Selbstverteidigung? Militäroperation? Krieg? Genozid? Die Antwort von immer mehr Menschenrechtsorganisationen und Fachleuten aus Völkerrecht und Völkermord-Forschung lautete: Israel begeht einen Genozid in Gaza.“ „In einem gemeinsamen Statement warnten am 15. Oktober 2023 über 800 Fachleute aus Völkerrecht, Konflikt- und Völkermordforschung vor einem ‚möglichen Völkermord in Gaza‘. Sie verwiesen auf die hohe Zahl ziviler Tote, die systematische Zerstörung ziviler Infrastruktur und die Statements israelischer Politiker und Militärs, die völlig ungeniert zu alldem aufriefen.“

So erklärte etwa Israels Präsident Jitzchak Herzog am 13. Oktober 2023, dass für ihn Jede und Jeder in Gaza ein legitimes Ziel ist: „Es gibt keine unschuldigen Zivilisten in Gaza“. Goldmann listet in seinem Buch weitere derartige Erklärungen israelischer Politiker und Militärs auf, und er

verweist darauf, dass eine britische NGO „Law4Palestine“ 500 solcher Äußerungen bis Februar 2024 dokumentiert hat.

Und die deutschen Medien? Wie gingen sie mit diesen Fakten und diesen Vorwürfen um?:

„Die Vorstellung, Israel könne einen Genozid begehen, schien für viele Kommentatoren so abwegig zu sein, dass sie nicht einmal bereit waren, sich mit den Fakten und Argumenten auseinanderzusetzen. Die einzige mögliche Erklärung dafür, dass Israel so scharf kritisiert wird, konnte ihnen zufolge nur in niederen Motiven der Kritikerinnen liegen.“

So traf man in den deutschen Leitmedien auf den Begriff „Genozid“ allenfalls, wenn es darum ging, jene, die ihn verwendeten, zu kritisieren. So titelte etwa *Der Spiegel* am 23. November 2023 zur Frage des Völkermords in Gaza: „Das dumme und gefährliche Gerede vom Genozid“. „Der Text begann mit der aus Sicht der Autorin offenbar einzigen möglichen Erklärung für die zunehmende Kritik an Israel: ‚Ist es Dummheit? Achtlosigkeit? Bosheit?‘“

Das Fazit von Goldmanns Untersuchung

Wer sich in deutschen Medien informieren wollte, stieß weitgehend auf Desinformation: „Auf Euphemismen über ‚Schutzzonen‘, ‚gezielte Gegenschläge‘ und ‚begrenzte Bodeneinsätze‘. Auf Verbrechen, deren Täter sich hinter Passivkonstruktionen verbargen. Auf immer neue ‚ Hamas-Kommandozentralen‘, die sich dann doch wieder als Schule oder Krankenhaus entpuppten. Auf Legenden von ‚Selbstverteidigung‘ und ‚menschlichen Schutzschilden‘. Auf ‚Israels Kampf gegen die Hamas‘ – selbst dann noch, als die meisten Fachleute längst vom Genozid an der palästinensischen Zivilbevölkerung sprachen. Auf Einseitigkeiten, Rassismus und Fake News. Nur auf guten Journalismus stieß man kaum.“

Goldmann weist den deutschen Medien regelmäßige Falschdarstellungen, dauerndes Weglassen von Informationen und einen systematischen Mangel an Objektivität nach. Er macht mit einer Fülle von Belegen über die Berichterstattung deutscher Medien über Gaza klar: „Statt die Öffentlichkeit über das wahre Ausmaß israelischer Verbrechen aufzuklären, hat sie diese allzu oft verschleiert, verharmlost, gerechtfertigt oder gleich ganz verschwiegen.“ Goldmann zeigt detailliert, „welche Methoden Tagesschau, Bild, Spiegel, taz und Co. dabei angewendet haben und wie aus gut ausgebildeten Journalisten Propagandisten eines Genozids werden konnten“.

Goldmann weiter:

„Deutsche Medien und der Genozid in Gaza. Das ist nicht nur die Geschichte von Journalistinnen, die über zwei

Jahre Tod Vertreibung und Zerstörung im Nahen Osten verschwiegen, verharmlosten und rechtfertigten. Zu dieser Geschichte gehört auch, wie Medien jenen begegneten, die auf das wahre Ausmaß israelischer Verbrechen aufmerksam machten: mit Ignoranz, Arroganz und Diffamierung.“

In seinem Geleitwort zu Goldmanns Buch schreibt der in England lehrende israelische Historiker Ilan Pappé (Autor von „Die ethnische Säuberung Palästinas“, 2006):

„Wenn Sie sich mit dem Phänomen einer voreingenommenen und verzerrten deutschen Medienberichterstattung über den Völkermord in Gaza vertraut machen und dessen Ursprünge und Auswirkungen tiefergehend verstehen möchten, sollten Sie dieses kenntnisreiche und beeindruckende Buch lesen.“

Schluss-Frage

Goldmanns Untersuchung der Berichterstattung über Gaza zeigt das Versagen der deutschen Medien als „vierte Gewalt“ in Deutschland. Die deutschen Medien versagen: Sie machen sich zu Propagandisten der Mächtigen. Aber – so ist mit Fabian Goldmann zu fragen –: Ist das wirklich ein Versagen? Machen die Medien damit nicht genau das, was sie machen sollen?



MASSENMEDIENTEN DER USA ALS KOMPLIZEN BEIM GENOZID IN GAZA

Michael Arria von *Mondoweiss* spricht mit dem Medienkritiker **Adam Johnson** über dessen neues Buch „How to Sell a Genocide: The Media’s Complicity in the Destruction of Gaza“ (Wie man einen Genozid verkauft: Die Komplizenschaft der Medien bei der Zerstörung von Gaza), in dem er aufzeigt, wie Kabel-Shows, Zeitungen und Online-Nachrichtenseiten dabei halfen, die Akzeptanz für das massenhafte Töten von Palästinenserinnen und Palästinensern aufzubauen.

Mondoweiss: Sie sprechen darüber, wie durch das Gerede über eine „IS-ifizierung“ der Hamas nach dem 7. Oktober die amerikanische Öffentlichkeit durch die Medien auf vielerlei Art für Rachedanken empfänglich gemacht wurde. Können Sie etwas darüber sagen, wie da berichtet wurde? War es lediglich ein Wiederkäuen dessen, was wir schon während des „Kriegs gegen den Terror“ zu hören bekommen hatten oder gab es neue Elemente?

Adam Johnson: Da gab es definitiv einen starken Wiederholungsaspekt, die Referenzen zur westlichen Zivilisation glichen also sehr dem, was wir nach 9/11 gesehen hatten. Wir haben tatsächlich gezählt, wie oft [in den Medien] der Begriff Zivilisation, und zwar als Kontrast zur Hamas, benutzt wurde: Es war die Darstellung der Hamas als eine barbarische asiatische Horde. Wir zählten, wie oft Wörter wie „wild“ und „barbarisch“ benutzt wurden, Wörter, die ganz klar einen rassistischen Beigeschmack haben, aber aus irgendeinem Grund an den liberalen, antirassistischen Zensoren vorbeigehen.

Es gab da also definitiv einen Wiederholungs- und Wiedererkennungsaspekt. In den ersten Wochen bezahlte die israelische Regierung für eine Kampagne, in der die Hamas mit dem IS gleichgesetzt wurde. #HamasisISIS, dafür bezahlten sie auf Twitter und anderen sozialen Medien. Und das wurde von allen benutzt, von Emmanuel Macron bis Lloyd Austin, von Netanjahu bis Joe Biden, denn das assoziierte man mit einem sehr spezifischen Modus nihilistischer Dschihadisten-Gewalt.

Natürlich war der IS eine vom Ausland finanzierte Söldnergruppe, die in den von ihren Kämpfern eroberten Ländern und Gebieten über keinerlei gewachsene Unterstützung verfügte und, ganz klar, im Grunde ein religiös motivierter Todes-Schwadron war. Die Hamas ist das natürlich nicht und wird im Gegensatz zum IS sogar von schiitischen Regierungen unterstützt, obwohl sie selbst sunnitisch ist. Fakt ist auch, dass die Hamas sehr häufig gegen den IS kämpft, vor allem gegen diese mit dem IS verbundenen Banden, die von Israel und den USA innerhalb von Gaza unterstützt und finanziert werden.

Der Vergleich ist also ganz offensichtlich völlig absurd, aber die Medien arbeiten hier nicht gerade mit hoch entwickelten, anspruchsvollen Analysen. Sie versuchen, die unbedarfte amerikanische Öffentlichkeit anzusprechen, indem sie sich rassistischer Sprachmuster und Klischees bedienen, allen voran die mit Abstand wirkungsvollste Geschichte, die von geköpften Babys. Also dass die Hamas einfach so, ohne Grund 40 Kleinkinder köpfen würde. Es ist doch klar, so etwas macht man nur, wenn man ein sadistischer, nihilistischer, antisemitischer Was-auch-immer ist.

Natürlich war das Schwachsinn. Jeder, der auch nur das geringste über die Hamas wusste, hatte das als Schwachsinn erkannt. Das war nicht ihr Operationsmodus, war es nie gewesen, aber es wurde von allen, von Reportern von CNN bis NBC, von der Initiative Media Matters bis zu vielen liberalen Mitte-Links-Medien, verbreitet. Präsident Biden höchstpersönlich sagte, er hätte entsprechende Bilder gesehen, Bilder, die er ganz offensichtlich nicht gesehen haben kann, da es sich um etwas handelte, das niemals geschehen ist.

Das Ganze wurde als falsch entlarvt, aber der Schaden war bereits angerichtet. Die Öffentlichkeit war bereits auf Rache aus. Dieser frühe Einsatz von Gräuelpropaganda und die reißerischen Behauptungen von übermäßiger, völlig grundloser Gewalt, wie sie von der Boulevardpresse verbreitet wurden, waren nötig, um jeglichen Gedanken an eine Waffenruhe aus dem Bereich ernsthafter Politik auszuradieren, denn, wie ich in meinem Buch ausgeführt habe, die Hamas hätte bei einem Waffenstillstand zwar nicht an der Macht, aber als bewaffnete Kraft innerhalb von Gaza verbleiben müssen.

Diese Ablehnung wurde auf breiter Front – von Elizabeth Warren bis Ro Khanna und Bernie Sanders – bestätigt, die im November und Dezember 2023 sagten, dass man mit jemandem wie der Hamas, die den Staat Israel vernichten will, keinen Waffenstillstand vereinbaren könne. Dass die israelische Regierung die Vernichtung Palästinas und der Palästinenser in ihrer Charta ausdrücklich festgeschrieben hat, ist offensichtlich völlig unerheblich.

[Der frühere Außenminister] Antony Blinken persönlich sagte laut Andrea Mitchell von NBC News am 16. Januar 2024 hinter verschlossenen Türen, dass ein militärischer Sieg über die Hamas unmöglich sei; etwas, das jedem klar ist, der auch nur das geringste über anticolonialen Widerstand weiß.

Was auch immer man über die Hamas denken mag, ist irrelevant. Sie genießt noch immer eine große Unterstützung innerhalb der palästinensischen Gesellschaft. Sie ist

nämlich kein Fremdkörper in der palästinensischen Gesellschaft. Ihre Mitglieder sind selbst Palästinenser. Die Menschen, die die Hamas und die Hamas-Führung bilden, sind zum größten Teil Menschen, die durch vorhergegangenes israelisches Bombardement zu Waisen gemacht wurden und selbst Nachkommen jener Menschen sind, die durch ethnische Säuberungen aus Teilen Israels vertrieben wurden.

Sie schreiben über einen „hilflosen Biden“, einen „frustrierten Biden“ und einen „wütenden, zutiefst besorgten Biden“. Allein schon diese Vorstellung, dass der mächtigste Mann der Welt, ein Typ, der einer Regierung vorsteht, die Israel mit Waffen versorgt, über Israel verärgert ist ... Angeblich kommt man da einem drohenden Bruch mit Netanjahu immer näher. Können Sie ein bisschen über dieses Thema sprechen, wie, warum und was implementiert wird und was Sie davon halten?

Das liberale Establishment und auch das Weiße Haus selbst hörten sehr schnell damit auf, den „Krieg“ grundsätzlich zu verteidigen. Er war einfach nicht zu verteidigen.

Diesen Leuten war schnell klar, dass sie die Waffenlieferungen sowie die militärische und geheimdienstliche Unterstützung weiterführen mussten. Allerdings musste es so aussehen, als ob sie auf einen Waffenstillstand oder eine Vorstufe davon hinarbeiten würden, um sich Menschenrechtsgruppen, also deren linke Teile, Demonstrant:innen gegen Genozid und natürlich ausländische Staatsoberhäupter, die in zunehmendem Maße über das, was sie sahen, empört waren, vom Hals zu schaffen.

Es handelt sich dabei um eine typische Art von liberaler oder auch liberal-imperialistischer Taktik, die schon zu Zeiten des britischen Empires angewandt wurde. Ich nenne das Konstrukt „Dreiparteienspiel“ (three partying). Dabei sollen die USA nicht als aktive Teilnehmer an einem Genozid wahrgenommen werden (was sie ja nun unbestreitbar waren), sondern als humanitäre Drittpartei, die versucht, zu intervenieren und eine Art von sogenanntem Waffenstillstand zu vermitteln.

Das Ganze zog sich dabei über fast ein ganzes Jahr hin. Das Waffenstillstandsszenario, die Waffenstillstands-Show war ein Weg, Biden von dem von ihm unterstützten Genozid abzurücken, indem er nach außen Ärger und Enttäuschung heuchelte. Das wurde in der Presse immer wieder aufgegriffen:

[...] *New York Times*, Mai 2024: „Bidens Krach mit Netanjahu wegen Gaza.“ Barak Ravid von *Axios*: „Das Weiße

Haus sagt ein Treffen ab und maßregelt Netanjahu aus Protest wegen eines Videos.“ Das bezog sich auf eines ihrer Zigtausenden von Kriegsverbrechen, das in einem Video aufgezeichnet worden war.

Wenn also die nun wirklich hundertste Version dieses Artikels veröffentlicht wurde, in dem es um einen angeblich ganz kurz bevorstehenden Bruch mit Netanjahu, um angebliche Verärgerung und dann meistens noch um ein Telefongespräch geht, von dem jeder weiß, dass es mitgeschnitten wird, da würde man doch denken, dass ein durchschnittlicher, skeptischer Redakteur sagen würde ... „He, Moment mal! Wir haben diese Artikel jetzt schon 100 Mal gebracht. Vor neun Monaten, acht Monaten, was auch immer. Warum schreiben wir immer noch über diesen kurz bevorstehenden Bruch, der niemals passiert?“ Es gibt nie einen Abzug eingesetzter Waffen. Keine Politikänderung. Es handelt sich einfach nur um Rhetorik, angebliches Insider-Wissen und Gedankenspiele, ohne dass sich greifbar etwas ändert.

Die ganze Prämisse ist natürlich absurd. Israelische Offizielle haben inzwischen gesagt, dass Biden niemals eine Waffenruhe gefordert hätte. Das wurde von ihnen wörtlich bestätigt. Es war also eine völlig andere Realität, die für ein liberales Verständnis entworfen worden war, damit die Leute sich darauf beziehen und sagen konnten: „Man sieht doch, dass er an einer Waffenruhe arbeitet!“ Das ist wie ein Friedensprozess. Darauf kann man sich beziehen.

Während des Genozids haben wir an vielen Colleges Anti-Genozid-Demonstrationen gesehen, und Sie schreiben darüber, wie die Medien über diese Demonstrationen berichteten. Wir haben Schauprozesse mit Universitätspräsidenten gesehen, die quasi gezwungen wurden, wegen dieses angeblichen extremen Anstiegs von Antisemitismus an ihren Hochschulen zurückzutreten. Ein großer Teil des Kapitels über dieses Thema befasst sich damit, wie von den Medien Antizionismus und Antisemitismus ganz offen in einen Topf geworfen werden. Sprechen Sie doch mal über die allgemeine Berichterstattung über diese Proteste und die Art, wie populistische Medien die Debatte und die Kämpfe auf dem Gelände von Hochschulen für sich instrumentalisieren haben.

Jedes einzelne Medienunternehmen musste seinen eigenen, sehr seriösen Trend-Bericht über Antisemitismus an Hochschulen haben. Wenn man nun die [antisemiti-

schen] Beispiele – so wie wir – ganz genau und detailliert durchsieht – wir sind dafür fünf der wichtigsten von NBC News, CNN usw. zitierten Geschichten durchgegangen –, dann sieht man, dass sich in den weitaus meisten Fällen einfach nur Leute, die offen pro Israel waren, Gegenprotesten gegenüber sahen und in einigen Fällen attackiert wurden. Gut, das soll jetzt nicht heißen, dass ein Angriff auf Menschen überhaupt irgendwie zu rechtfertigen wäre, aber diese Leute wurden weder attackiert noch angegangen oder konfrontiert, weil sie „jüdische Studenten“ waren.

Sie wurden angegangen oder angeschrien oder sahen sich Gegenprotesten ausgesetzt, weil sie sich offen an zionistischen politischen Aktivitäten beteiligten und oftmals für die IDF rekrutierten. Wie gesagt, all das, während sich Menschenrechtsgruppen bereits darüber einig waren, dass es sich um einen Völkermord handelte.

Dieses ständige Schönreden von unschuldigen, netten „jüdischen Studenten“, also von Leuten, die sich an ganz offen zionistischen Aktivitäten beteiligten und oftmals auf der Lohnliste von proisraelischen Organisationen und Lobbygruppen standen, schaffte es, dass die Zahlen aufgeblasen wurden und diese sogenannte Gefahr größer erschien, als sie war. Es stimmt zwar, dass es eine Handvoll echter antisemitischer Vorfälle gab, bei denen Menschen auf dem Gelände einiger Hochschulen angegriffen wurden, weil sie augenscheinlich Juden waren. Aber diese Menschen wurden nicht von propalästinensischen Studenten attackiert. Es handelte sich eher um Einzeltäter oder Anhänger einer Art von Bürgerwehren. Die Angreifer hatten keine Verbindung zu irgendeiner dieser Pro-Palästina-Organisationen, keine Verbindung zu den Pro-Palästina-Gruppen oder der „Jewish Voice for Peace“ [Jüdische Stimme für Frieden] oder anderen solchen Gruppen.

Proteste an Universitäten wurden ständig als Brutstätte von Antisemitismus verunglimpft, dabei gab es dafür absolut keine empirische Basis, und natürlich wurden viele dieser Angreifergruppen für Versuche bezahlt, Gegenangriffe zu provozieren und dieses Opfer-Narrativ hochzukochen. Die proisraelischen Bürgerwehren versprühten auf dem Gelände von Hochschulen wie z. B. der UCLA und Columbia chemische Mittel oder attackierten Menschen mit Schlagstöcken, aber derartige Angriffe wurden natürlich niemals als antipalästinensischer Rassismus, anti-muslimische Vorurteile oder Islamophobie gebrandmarkt. Sie wurden ohne jede Bewertung zur Kenntnis gebracht. Gleichzeitig wurde fast jede propalästinensische Aktivität

im einseitig parteiischen Diskurs als Angriff auf jüdische Studierende dargestellt.

Natürlich wurde aus dem Diskurs auch die bedeutungsvolle jüdische Führung bei diesen Hochschulprotesten ausgeblendet und entfernt. Die Teilnahme von jüdischen Gruppen sowie religiösen und kulturellen Feiern an diesen Hochschulprotesten wurde ebenfalls ignoriert. Das Ganze wurde rein als Protest jüdischer Studierender gegen Proto-Hamas, Proto-Pogrome dargestellt. Dann mischte sich die ADL [Anti Defamation League] ein und präsentierte sich als Vermittler der platonischen Jüdischen Stimme, obwohl, wenn man an Hochschulen die Meinungen von jüdischen Amerikaner:innen im Alter von bis zu 25 Jahren betrachtet, die Mehrheit dort der Ansicht ist, dass Israel einen Völkermord begeht.

So geht nicht einmal die von der ADL für sich in Anspruch genommene Darstellung dieser platonischen jüdischen Studenten in die Umfragen ein. Diese ständige sektiererische Darstellung, diese trübselige Beschreibung, diese verlogene Verschmelzung von Zionismus mit jüdischer Kultur und ethnischem, religiösem Leben wurde zu einem Brei verrührt, in dem sich diese fingierte antisemitische Panik manifestierte.

Dazu kamen ja noch diese Schauprozesse, in denen Präsidenten profilierter Universitäten von Republikanern vor den Kongress gezerzt und mit diesen dämlichen, rassistischen Fangfragen bombardiert wurden. „Verurteilen Sie die die Parole ‚Globalize the Intifada‘?“ Da antworteten die Leute natürlich mit „Nein“, denn Intifada ist einfach nur ein arabisches Wort, das Aufstand bedeutet. Und dann hieß die Schlagzeile: „Präsident weigert sich, Rufe nach Genozid an jüdischen Studenten zu verurteilen“. Daraus wurde gefolgert, dass es einen Ruf nach einem Genozid an jüdischen Studierenden gegeben hätte. Es gab natürlich keinen! Es gab *absolut keine* Rufe nach einem Genozid an jüdischen Studenten. Es war eine rein fiktive Aussage über ein arabisches Wort, das die Presse aufwieglertisch und falsch darstellte, weil sie in ihrer totalen Ignoranz keine Ahnung hatte, was das Wort „Intifada“ bedeutet.

Diese Idee, dass Israel für seinen eigenen Genozid bezahlen sollte, ist jetzt ein weit verbreiteter Standpunkt. Aber er repräsentiert doch eine rhetorische Verschiebung, diese Leute sehen also definitiv das Menetekel an der Wand.

Liberale würden es immer vorziehen, lieber inkompetent als böse zu sein. Das sieht man, wenn die Leute z. B. sagen: „Ich verstehe nicht, warum Biden Netanjahu

nicht an die Kandare nimmt. Weiß er denn nicht, wie schwach er dadurch wirkt?“ Es ist ihnen egal. Sie wollen schwach wirken, weil sie Ideologie fürchten wie die Pest. Sie können sich nicht auf ideologische Auseinandersetzungen einlassen, deshalb tun sie so, als wäre das etwas, das sie wären, etwas, das außerhalb ihres Lebensbereichs läge oder an dem sie nicht beteiligt wären. Niemand verteidigte wirklich substantiell die Ideologie von Zionismus oder Israel oder vom „Krieg gegen den Terror“. Leute wie Joe Scarborough machten das vielleicht, aber es juckte niemanden. Es war einfach zu offensichtlich absoluter Quatsch.

Trump kommt an die Macht, und es keimt diese post-liberale Ordnung auf, in der es völlig unerheblich ist, was die Leute über Israel denken, denn für die Postliberalen ist es unwichtig, ob Israel beliebt ist, ihnen geht es vor allem um [die Niederschlagung von] Protesten und Unruhen an Universitäten. Streut ihr Sand ins Getriebe des Kapitals? Nein? Na gut, dann ist es uns schnurzegal, was die Meinungsumfragen sagen. Es ist echt total egal.

Solange die das Sagen in der Partei haben, ihr genügend Zeit habt und wir 2028 ein weiteres JD-Vance-Gespens in petto haben. Wenn man genügend Geld spendet und die nichtssagende Figur, mit der die [Demokraten] 2028 antreten, mit genügend Pro-Israel-Propaganda ausstattet, dann ist das alles völlig unwichtig. Es sieht ja nicht so aus, als würden sie Rashida Tlaib nominieren. Die werden sagen, was immer sie wollen. Nicht zu vergessen, als sich Biden 2020 zur Wahl stellte, sagte er, dass er Saudi-Arabien zu einem Schurkenstaat erklären wolle. Und jetzt ratet mal, was dann passierte: Er kam ins Amt und schickte denen eine halbe Milliarde Dollar ... und das hat keinen gejuckt.

Worauf ich mit dieser Frage hinauswollte, war Glauben Sie als Medienkritiker, dass diese Verschiebung innerhalb der amerikanischen Bevölkerung die Medienlandschaft irgendwie verändern wird? Denken Sie, dass es innerhalb des liberalen Establishments mehr Raum für Kritik an Israel gibt ... oder wird die Berichterstattung im Großen und Ganzen gleich bleiben, ganz gleich, was die Menschen denken?

Nein, das Einzige, das sich ändern wird, ist, dass die Öffentlichkeitsarbeit ausgefeilter sein wird. Es tut mir leid, wenn ich zynisch klinge, aber das ist die Konklusion meines Buchs, und ich würde mein Leben darauf verwetten. Das Einzige, das sich verändern wird, und zwar vor allem

in den nächsten zwei oder drei Jahren, ist, dass sich die Medienarbeit in der Öffentlichkeit verbessern wird.

John Oliver beschreibt in einem ganzen Segment [seiner satirischen Nachrichtensendung *Last Week Tonight*], wie schlimm der Genozid und der Hunger sind, und am Ende ist sein Resümee, dass Netanjahu aus dem Amt verschwinden muss.

Jeder, der eine Umfrage in Israel gelesen hat, weiß, dass Netanjahu in der öffentlichen Meinung hoch angesehen ist. Seine Politik ist sehr, sehr populär. Der Genozid ist populär. Mehr als 50 % der Israelis wollen eine ethnische Säuberung der Palästinenser. Mehr als 68 % beunruhigt es nicht, wenn die verhungern. Einige Umfragen zeigen, dass 70 % eine Vertreibung von Palästinensern aus Gaza unterstützen. Mehr als 94 % unterstützten die Bombardierung des Irans. Das Problem ist nicht Netanjahu.

Übersetzung: Antje H.



Israel/Palästina bei ISP



Shir Hever

Die Politische Ökonomie der israelischen Besatzung

Unterdrückung über die Ausbeutung hinaus

263 S., 19,80 Euro
ISBN 978-3-89900-140-2



Deeg/Sibony/Warschawski
(Hrsg.)

Stimmen israelischer Dissidenten

220 S., 16,80 Euro
ISBN 978-3-89900-113-6



Omar Barghouti

Boykott – Desinvestment – Sanktionen

Die weltweite Kampagne gegen Israels Apartheid und die völkerrechtswidrige Besatzung Palästinas

232 S., 19,80 Euro
ISBN 978-3-89900-136-5

Neuer ISP Verlag GmbH

Tel.: (0721) 3 11 83

e-mail: neuer.isp.verlag@t-online.de

Internet: www.neuerispverlag.de

BETRACHTUNGSWEISEN

Verhandlungen sind noch immer nicht abgeschlossen, die Straße von Hormus ist noch immer bzw. schon wieder mal gesperrt ... und dennoch bleibt der Waffenstillstand weiterhin bestehen. Die Behauptung, dass der Iran gewonnen hätte, ist allerdings nicht nur faktisch falsch. Sie ist gefährlich, warnt die Autorin.

■ **Yassamine Mather**

Am 21. April verkündete Donald Trump, dass der Waffenstillstand im Krieg gegen den Iran fürs Erste weitergelten solle. In einem Krieg, in dem Propaganda und unterschiedliche Wahrnehmung eine wesentliche Rolle spielen, behaupteten beide Seiten, dass der Gegner geschwächt sei.

Der Iran argumentierte, dass seine Weigerung, an einer zweiten Gesprächsrunde in Islamabad teilzunehmen und nicht unter Druck verhandeln zu wollen, die USA gezwungen hätte, einen Rückzieher zu machen. Die USA wiederum argumentierten, dass die Abwesenheit des Irans dessen Verzweiflung bezeuge, und behaupteten, dass die Blockade den Iran an den Rand eines wirtschaftlichen Zusammenbruchs brächte und das Land durch den Druck des amerikanischen Militärs bereits stark geschwächt sei. Der Iran mag zwar durch seine Weigerung zu kapitulieren nach außen hin und auch gemäß einer auf einen kurzen Zeitraum bezogenen Propaganda gewonnen haben, trotzdem agiert das Land langfristig wirtschaftlich und militärisch gesehen noch immer aus einer sehr viel schwächeren Position, wie ich in meinem Artikel letzte Woche erklärt habe.¹

Linksgerichtete Kommentatoren und große Teile der liberalen Mitte-Links gerichteten Medien sind inzwischen übereinstimmend der Meinung, dass bis jetzt der Iran als Sieger aus diesem Konflikt hervorgegangen sei. Einer solchen Aussage wohnen jedoch diverse Gefahren inne.

Zum einen könnte dieses Narrativ von den USA und Israel genutzt werden, um weitere, noch aggressivere militärische Aktionen zu rechtfertigen. Zum anderen ist es

absurd, die aktuelle Situation als einen „Sieg“ zu bezeichnen. Der hartnäckige Widerstand der iranischen Regierung ist zwar durchaus bemerkenswert, allerdings liegt die Infrastruktur des Landes derweil in Trümmern: Fabriken, Brücken, Krankenhäuser und Universitäten wurden systematisch zerstört. Berechnungen zufolge könnten durch die Bombardierungen mehr als 15 Millionen Arbeitsplätze verloren gegangen sein. Daher ist die iranische Führung trotz all ihrer öffentlichen Posen dringend auf das weitere Einhalten des Waffenstillstandes angewiesen. Washington wiederum sieht sich mit wachsendem Frust konfrontiert: Da die Straße von Hormus geschlossen ist und sich die Rufe nach einem „Regime-Wechsel“ als bloße Rhetorik entpuppt haben, wird der Krieg mit steigenden Ölpreisen im eigenen Land immer unpopulärer. Der amerikanische Präsident befindet sich dadurch sowohl innenpolitisch als auch international unter immensem Druck.

Aus diesem Grund sollte vieles von dem, was Trump in puncto Blockade iranischer Häfen und zukünftiger Verhandlungen sagt, im Kontext ihrer globalen Auswirkungen verstanden werden. Viele Wirtschaftsexperten sagen sogar, dass es in Anbetracht der aktuellen Situation eigentlich überrascht, dass der Ölpreis nicht noch höher ist und die Märkte nicht noch tiefer gefallen sind.

In Anbetracht dessen haben beide Seiten gute Gründe, den Waffenstillstand weiter einzuhalten. Ein erfolgreicher Verhandlungsabschluss zwischen den USA und dem Iran ist hingegen sehr viel weniger wahrscheinlich. Nach dem Scheitern der ersten Verhandlungsrunde behauptete der amerikanische Vizepräsident JD Vance, dass die Gespräche

scheiterten, weil der Iran „Atomwaffen wolle“. Diese Behauptung ist ganz augenscheinlich nicht wahr, und die iranische Delegation hat ausführlich darauf geantwortet. Sie sagte: „Ja, wir haben angereichertes Uran, und die Internationale Atomenergiebehörde weiß das. Ja, durch höhere Anreicherungsgrade ist es einfacher, eine Bombe zu bauen, aber wir verfolgen diesen Weg nicht.“ Der Iran hat darüber hinaus seine Bereitschaft angedeutet, die Anreicherung von Uran zu pausieren. Meines Wissens schlägt der Iran dafür einen kürzeren Zeitrahmen vor, vielleicht fünf Jahre, während die USA eine Pause von 20 Jahren verlangen. Zwischen den beiden Seiten existiert ganz offensichtlich eine tiefe Kluft.

Des Weiteren gibt es Vorschläge bezüglich des angereicherten Urans. Ein Gedanke war, die Vorräte des Irans in ein Drittland zu verbringen. Dieses Konzept wurde bereits vor dem Krieg diskutiert. Allerdings gibt es aufgrund der damit verbundenen Risiken dafür keine einfachen Lösungen. Der Iran hatte vorgeschlagen, seine Vorräte in ein befreundetes Land zu bringen ... die USA sind jedoch mit dem vom Iran vorgeschlagenen Land nicht einverstanden, und Verhandler müssen immer noch nach einer für alle passenden Lösung suchen.

Was die Schifffahrt und die Straße von Hormus angeht, so befuhren vor dem Krieg im Durchschnitt 120 Schiffe täglich diese Wasserstraße. Während des Waffenstillstands ist und bleibt die Anzahl sehr gering. Lediglich 12 Schiffe durchquerten durchschnittlich pro Tag die Straße von Hormus, und das hat sich nicht nur auf den Ölpreis, sondern auch auf viele andere Waren ausgewirkt, einschließlich auf Düngemittel, Helium u.a.m. All dies wirkt sich auch auf den Preis von Nahrungsmitteln, Computern, Handys usw. aus.

Politisch gesehen können wir eines sagen, nämlich dass Israel im Moment nicht die volle Kontrolle hat. In den USA stellt man sich sogar unter Republikanern die Frage, ob man sich nicht vielleicht zu sehr auf Benjamin Netanyahu verlassen hat und ob ein Eintreten in den Krieg klug war. Klar ist aber auch, dass die USA Israel zu Gesprächen mit dem Libanon gedrängt und den Waffenstillstand erzwungen haben. In dieser Hinsicht verändert sich die Dynamik der Beziehungen zwischen den USA und Israel.

Innenpolitik

Innerhalb des Irans fördert die Regierung den Glauben, dass der Iran den Krieg „gewonnen“ habe. Viele weisen allerdings auf die Gefahren einer solchen Wahrnehmung hin. So besteht die Sorge, dass eine Überschätzung der Position

des Landes zu einer Situation ähnlich der nach dem Sieg bei Chorranschahr während des iranisch-irakischen Krieges führen könnte. Nachdem der Iran die Stadt zurückerobert hatte, eröffnete sich damals eine Möglichkeit, den Krieg zu beenden. Das Regime beschloss jedoch, ihn weiterzuführen, was später zu einem sehr viel schlimmeren Ende führte. Jetzt besteht die Gefahr, dass sich dieser Fehler wiederholt.

Im Gegensatz zu dem allerdings, was im Westen oft behauptet wird, scheint innerhalb der Fraktionen des iranischen Regimes bemerkenswerte Einigkeit zu herrschen. Der Außenminister scheint sehr viel Einfluss zu haben, selbst wenn andere in der Öffentlichkeit sichtbarer sind. Des Weiteren wird in akademischen Kreisen über eine neue, pragmatischere jüngere Generation innerhalb des Führungszirkels der islamischen Revolutionsgarde spekuliert. So wird z. B. argumentiert, dass dies in diplomatischen Initiativen wie direkten Gesprächen in Pakistan augenfällig sei. Allerdings ist vieles davon reine Spekulation oder auch nur Wunschdenken.

Was die Weiterführung des Krieges anbetrifft, so ist hier ein wichtiges Hindernis die Erschöpfung der Bevölkerung. Der hohe Grad der Zustimmung innerhalb des Landes, den die Regierung momentan genießt, hält möglicherweise nicht dauerhaft an. Die wirtschaftliche Situation verschlimmert sich mit jedem Tag. Berichten der UN zufolge waren Mitte März geschätzte 600 000 bis zu 1 Million Haushalte (entspr. bis zu 3,2 Millionen Menschen) zeitweilig innerhalb des Irans auf der Flucht, von denen viele Teheran und andere Großstädte verließen, um sich in den nördlichen Provinzen und ländlichen Gebieten in Sicherheit zu bringen.

Die Regierung hat öffentliche Räume geöffnet und alternative Unterkünfte für Menschen angeboten, die städtische Gegenden verlassen oder deren Häuser zerstört oder schwer beschädigt wurden (Familien, informelle Netzwerke und eigene Ressourcen der Menschen spielen dabei eine wichtige Rolle, es handelt sich hier also nicht um ein voll entwickeltes nationales Unterkunftssystem). Die Regierung verteilt Lebensmittelrationen und zwar hauptsächlich über ihr elektronisches Coupon-Programm, das allerdings nicht für die gesamte Bevölkerung bestimmt ist, sondern Haushalten mit geringem Einkommen zugute kommen soll. Neueste offizielle und halboffizielle Berichte besagen, dass das Programm stufenweise für die Menschen mit dem geringsten Einkommen und für Haushalte, die Unterstützung von Hilfsorganisationen wie dem „Imam Chomeini Hilfskomitee“ und der staatlichen Wohlfahrtsorganisation erhalten, aufgelegt wurde.

Im März und im April, als Israelis und Amerikaner Militär- und Infrastrukturziele attackierten, forderten hochrangige Beamte die Bevölkerung dazu auf, sich in überwältigender Anzahl auf den Straßen aufzuhalten. Die Aufforderungen sind unter zwei Aspekten zu sehen: Kritiker beschuldigten die Regierung, Zivilisten als menschliche Schutzschilde zu missbrauchen. Für Unterstützer der islamischen Republik hingegen waren die Menschenmassen ein Beweis für nationalistischen Eifer und unterstrichen damit die Legitimität des Regimes, indem sie der Welt ein Bild von nationaler Einigkeit und breiter Unterstützung vermittelten und damit dem Narrativ eines internen Zusammenbruchs entgegentraten.

Taktiken der Linken

Innerhalb der iranischen Linken gibt es neue Debatten über Taktiken. Wie erwartet hatten viele von außerhalb des Irans die Gründung von Arbeiterräten gefordert. Andere, die im Iran lebten, hatten die Grenzen solcher Vorschläge kommentiert. Auf der Website *Naghd-e Eghtesad Siasi* fragt ein Artikel, wie wir erwarten könnten, dass Bürger in Kriegszeiten Räte aufbauen sollten, wenn das Leben im Alltag und die sozialen Verbindungen so stark gestört sind. Er beginnt mit einer Kritik an einem häufig geteilten Aufruf in den sozialen Medien, der die Menschen ermutigt, lokale Räte (in Wohnvierteln, an Arbeitsplätzen usw.) zu gründen. Der Autor argumentiert, dass dieser Idee zwar ein realer und wichtiger Bedarf zugrunde liegt, die harten Realitäten eines Krieges dabei jedoch nicht berücksichtigt würden.

Die zentrale Ansicht des Artikels ist, dass, obwohl Solidarität in Krisenzeiten überlebenswichtig ist, sie nicht einfach durch große, formale Strukturen (wie Räte) geschaffen werden könne. Stattdessen müsse sie aus bereits bestehenden, kleinen sozialen Beziehungen und alltäglichen Aktionen hilfreichen Miteinanders entstehen. Hinzu komme, dass ein Krieg nicht nur physische, sondern auch soziale Infrastrukturen zerstöre, wie Schulen Arbeitsplätze, öffentliche Plätze und Kommunikationsnetzwerke. Die Kommunikation würde durch fehlende Internetverbindungen und Vertreibung von Menschen zusätzlich geschwächt. Starke nachbarliche Beziehungen fehlten im städtischen Leben ohnehin bereits, und viele Menschen lebten weit außerhalb ihres Familienverbunds.

Unter all diesen Umständen dürften Rufe nach organisierter, groß angelegter Aktion eher unrealistisch sein. Der Autor argumentiert, dass Solidarität eher innerhalb von bestehenden, kleinen Beziehungsnetzwerken ent-

stünde: unter Freunden, Kollegen, Klassenkameraden und vertrauenswürdigen informellen Gruppen.

Diese „Mini-Netzwerke“ könnten unter sich Ressourcen teilen, emotionale Unterstützung bieten, Informationen austauschen und sich gegenseitig mit Schutz und Unterkunft helfen. Der zentrale Gedanke hierbei ist, dass innerhalb dieser kleinen Kreise bereits echtes Vertrauen herrscht und sie während einer Krise dadurch effektiver als neu geschaffene Strukturen sind. Der Autor führt hier die Idee einer „profigurativen Politik“ ein: Menschen warten nicht darauf, dass später eine bessere Gesellschaft erschaffen wird, sondern setzen deren Werte bereits jetzt im alltäglichen Leben aktiv ein. Kleine Akte von Kooperation, Hilfe und Fürsorge sind nicht einfach nur Überlebensstrategien: Sie sind frühe Formen von demokratischem und kollektivem Leben.

Der Artikel betont, dass Fürsorge auch einen politischen Aspekt habe. Bezugnehmend auf die Theorie der Care-Ethik wird argumentiert, dass Gesellschaften auf Netzwerke gegenseitiger Fürsorge angewiesen seien, um zu funktionieren. Gibt es keine verlässlichen staatlichen Institutionen, sorgen die Menschen selbst dafür, dass das soziale Leben weitergeht. Diese Aktionen verhinderten soziale Isolation, unterstützten Vertrauen und Kooperation und dienten als Grundlage für eine zukünftige demokratische (republikanische) Gesellschaft.

Der Artikel enthält einige durchaus valide Punkte. Indem er jedoch den Fokus von kollektivem politischem Kampf auf alltägliche Fürsorge und zwischenmenschliche Solidarität verschiebt (wobei die beiden Letzteren unter Kriegsbedingungen durchaus real und notwendig sind), besteht die Gefahr, Krisen als natürlich anzusehen, statt sich mit ihren Ursachen (Staatsmacht, Klassenbeziehungen, Imperialismus, Kapitalakkumulation) auseinander zu setzen. An einigen Stellen des Textes reduziert der Autor Politik auf ethisches Verhalten („Fürsorge“, „Verantwortung“, „sich umeinander kümmern“), sagt aber nichts darüber, wie sich letztendlich die Notwendigkeit eines organisierten Kampfes um Macht und Ressourcen herausstellen wird. Anders ausgedrückt können wir Solidarität nicht in ein vom Klassenkonflikt abgekoppeltes moralisches Handeln verwandeln.

Es ist auch durchaus korrekt, die Fetischisierung von „shoras“ (Räten) durch Teile der iranischen Linken zu kritisieren. Allerdings ersetzt der Autor den Ruf nach Räten lediglich durch eine andere Art der Abstraktion: Durch kleine Netzwerke, so will es dort scheinen, würden ganz natürlich progressive Räume entstehen. Die zentrale

Frage ist jedoch nicht, in welcher Form sich die Menschen organisieren, sondern von welcher Politik diese Organisation geleitet wird.

Ohne politische Inhalte werden Nachbarschaftsgruppen, informelle Netzwerke und Räte lediglich defensive, lokale und eingeschränkte Gruppierungen bleiben. Die Kernfrage bleibt mithin: Welche Forderungen sollten diese Netzwerke stellen? In einigen Sektionen der Linken innerhalb des Irans hat es sich eingebürgert, über „Menschen“, „Gesellschaft“ und „gegenseitige Fürsorge“ ganz allgemein zu sprechen, obwohl die Gesellschaft in Wirklichkeit in Klassen mit antagonistischen Interessen gespalten ist. Tatsache ist, dass der Krieg Ausbeutung, Geschäftemacherei und Ungleichheit intensiviert. Wenn man also über Kapitalisten, Staatseliten und Kriegsgewinnler einfach nicht spricht, vermittelt das den Eindruck, dass die aktuelle Krise ein von allen gemeinsam zu ertragender Zustand sei, und nicht eine klassenstrukturierte Wirklichkeit.

Politische Solidarität

Was das anbetrifft muss Solidarität durch Forderungen politisch artikuliert werden, nicht einfach durch praktizierte Fürsorge. Statt einschränkender Aktionen wie geteilte Ressourcen, emotionale Unterstützung und informelle Zusammenarbeit würde eine revolutionäre Perspektive auf kollektive Forderungen und Konfrontation hinarbeiten. Zum Beispiel:

- Enteignung privaten, in Kriegsgewinne involvierten Kapitals
- Beschlagnahmung und Umverteilung von gehorteten Waren und Ressourcen
- Kontrolle über die Verteilungssysteme durch Arbeitende und Kommunen
- Verfolgung von korrupten Beamten und Geschäftemachern
- Öffnung aller Konten und Lieferketten/Wertschöpfungsketten zur Einsicht für die Öffentlichkeit
- Formierung bewaffneter, vom Staat unabhängiger Bürgerwehren zur Selbstverteidigung

Diese Forderungen transformieren Solidarität dergestalt, dass sie nicht nur irgendwie in Krisen zurechtkommt, sondern die Strukturen herausfordert, durch die diese Krisen erst entstehen. Im Gegensatz dazu reduzieren Netzwerke, die sich auf Selbsthilfe und gegenseitige Fürsorge konzentrieren und damit das Versagen des Staates auffangen, den Druck auf die herrschende Klasse und helfen ungewollt dabei, die während der Krise bestehende Ordnung zu stabilisieren.

In diesem Sinne kann sich Solidarität ohne politische Richtung als unterstützend für genau das System erweisen, das bekämpft werden müsste. Wir sollten also eine im Kleinen existierende Solidarität nicht ablehnen, sondern sie repolitisieren. Ja, wir sollten mit existierenden Netzwerken beginnen, sie jedoch bewusst nach klassenbezogenen Leitlinien organisieren und unmittelbare Bedürfnisse (Nahrungsmittel, Unterkünfte, Sicherheit) mit politischen Forderungen verknüpfen. Wir müssen uns von gegenseitiger Hilfe zu kollektiver Organisation und schließlich zum politischen Kampf bewegen.

Das Ziel heißt nicht einfach nur „Nein, niemand sollte alleingelassen werden“, sondern „Nein, niemand sollte ausgebeutet werden“ – und dass das System, das diese Ausbeutung ermöglicht, gestürzt werden muss.

23.04.2026

Yassamine Mather, iranische Aktivistin und Wissenschaftlerin, lebt in GB und forscht am Middle East Center der Oxford-Universität. Der Iran steht im Mittelpunkt vieler ihrer Arbeiten.

Übersetzung: A. M.-H.

1 'Two irreconcilable positions' *Weekly Worker* April 16: weeklyworker.co.uk/worker/1581/two-irreconcilable-positions



GROSSE ERFOLGE, HERAUSFORDERUNGEN UND CHANCEN

Die erste antifaschistische Konferenz für die Souveränität der Völker in Porto Alegre war eine einzigartige Erfahrung, nirgendwo sonst auf der Welt wurde so etwas erreicht. Sie stellte eine breite antifaschistische und antiimperialistische Front dar, die weit über revolutionäre Organisationen hinausging. Sie hatte jedoch ihre Beschränkungen, die sich aus den Schwierigkeiten ergaben, vor denen die internationalistischen Widerstandsbewegungen stehen.

■ **Manuel Rodriguez Banchs, Penelope Duggan, Israel Dutra, Antoine Larrache, João Machado, Reymund de Silva und Eric Toussaint, Mitglieder des Büros und des Internationalen Komitees der Vierten Internationale.**

■ An der Eröffnungsdemonstration nahmen fast 7000 Menschen teil, wobei die Organisationen der Vierten Internationale stark vertreten waren. Wir haben die kämpferische Energie der Weltsozialforen aus der Blütezeit und der Antikriegsbewegung von 2003 miterlebt, bei denen Tausende von Menschen mit ganz unterschiedlichem Hintergrund zusammenkamen und über alles diskutierten. Diese sind die Art von kämpferischen Momenten, in denen ein gemeinsames Verständnis und gemeinsame Ziele geschmiedet werden und in denen das Bewusstsein der kämpferischen Vorhut geformt wird.

Außerhalb Brasiliens war die argentinische Delegation mit 200 Personen am größten, von denen viele mit dem Bus angereist waren, darunter auch unsere Genoss:innen aus Marabunta. Genossinnen und Genossen kamen aus Afrika (Südafrika, Mali, Kongo, Kenia, Elfenbeinküste, Marokko) und Asien (Indien, Pakistan, Philippinen...), insbesondere über das CADTM (Komitee für die Ab-

schaffung illegitimer Schulden, das zusammen mit dem lokalen Organisationskomitee der Konferenz eine zentrale Rolle bei der Organisation spielte). Delegationen aus imperialistischen Ländern (Vereinigte Staaten, Kanada, Australien und europäische Länder wie Belgien, Dänemark, Frankreich, Italien) waren natürlich anwesend. Es gab wichtige Delegationen ukrainischer und russischer Aktivist:innen.

Der Ablauf der Konferenz

Im Anschluss an ein „Parlamentarier-Panel“ und ein „Gewählten-Panel“, die eine wesentliche Verbindung zu den Aktivitäten innerhalb der Institutionen aufzeigten, nahmen mehrere Tausend Personen an zahlreichen Debatten zu unterschiedlichen Themen teil: Analyse des Aufstiegs der extremen Rechten, des Kampfes gegen Milei, des Widerstands gegen Trump in den USA mit Schwerpunkt Minneapolis, der Besonderheiten der

Kämpfe in der Arbeitswelt, der Situation in Brasilien, des palästinensischen Widerstands, der Klimakrise, des Feminismus, der Bildung und vieler verschiedener Formen der internationalen Solidarität.

Neben der Teilnahme an den elf Plenarsitzungen des „offiziellen“ Programms schlugen die Organisationen und Aktiven der Vierten Internationale eine Reihe von selbst organisierten Aktivitäten vor, neben den 150 geplanten. Unsere Genossinnen und Genossen spielten dabei eine wichtige Rolle, insbesondere durch die Präsentation unseres *Manifests für eine ökosozialistische Revolution – Mit dem kapitalistischen Wachstum brechen!*, an der über 600 Menschen teilnahmen. Dieses Treffen wurde vor allem von Michael Löwy, einem der Hauptverfasser des Manifests, und Penelope Duggan, der Vertreterin der Vierten Internationale, geleitet.

Wir haben auch Debatten über den antirassistischen und antikapitalistischen Kampf, die Solidarität mit der Ukraine, mit den russischen Gefangenen, die Situation in Frankreich und die Solidarität mit den Migrant:innen organisiert oder maßgeblich dazu beigetragen. Vor allem an der ersten Veranstaltung nahmen mehrere hundert Personen teil.

Das CADTM organisierte wichtige Aktivitäten zu den Themen Einwanderung, Mobilisierung der Generation Z, Horten von Reichtum, Ausbeutung natürlicher Ressourcen in der Ukraine, der Demokratischen Republik Kongo und Venezuela, die Situation in Afrika und andere.

Die Vierte Internationale verteilte eine Erklärung „Gegen neofaschistischen Autoritarismus und jegliche Form von Imperialismus!“ in vier Sprachen an die Konferenzteilnehmer:innen.

Die Abschlusserklärung

Die Abschlusserklärung der Konferenz fasst die weitreichenden Übereinstimmungen zusammen, die ihre Organisation ermöglichten: eine Erinnerung an die großen Mobilisierungen gegen Milei, gegen die extreme Rechte in Großbritannien, die No-Kings!-Mobilisierungen in den Vereinigten Staaten und die Solidarität mit Kuba. Sie enthält auch eine Reihe von sozialen, ökologischen, anti-rassistischen, feministischen und LGBTIQ+-Forderungen und natürlich Forderungen gegen den Imperialismus. Sie stellt eindeutig fest: „Wir lehnen jeden Imperialismus ab und unterstützen den Kampf der Völker für ihre Selbstbestimmung mit allen notwendigen Mitteln.“ Die Erklärung wendet sich insbesondere gegen den Völkermord in Palästina, die Angriffe auf den Libanon und den Iran sowie

gegen die Invasion in Venezuela und die Drohungen gegen Kuba. Dieser breite Konsens brachte sehr unterschiedliche Organisationen zusammen, was zum Erfolg der Konferenz beitrug.

Begrenzte Mobilisierung durch Massenorganisationen der Arbeiterklasse

Der große Erfolg der Konferenz darf uns nicht über einige wichtige Beschränkungen hinwegtäuschen. Diese wurden bei der Vorbereitung der Konferenz deutlich, und wir haben mit begrenztem Erfolg versucht, sie anzusprechen.

Eine davon war das Fehlen einer aktiven Beteiligung der traditionellen Massenorganisationen sowohl in Brasilien als auch anderswo. Die Konferenz sicherte zwar die formelle Teilnahme der Arbeiterpartei (PT) und der Mehrheit der PSOL auf nationaler Ebene sowie der CUT Brasilien, des CTB Brasilien und anderer Lehrer- und Gewerkschaftsverbände, doch trugen diese nur wenig zum Aufbau der Mobilisierung außerhalb des Bundesstaates Rio Grande do Sul bei, in dem Porto Alegre liegt. Die Lehrergewerkschaft der Anden und die Kommunistische Partei Brasiliens (PCdoB) hatten eine größere aktive Präsenz. Unsere Organisationen – insbesondere die MES, eine Strömung innerhalb der PSOL, die in Rio Grande do Sul besonders stark ist – stellten tatsächlich einen Großteil der Teilnehmer:innen: Das ist einerseits etwas, worauf man stolz sein kann, andererseits zeigt es aber auch, dass der Kampf um die Einheit, um den Aufbau einer Massenbewegung an der Seite der reformistischen Organisationen und der Gewerkschaften, noch vor uns liegt.

Außerhalb Brasiliens wurde die Konferenz auch von La France Insoumise (LFI) und einer Reihe von Gewerkschaftsorganisationen vor allem aus dem spanischen Staat und Lateinamerika unterstützt.¹ Im Vorfeld der Konferenz wurde immer wieder versucht, viele andere Organisationen von der Bedeutung der Konferenz für ihre Bewegungen zu überzeugen, aber dieser Kampf um eine möglichst breite Einheit innerhalb der Bewegung muss weiterhin mit aller Entschlossenheit geführt werden.

Widerstand gegen alle Imperialismen

Eine weitere [Beschränkung] war die in der Praxis fast ausschließliche Konzentration auf den Imperialismus als US-Imperialismus allein, obwohl in der Abschlusserklärung „alle Imperialismen“ abgelehnt wurden. So gab es unter dem Einfluss der „campistischen“ Sektoren der

Konferenz weder eine Verurteilung des Einmarsches von Putins Russland in der Ukraine noch eine klare Stellungnahme zum Charakter des diktatorischen Regimes in Russland. Dies ist ein ernstes Problem und ein potenzielles Hindernis für gemeinsame Aktivitäten mit Antifaschist:innen aus Russland und der Ukraine. Russland ist zweifellos eines der Regime, das dem Faschismus am ähnlichsten ist, während das ukrainische Volk – und auch das russische Volk! – unter diesem Regime durch Entbehrungen und Hunderttausende von Todesopfern leiden.

Die Anwesenheit russischer und ukrainischer Genossinnen und Genossen sowie die mit Unterstützung der Vierten Internationale organisierten Workshops, in denen russische Oppositionelle zu Wort kamen, und eine ukrainische Delegation mit zwei führenden Gewerkschaftern und einem Vertreter von Sozialnyj Ruch bildeten ein wichtiges Gegengewicht. Dies wurde von den betroffenen Delegationen begrüßt und mit den Worten des RESU/ ENSU-Vertreters: „Die Anwesenheit der ukrainischen Genossinnen und Genossen sowie der russischen sozialistischen Oppositionellen wurde [...] besonders während der von Roberto Robaina geleiteten Abschlussveranstaltung der Konferenz hervorgehoben. Sie hatten auch die Möglichkeit, mit Aktivist:innen aus Brasilien und anderen Ländern zu sprechen. Und sie gaben Interviews und drehten Videos, die derzeit unter linken Organisationen kursieren.“ Sie hoffen, darauf aufbauen zu können, um die Solidarität mit ihren Kämpfen, vor allem in Lateinamerika, zu erweitern.

In mehreren Plenarsitzungen sprachen Genoss:innen der Vierten Internationale (Penelope Duggan von der Leitung der Vierten Internationale, Rafael Bernabe aus Puerto Rico, Sushovan Dhar aus Indien [...]) und andere (Patrica Pol von Attac Frankreich und LFI) sich ebenfalls gegen diese Positionen aus und verteidigten russische Gefangene und Oppositionelle im Exil, das Selbstbestimmungsrecht der Ukraine und den Kampf des ukrainischen Volkes gegen die russische Invasion und die neoliberale und antidemokratische Politik der eigenen Regierung sowie die Unterstützung der iranischen Frauen- und Demokratiebewegung. Wir treten für das Recht auf Selbstbestimmung aller Völker der Welt ein, und zwar durch eigenes Handeln und nicht dadurch, dass sie sich einer Regierung unterordnen, aber es ist klar, dass dieser grundlegende Streit auf der Konferenz nicht vollständig gelöst wurde. In den selbstorganisierten Workshops sprachen mehrere Genoss:innen der Vierten Internationale (André Frappier aus Kanada,

KLARSTELLUNG ZUR KONFERENZ VON PORTO ALEGRE

Die Anwesenheit eines Vertreters einer mit dem iranischen Regime verbundenen Institution auf dem Podium der Antifaschistischen Konferenz für die Souveränität der Völker in Porto Alegre war zutiefst schockierend. Die Delegation der Vierten Internationale war sich seiner Anwesenheit nicht bewusst, bis sie ihn auf dem Podium sah. Unser Genosse Rafael Bernabe, der vom selben Podium aus sprach, verurteilte sowohl den Krieg gegen den Iran als auch die blutige Unterdrückung der Massenproteste durch das Regime deutlich. Für uns kann die volle Solidarität mit dem iranischen Volk nicht Solidarität mit dem blutrünstigen Regime bedeuten, das es unterdrückt. Ein weiterer Vertreter des iranischen Volkes hätte eingeladen werden sollen, um den Krieg der USA und Israels gegen den Iran anzuprangern und gleichzeitig sein Recht auf Freiheit und soziale Gerechtigkeit einzufordern.

Diese Einladung war ein schwerer Fehler, der den Erfolg der Konferenz von Porto Alegre in vielen Bereichen und die beachtliche Arbeit der Organisationsteams nicht schmälert. Sie verdeutlicht jedoch die Arbeit, die noch vor uns liegt, um einen kämpferischen, kompromisslosen Antifaschismus und Anti-imperialismus aufzubauen, der den aktuellen Herausforderungen gewachsen ist. Wir werden mit all unserer Kraft dazu beitragen.

Das Sekretariat des Büros der Vierten Internationale, 29. April 2026, <https://fourth.international/en/latin-america/765>

Eric Toussaint aus Belgien, Bruno Magalhães aus Brasilien), die ebenfalls die russische Invasion in der Ukraine verurteilten und das Selbstbestimmungsrecht der Ukraine unterstützten.

Uneinheitliche Botschaft zum Iran

Obwohl in der Abschlusserklärung „die Selbstbestimmung des iranischen Volkes“ bekräftigt wurde, war ein inoffizieller Vertreter der Islamischen Republik Iran anwesend und rechtfertigte – in sehr gemäßigttem Ton – die Politik des Regimes. Wir verteidigen das Recht der Islamischen Republik, sich gegen die imperialistische Aggression zu verteidigen, und wünschen uns, dass dieser Angriff abgewehrt wird. Wir unterstützen jedoch voll und ganz die sozialen Bewegungen im Iran, insbesondere die Frauenbewegungen, die nichts mit den von den Vereinigten

Staaten und Israel unterstützten Vertretern des Schahs zu tun haben.

Demokratie in der Bewegung stärken

Bei einer Konferenz mit Tausenden von Aktivisten war es zweifellos unvermeidlich, dass Foren echter Diskussion unter den Teilnehmenden fehlten, sowohl zu den politischen Themen, die in den zentralen Plenarsitzungen diskutiert wurden (die selbstorganisierten Workshops waren anders), als auch insbesondere zur Abschlusserklärung und den darin enthaltenen Vorschlägen. Während wir alle mit dem Aufbau der aufgezählten Initiativen einverstanden sind und die Vierte Internationale bei all ihnen präsent sein wird, muss der Organisationskern erweitert werden und Mechanismen der demokratischen Rechenschaftspflicht entwickeln. Dies ist sowohl im Hinblick auf die politische Repräsentativität als auch – wie im internationalen Organisationskomitee betont wurde – auf die Geschlechterparität von Bedeutung. Auch wenn in allen Panels Frauen als Rednerinnen auftraten, war die Problematik des Feminismus in den offiziellen Panels kaum präsent, obwohl sie natürlich in einigen selbst organisierten Workshops vorkam.

Lasst uns den Kampf fortsetzen

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die Konferenz einen äußerst wichtigen Schritt nach vorn im Kampf gegen Faschismus und Imperialismus darstellt: Wir dürfen nicht vergessen, dass es Jahre her ist, dass ein soziales Forum so viele Menschen zusammengebracht hat.

Die Praxis des Aufbaus internationaler und internationalistischer Bewegungen ist verloren gegangen und muss wieder entwickelt werden.

Die Entscheidung, eine antifaschistische und antiimperialistische Einheitsfront anzustreben, brachte einen gewissen Verlust an Klarheit in den gemeinsamen Erklärungen mit sich, da die Auffassungen in der Linken und in der Bevölkerung über so grundlegende Fragen wie die, wer die Faschisten oder Neofaschisten oder wer die Imperialisten sind, sehr unterschiedlich sind. Die Entscheidung, die die Organisation der Konferenz leitete – und die auch die Position der Vierten Internationale war –, war also, dass es wichtig war, die Konferenz abzuhalten, selbst um den Preis eines erheblichen Verlusts an Klarheit. Die einzige Alternative wäre gewesen, die Konferenz nicht zu veranstalten und auf die Möglichkeit zu verzichten, Tausende von Aktivisten zusammenzubringen, um Punkte zu diskutieren, in denen sie übereinstimmen oder nicht übereinstimmen,

und sich für den fortgesetzten Kampf gegen Faschismus und Imperialismus zu engagieren.

Politische Kämpfe werden in der Praxis ausgetragen, indem man sich an den Bewegungen beteiligt, die es tatsächlich gibt; Einfluss können wir nur dann nehmen, wenn wir uns umfassend beteiligen. Die Organisation dieser Konferenz und eine Reihe von Vorkonferenzen vor allem in Brasilien, die ein wichtiger Aspekt der Mobilisierung für die Konferenz waren, stützten sich weitgehend auf Aktivist:innen der Vierten Internationale, insbesondere auf unsere Organisationen in Brasilien – vor allem die MES, Centelhas und Ecosocialistas –, auf unsere Genossinnen und Genossen, die in breit angelegten Organisationen und Verbänden tätig sind, und auf andere internationalistische, antikoloniale und antiimperialistische Organisationen.

Es besteht kein Zweifel, dass die Debatten und Kämpfe weitergehen werden, und die nächsten Veranstaltungen sind bereits geplant: der G7-Gegengipfel in Frankreich und der Schweiz im Juni 2026, das Anti-NATO-Treffen in der Türkei im Juli 2026 und das Weltsozialforum in Benin im August 2026. Vorgeschlagen werden auch kontinentale Konferenzen, vor allem in Nord- und Südamerika, sowie die Ökosozialistischen Begegnungen im Mai in Belgien.

Durch all diese Ereignisse werden die Allianzen geschmiedet, die notwendig sind, um Faschismus und Imperialismus zu bekämpfen. Es liegt an uns, die Gewerkschaften, Menschenrechtsorganisationen, die feministische und die LGBTQI+-Bewegung, antirassistische Organisationen, diejenigen, die sich für Palästina einsetzen, und diejenigen, die sich mit dem ukrainischen und dem iranischen Volk solidarisieren, einzubeziehen. Auf diese Weise – und durch die Verteidigung unserer ökosozialistischen revolutionären Perspektiven – werden wir die Bewegung aufbauen, die notwendig ist, um die Welt zu verändern.

4. April 2026

Übersetzung: Björn Mertens

<https://fourth.international/en/latin-america/760>

¹ Dazu gehören die beiden großen baskischen Gewerkschaften ELA und LAB, die Intersindicals von Valencia, Galicien und Katalonien, CTA A Argentinien, CTA TT Argentinien, PIT CNT Uruguay, SME Mexiko, CUT Chile, CUT Kolumbien.

DIE NEUE EXTREME RECHTE

Faschist:innen der Gegenwart wie Trump, Milei oder Meloni lassen sich nicht mehr mit den Begriffen des 20. Jahrhunderts fassen.

■ Enzo Traverso

Im Jahr 2026 kann niemand ernsthaft den Faschismus als eine reine Angelegenheit der Geschichtsschreibung betrachten. Wir können nicht fragen: „Was ist Faschismus?“, ohne die uns umgebende Realität zu berücksichtigen. Diese Frage bezieht sich nicht nur auf die Vergangenheit, sondern auch und vor allem auf die Gegenwart – eine Gegenwart, die durch den starken Aufstieg der extremen Rechten gekennzeichnet ist. Die neue Welle autoritärer Regierungen in der ganzen Welt hat diese Debatte neu entfacht, aber dieses Wort, das uns in den Sinn kommt, wenn wir an Donald Trump, Javier Milei, Giorgia Meloni, Viktor Orbán oder Marine Le Pen denken, ist eindeutig nicht ausreichend, um sie zu beschreiben. Wenn sich der Faschismus des 21. Jahrhunderts, wie viele Historiker erklären, so sehr von seinen Vorgängern unterscheidet, brauchen wir vielleicht neue Konzepte, um ihn zu definieren.

Das gilt auch für viele andere Phänomene unserer Zeit. Das alte Konzept des Krieges ist ebenso problematisch und wird der Neuartigkeit von Konflikten, die mit Drohnen und künstlicher Intelligenz (KI) ausgetragen werden, nicht gerecht. Die Revolutionen des letzten Jahrzehnts – insbesondere die arabischen Revolutionen – haben jeden Bezug zum Sozialismus aufgegeben und wenig mit denen des vorigen Jahrhunderts gemein. Laut den etablierten Medien und den meisten westlichen Staatsmännern ist Antisemitismus weit verbreitet, aber sie verwenden diese Bezeichnung nicht mehr, um Vorurteile gegen jüdische Menschen zu definieren, sondern um wahllos jeden zu diskreditieren, der Israel kritisiert. Wir könnten dies mit vielen anderen Konzepten fortsetzen.

Wir leben also in einer Art Interregnum, wie Gramsci in den 1930er Jahren in seinen Gefangenenbüchern schrieb: „Die Krise besteht gerade darin, dass das Alte stirbt und das Neue noch nicht geboren ist; in diesem Interregnum kommt es zu den unterschiedlichsten Krankheitserscheinungen.“ Obwohl dieser Satz oft überstrapaziert wurde, spiegelt er unsere Gegenwart recht gut wider: Wir haben es nicht mit einer Wiederholung der Geschichte, einer Rückkehr in die Vergangenheit zu tun; Wir sind mit neuen Problemen und neuen Bedrohungen konfrontiert, aber wir haben nur Konzepte aus der Vergangenheit, um sie zu analysieren und zu interpretieren. Das ist natürlich frustrierend: Diese Worte beschreiben die Ungewissheit unserer Zeit, die einen schrecklichen Sturm anzukündigen scheint, nur unzureichend.

Meiner Meinung nach haben wir es mit einer Art Postfaschismus zu tun, ein Konzept, das sowohl eine historische Distanz zum klassischen Faschismus als auch einen bedeutenden Wandel seiner ideologischen, sozialen und politischen Positionen widerspiegelt. Bei dieser neuen, heterogenen extremen Rechten handelt es sich um eine Konstellation von Bewegungen und Parteien unterschiedlicher Herkunft und ideologischer Ausrichtung, von denen die meisten behaupten, den institutionellen Rahmen der liberalen Demokratie zu akzeptieren. Ihr Ziel ist es, die Demokratie von innen zu zerstören, nicht von außen. Sie stellen eine Bedrohung für die Demokratie dar, aber sie funktionieren nicht auf dieselbe Weise wie die Kräfte des historischen Faschismus; Sie stellen die traditionelle Dichotomie zwischen Faschismus und Demokratie in

Frage in einer Zeit, in der die Demokratie selbst abgenutzt, diskreditiert, ausgehöhlt und ihrer ursprünglichen Tugenden beraubt erscheint.

J. D. Vance fährt nach München, um Freiheit mit der Alternative für Deutschland (AfD) gleichzusetzen; Giorgia Meloni verteidigt die italienische Demokratie gegen eine Bedrohung, die durch den Antifaschismus verkörpert werde; alle westlichen Regierungen unterstützen Israel als eine demokratische Insel, die von obskurantistischen Barbaren umgeben sei; rechtsextreme Bewegungen in Europa und Amerika fordern rassistische und fremdenfeindliche Maßnahmen, um die Demokratie gegen den islamischen Fundamentalismus zu verteidigen. Gleichzeitig werden Hunderttausende von Einwanderern, die in den USA leben und arbeiten, abgeschoben, während die Trump-Regierung behauptet, sie verteidige die Menschenrechte, wenn sie südafrikanischen Anhängern der weißen Vorherrschaft den Flüchtlingsstatus gewährt. Worte haben ihre Bedeutung durch eine Art Orwellscher Metamorphose verändert. Vor zehn Jahren waren diese Trends noch in den Kinderschuhen. In den letzten zwei oder drei Jahren haben sie eine starke Beschleunigung erfahren.

Der am häufigsten genannte Unterschied zwischen Faschismus und Postfaschismus ist die Gewalt. Diese Diagnose scheint zwar zutreffend zu sein, bedarf aber meiner Meinung nach einer gewissen Präzisierung. Natürlich sind die meisten rechtsradikalen Führer heute daran gewöhnt, auf unseren Fernsehbildschirmen zu erscheinen, und ihre Entourage trägt keine Uniformen. Nach siebzig Jahren Frieden und wirtschaftlicher Stabilität schien die liberale Demokratie in den westlichen Ländern einen soliden institutionellen Rahmen zu bilden. Gewalt – man denke nur an den Angriff auf das Kapitol am 6. Januar 2021 oder den Angriff auf den brasilianischen Kongress zwei Jahre später – scheint die Ausnahme, nicht die Regel zu sein, auch wenn sich die Dinge ändern.

Die zweite Amtszeit von Donald Trump ist durch eine klare Tendenz zur Kriminalisierung der Politik gekennzeichnet: er hat Bundestruppen in viele Großstädte geschickt, um die Ordnung wiederherzustellen, und er hat die Einwanderungs- und Zollbehörde (ICE) in eine paramilitärische Truppe verwandelt, die bereits wie eine Art Prätorianergarde erscheint. Dies sind die auffälligsten Merkmale des Übergangs zum Autoritarismus. Die ICE schafft ein Klima des Terrors, in dem die Rechtsstaatlichkeit untergraben wird und sich jeder, nicht nur Einwanderer ohne Papiere, bedroht fühlt.

Natürlich ist die postfaschistische Gewalt nicht mit der des klassischen Faschismus auf einem vom totalen Krieg verwüsteten Kontinent vergleichbar, aber die Zeichen des Wandels sind deutlich spürbar. Auch in Europa ist der Autoritarismus auf dem Vormarsch. Denken wir an Frankreich und Italien: Vor zehn Jahren wurden die Streiks und Demonstrationen der Gewerkschaften von Polizeibeamten überwacht, die mit einigen radikalen Teilen der Streikenden aneinandergeraten konnten. Heute werden legale Demonstrationen, die von Gewerkschaften und der Linken organisiert werden, mit militärischer Gewalt beantwortet. In den Polizeidienststellen herrscht ein systematischer Rassismus.

Diese Rückkehr zur Gewaltanwendung hat sich über die Grenzen hinaus ausgeweitet. Der Westen hat Gewalt an andere Orte exportiert, vor allem in den Nahen Osten, wo er durch seinen israelischen Verbündeten Besetzungen, Kriege und in jüngster Zeit einen Völkermord verübt hat. Nun hat die Trump-Regierung den Iran bombardiert, Nicolás Maduro in Venezuela entführt und seine Nachbarn, insbesondere Grönland, bedroht, die NATO ins Wanken gebracht und Warnungen gegen ihre treuesten europäischen Verbündeten ausgestoßen. Paradoxerweise ist dies eher ein Symptom für Schwäche als für Stärke. Die USA sehnen sich danach, Kanada und Grönland zu erobern, um ihren Status als kontinentale Supermacht aufrechtzuerhalten und zu stärken, aber sie haben ihre traditionellen hegemonialen Ambitionen auf globaler Ebene aufgegeben. Das Ziel des Kalten Krieges, eine amerikanische Weltordnung zu schaffen, ist obsolet geworden. China wird nicht untergehen wie die UdSSR vor mehr als dreißig Jahren.

Ein zweiter Unterschied ist ebenso paradox: Das Neue an dieser neuen extremen Rechten ist ihr Konservatismus. Am Ende des Ersten Weltkriegs hatte der Faschismus eine starke utopische Dimension. Er verstand sich als Revolution, sprach vom Neuen Menschen, dem Tausendjährigen Reich usw. Er sagte, dass die Welt in einem völligen Zusammenbruch begriffen sei und vertrat eine Alternative für die Zukunft. Mit anderen Worten: Er hatte eine utopische Vision.

Heute ist der Postfaschismus rein konservativ. Er spricht von einem großen Austausch, der eine Bedrohung für die westliche Zivilisation darstelle, und behauptet, traditionelle Werte zu verteidigen: Familie, Souveränität, nationale Kulturen, jüdisch-christliche Zivilisation und so weiter. Er stellt alle Fortschritte bei den Minderheitenrechten in Frage und greift die schwächsten Menschen auf grausame

Weise an: Einwanderer ohne Papiere, queere und transsexuelle Menschen. Im Allgemeinen haben diese Bewegungen ihre Fähigkeit verloren, die Menschen zu inspirieren, von einer anderen Zukunft zu träumen; sie streben nach der Wiederherstellung von Ordnung und Sicherheit (wirtschaftlich, politisch, kulturell und psychologisch). Selbst Donald Trumps Slogan „Make America Great Again“, der von seinen Anhängern am meisten favorisiert wird, ist keine Eroberungsparole; er bezieht sich auf den Traum, ein verlorenes goldenes Zeitalter wiederzuerlangen, eine Zeit, in der die USA eine mächtige und wohlhabende Nation waren.

Neu – und an die 1930er Jahre erinnernd – ist die Fähigkeit des Postfaschismus, organische Verbindungen mit den wirtschaftlichen Eliten zu knüpfen, wie bei Trumps Amtseinführung spektakulär demonstriert wurde. Das wahrscheinlichste Ergebnis in den kommenden Jahren ist vielleicht die Etablierung einer autoritären Form des Neoliberalismus. Bisher traten die postfaschistischen Führer und Bewegungen als Emporkömmlinge auf, die die politische Klasse in Frage stellten und sich für eine konservative Alternative zum Neoliberalismus einsetzten. Heute sind sie zu verlässlichen Gesprächspartnern der Wirtschaftseliten in der EU, den USA und auch in vielen lateinamerikanischen Ländern geworden.

Natürlich ist es schwierig vorherzusagen, wie lange diese Allianz zwischen Postfaschismus und Neoliberalismus Bestand haben wird. In der EU sind wir noch weit von der oligarchischen Macht entfernt, die sich jetzt mit Trump abzeichnet, aber es gibt einen ähnlichen Trend. Klar scheint zu sein, dass die neoliberalen Eliten keinen totalitären Staat wie Mussolinis Italien oder Hitlers Deutschland errichten wollen; Ihr Ziel ist ein Ausnahmezustand, der die Demokratie außer Kraft setzt, indem sie ihre eigene Macht etablieren – eine politische Macht, die auf dem Prinzip der Autonomie des Kapitals beruht, das sich von der Autonomie des Politischen unterscheidet. Carl Schmitt wurde nicht völlig vergessen, aber die postfaschistischen Führer:innen sind insofern Entscheidungsträger, als sie die Parlamente verachten und durch Rechtsverordnungen regieren, wodurch viele Verfassungsnormen in Frage gestellt werden, aber dies wurde von Friedrich von Hayek überprüft und korrigiert.

Als er 2023 gewählt wurde, erschien Javier Milei als eine Art argentinische Anomalie: exzessiv, exotisch und außergewöhnlich. Heute ist er zu einer paradigmatischen Figur des Libertarismus geworden und seine Sparmaßnahmen wurden von Elon Musks Department of Government

Efficiency (DOGE) noch übertroffen. Der einzige historische Präzedenzfall für diese Koexistenz von autoritärer politischer Macht (Schmitts Vorstellung von Souveränität) und neoliberalen Kapitalismus, in dem der Staat dem Kapital vollständig untergeordnet und in ein Werkzeug der Marktgesellschaft (Hayeks Auffassung von Liberalismus) verwandelt wird, ist Pinochets Chile. Und Pinochets Chile war nicht einfach eine Wiederholung des Faschismus der Zwischenkriegszeit. Dies ist der historische Hintergrund des heutigen Postfaschismus.

Dieser Strategiewechsel war natürlich nicht unvermeidlich. Die Wirtschaftseliten haben erst vor kurzem damit begonnen, rechtsradikalen Bewegungen zu vertrauen und sie zu unterstützen, die zuvor keine verlässlichen Gesprächspartner zu sein schienen. In der Vergangenheit haben rechtsextreme Politiker an Einfluss gewonnen, indem sie die neoliberale Globalisierung anprangerten (wie Marine Le Pen, die Macron als Vertreter der globalistischen Eliten bezeichnete, oder Giorgia Meloni, die den Banker Mario Draghi aus ähnlichen Gründen stigmatisierte). Manchmal sind sie trotz der Präferenzen der herrschenden Klassen an die Macht gekommen, wie bei Donald Trump und Jair Bolsonaro im Jahr 2016, die nicht die Kandidaten des Establishments waren.

Heute ist das Bündnis zwischen rechtspopulistischen Bewegungen und globalen Eliten überall präsent. Die Fakten, auf die sich diese Behauptung stützt, sind alles andere als anekdotisch. Hier gibt es eine seltsame Koalition der ärmsten und reichsten Schichten der Gesellschaft. Dies war wahrscheinlich die größte Errungenschaft des Postfaschismus: sowohl die Unterstützung breiter Teile der arbeitenden Klasse als auch das Vertrauen der mächtigen, wenn auch bisher nur wenigen, globalen Eliten zu gewinnen.

Die radikale Rechte stützt sich auf das klassische populistische Paradigma des Gegensatzes zwischen dem guten Volk und den korrupten Eliten, aber hat das erheblich umformuliert. Im Gegensatz zu früher, als man unter dem „wahren“ Volk eine ethnisch homogene Gemeinschaft (weiße, nationalistische Menschen, die angeblich tief im Land verwurzelt waren) im Gegensatz zu den armen und marginalisierten Stadtbewohnern verstand, die eine Quelle der Unordnung und Unsicherheit darstellten, kann heute die weiße Arbeiterklasse als nationaler Bestandteil akzeptiert werden, wenn sie mit ihren sozialistischen, kommunistischen und linken Traditionen gebrochen hat. Äußere Feinde sind Einwanderer, rassifizierte Minderheiten und Muslime; innere Feinde sind Vertreter aller Arten von „Wokismus“, von Feministinnen und LGBTQ-Perso-

nen bis hin zu Umweltschützer:innenn und denen, die den palästinensischen Völkermord anprangern.

Wie Michel Feher¹ treffend dargelegt hat, liegt die Kontinuität zwischen dem alten Nationalismus, dem Faschismus und dem Postfaschismus in einer anhaltenden imaginären Dichotomie von Produzenten und Parasiten; die ersteren, tugendhafte Männer und Frauen, die arbeiten, werden von den letzteren, einer heterogenen Gruppe, zu der Finanzeliten und Einwanderer:innen gehören, die von den Sozialleistungen der Aufnahmeländer profitieren, schändlich ausgebeutet. In der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts waren es diese parasitären Sektoren, die die Eigenschaften der Juden in der nationalistischen und faschistischen Vorstellung darstellten: eine seltsame Koalition aus Wall-Street-Bankern und jüdischen Bolschewiken; heute sind es die globalistischen Eliten und die muslimischen Einwanderer:innen.

Die postfaschistische Vorstellungswelt – und insbesondere ihre Sicht auf die Sexualität – ist jedoch komplexer, als die Stigmatisierung von Gegenmodellen und die Suche nach Sündenböcken vermuten lassen. Trotz seines neokonservativen Charakters sollte der Postfaschismus nicht als einfache Rückkehr zu bürgerlicher Normalität und viktorianischen Stereotypen interpretiert werden. Der Postfaschismus, der aus dem institutionellen Rahmen der liberalen Demokratie in den vom besitzergreifenden Individualismus geprägten Marktgesellschaften hervorgegangen ist, hat mit dem faschistischen Ideal gebrochen und beruft sich in vielen Fällen auf das Erbe der Aufklärung. Im posttotalitären Zeitalter der Menschenrechte verleiht ihm dies Seriosität.

Der Postfaschismus rechtfertigt seinen Krieg gegen den Islam nicht mit den alten, fadenscheinigen Argumenten des imperialen Expansionismus und des doktrinären Rassismus, sondern mit seiner eigenen Interpretation des Erbes der Aufklärung. Marine Le Pen, Giorgia Meloni und Viktor Orbán behaupten, die europäischen Völker vor den Migrant:innen zu schützen, die das Mittelmeer überqueren, aber sie behaupten auch, die Frauen gegen den islamischen Obskurantismus zu verteidigen. Homophobie und Honationalismus koexistieren in dieser sich wandelnden radikalen Rechten. In den Niederlanden wurden Feminismus und Schwulenrechte als Banner für eine gewalttätige fremdenfeindliche Kampagne gegen Einwanderer:innen und die muslimische Bevölkerung benutzt, die zunächst von Pim Fortuyn, der offen schwul war, und später von seinem Nachfolger Geert Wilders, einem Verfechter der Schwulenrechte, angeführt wurde.

Alice Weidel, die Bundesvorsitzende der AfD, ist lesbisch und bekennt sich zur traditionellen Familie und ist gegen die gleichgeschlechtliche Ehe.

Heute wird das Erbe der Aufklärung oft in eine neue Version des Orientalismus eingebettet, die auf einer dichotomen Weltansicht beruht, die Zivilisation, Rationalismus, Fortschritt und Freiheit gegen Barbarei, Fanatismus und Obskurantismus stellt. Rechtsextreme Bewegungen beteiligen sich an dieser progressiven neoorientalistischen Vision, ohne ihre traditionelle rassistische, frauenfeindliche und homophobe Identität aufzugeben. Sie haben in der Tat einen traditionellen rassistischen und kolonialistischen Diskurs aufgegeben, der im 21. Jahrhundert nicht mehr akzeptabel ist (trotz einiger bemerkenswerter Ausnahmen wie dem zionistischen Kolonialismus), aber sie sprechen weiterhin von einer ontologischen kulturellen Diskrepanz zwischen dem Westen und dem Rest der Welt.

Ein wesentlicher Unterschied zwischen Faschismus und Postfaschismus liegt in ihrer Vorstellung vom Staat. Der Faschismus entstand nach dem Ersten Weltkrieg, im Zeitalter des totalitären Staates, dem Ende des Laissez-faire-Kapitalismus und dem Aufkommen staatlicher Eingriffe in die Wirtschaft: Der Keynesianismus, der New Deal, der Faschismus und die sowjetischen Fünfjahrespläne gehören alle in dieselbe Ära des Etatismus. Der Postfaschismus ist in einer völlig anderen Zeit entstanden, der Ära des Messianismus der freien Marktwirtschaft und des neoliberalen Kapitalismus. Seine autoritären Merkmale koexistieren mit dem Kult der Marktgesellschaft.

In diesem Zusammenhang hat die Unterstützung der wirtschaftlichen Eliten einen hohen Preis: der Verzicht auf Staatseingriffe. Heute wird Trump nicht mehr als Außenseiter gesehen, der die Kontrolle über die Republikanische Partei, eine der Säulen des amerikanischen Establishments, an sich gerissen hat. Ähnlich erscheinen die europäischen nationalistischen und postfaschistischen Bewegungen nicht mehr als subversive und gefährliche Feinde der EU. Meloni ist keine Außenseiterin, sondern eine einflussreiche Persönlichkeit innerhalb der EU. Bevor sie an die Macht kamen, genossen weder Mussolini noch Hitler eine so ausdrückliche Unterstützung durch die Finanz- und Industrieelemente ihrer Länder. Ihre Situation war nicht vergleichbar mit der Unterstützung, die Trump von zahlreichen Milliardären erhalten hat oder die Le Pen von dem von Vincent Bolloré kontrollierten Medienimperium erhält. In vielerlei Hinsicht erinnern die globalen Eliten an die Schlafwandler von 1914², die europäischen Großmäch-

te der Pentarchie, die vom Baum fielen, ohne zu verstehen, was passierte.

In der Zwischenkriegszeit betrachteten die liberalen Demokratien den Aufstieg des Faschismus mit einer Mischung aus Unverständnis und Selbstgefälligkeit, die vor allem in der bewussten Nichteinmischung Frankreichs und des Vereinigten Königreichs in den Spanischen Bürgerkrieg und in ihren Zugeständnissen an Hitler auf der Münchner Konferenz 1938 zum Ausdruck kam. Eine ähnliche Unklarheit besteht auch heute noch. Wie Wolfgang Streck treffend feststellt, hat der wirtschaftliche und kulturelle Kosmopolitismus der globalen Eliten als Reaktion darauf „eine Form des anti-elitären Nationalismus von unten“ hervorgebracht, der auf Fehers Dichotomie zwischen Produzenten und Parasiten beruht. Der Postfaschismus ist ein politischer Ausdruck dieses Ressentiments und gewinnt in den Augen der Finanz- und Industrieelementen selbst an Ansehen und Glaubwürdigkeit.

Es ist schwer vorherzusagen, wie lange diese widersprüchlichen Tendenzen miteinander in Einklang gebracht werden können. Milei, Meloni, Orbán und Trump sind geschickte Akrobaten, die beide antinomischen Pole pflegen, aber auf lange Sicht könnte sich diese Übung als gefährlich erweisen: einerseits kann diese Konvergenz zwischen den Eliten und den am stärksten benachteiligten Bevölkerungsschichten niemals einen echten historischen Block im gramscianischen Sinne bilden, sondern nur eine vorläufige Form des Bonapartismus; andererseits ist die Voraussetzung für die Umsetzung dieser Strategie die fortschreitende Zerstörung des institutionellen Rahmens der Rechtsstaatlichkeit und der liberalen Demokratie.

Seit den 1990er Jahren, d. h. seit dem Ende des Kalten Krieges, haben sich die Regierungskräfte, sowohl die linken als auch die rechten, dem Neoliberalismus als einer Art monolithischer Ideologie verschrieben. Dies ist die Hauptvoraussetzung für den spektakulären Aufstieg der extremen Rechten, die sich schließlich als Alternative herauskristallisiert hat. Wendy Brown zufolge ist die radikale Rechte die undemokratische Antwort auf den von der neoliberalen Logik vorangetriebenen Abbau der Demokratie. In einem berühmten Aphorismus aus dem Jahr 1939 schrieb Max Horkheimer: „Wer aber vom Kapitalismus nicht reden will, sollte auch vom Faschismus schweigen.“ Heute könnte man sagen: „Wer aber vom Neoliberalismus nicht reden will, sollte auch vom Postfaschismus schweigen. Obwohl Neoliberalismus und Postfaschismus keine Synonyme sind, sind sie gegenwärtig unsichere Verbündete. Der einzige Schlüssel, um diesem Trend entgegenzu-

wirken und diese „morbiden Symptome“ aufzulösen, ist die Wiedergeburt der Linken, eine soziale und politische Antwort von unten, die, anstatt sich aufzugeben, in der Lage ist, ein Projekt, neue Symbole und eine neue Vision für die Zukunft zu finden.

20. April 2026

Übersetzt aus dem Englischen: Björn Mertens

Quellen: *Viento Sur*, *International Viewpoint*

1 Belgischer Philosoph und Kulturwissenschaftler. Zu seinen Themen gehören u. a. Migration, Rassismus und Finanzialisierung im Neoliberalismus. (mehr zu seinen Publikationen in Wikipedia).

In der Originalausgabe dieses Artikels ist von „Michel Feherhas“ die Rede, vielleicht das Ergebnis einer falschen Selbstvervollständigung wegen Feher Ház „Weißes Haus“. Der Autor hat ungarische Vorfahren.

2 *The Sleepwalkers: How Europe Went to War in 1914* ist ein Buch des australischen Historikers Christopher Clark, das 2012 erstmals veröffentlicht wurde. In seinem Buch vertritt Clark die Ansicht, dass kein Land allein für den Ausbruch des Ersten Weltkriegs verantwortlich ist, sondern dass jedes Land unwissentlich in den Krieg hineingestolpert ist, wobei die Beteiligten zwar die Risiken kannten, aber blind für die Realität der bevorstehenden Katastrophe waren. [Anm. des Übers. aus *Viento Sur* D(avid)F(agan)]



DAS ZEITALTER DES MUSKISMUS

Mehr als nur für kühne (oder verrückte) technische Träume steht Elon Musk auch für ein neues Produktions-, gar Gesellschaftsmodell

■ Quinn Slobodian und Ben Tarnoff

Es wurde schon oft festgestellt, dass Elon Musk und Henry Ford viel gemeinsam haben. Beide wurden als technologische Genies gefeiert, die bahnbrechende Neuerungen bei Produktionsprozessen und Konsumgütern hervorbrachten. Beide waren bzw. sind politisch konservativ. Und beide verbreiteten bzw. verbreiten reaktionäre Ansichten über ihre persönlichen Medienkanäle: Ford veröffentlichte bekanntlich eine Reihe antisemitischer Artikel in seiner Zeitung *The Dearborn Independent*, und Musk nutzte Twitter, später von ihm umbenannt in X, als Sprachrohr, um seine Abneigung gegen nicht-weiße Einwanderer zum Ausdruck zu bringen. Doch als wir mit unserem jüngsten Buch über Elon Musk begonnen hatten, wurde uns schnell klar, dass die Parallelen zwischen Musk und Ford in erster Linie nicht ihre persönliche Biografie betreffen, sondern vielmehr die gesellschaftliche Ordnung, die nach ihrer jeweiligen Auffassung von politischer Ökonomie erforderlich war.

Kurz nach der Veröffentlichung von Fords Autobiografie *My Life and Work* prägte der deutsche Ökonom Friedrich von Gottl-Ottlilienfeld mit seinem 1926 erschienenen Buch *Fordismus* einen Begriff, der sich durchsetzen sollte. Ihm zufolge ging der Fordismus über die Person Ford insofern hinaus, als er eine Neugestaltung der sozialen Beziehungen miteinschloss, die er als „die Diktatur der technischen Vernunft“ bezeichnete. Der italienische Marxist Antonio Gramsci knüpfte in seinen Gefängnisheften an diesen Gedanken an. Er wies unter anderem darauf hin, dass die Einführung des Fließbands in der Fabrik einen dis-

ziplinierten, „rationaleren“ Arbeiter erforderte, für dessen soziale Reproduktion und „psycho-physische“ Stabilisierung die heterosexuelle Kernfamilie sorgen sollte.

In den 1970er Jahren griff eine Gruppe französischer Ökonomen den Begriff des Fordismus im Rahmen der später als „Regulationsschule“ bekannten Strömung erneut auf. Sie stellten die These auf, dass jede historisch definierte Phase des kapitalistischen Wachstums aus zwei zentralen Elementen besteht. Das erste Element bezeichneten sie als *Akkumulationsregime*: Wie wird Geld geschaffen? Wie ist der Arbeitsprozess organisiert, welchen Regeln folgen Produktion und Konsum, wie wird der gesellschaftliche Überschuss verteilt?

Das zweite Element bezeichneten sie als *Regulationsmodus*. In Anlehnung an Gramsci fragten sie, welche Rechtsnormen und sozialen Konventionen – geschriebene wie ungeschriebene – unverzichtbar sind, um die potenziell destabilisierenden Folgen neuer Wirtschaftsmodelle abzufedern. Ein Regulationsmodus umfasst das Netzwerk aller Institutionen, die ein Akkumulationsregime regulieren oder „regularisieren“, um dessen Widersprüche in den Griff zu bekommen. Auf diese Weise hält eine Gesellschaft die Krisen in Schach, denen der Kapitalismus ständig ausgesetzt ist.

Für die „Regulationisten“ war der Fordismus die politisch-wirtschaftliche Ordnung, die den fortgeschrittenen Industriekapitalismus in der Mitte des 20. Jahrhunderts prägte. Sein Akkumulationsregime zeichnete sich durch Massenproduktion und sein Regulationsmodus durch Massenkonsum aus. Bei der Massenproduktion ging es um

industrielle Serienfertigung von Konsumgütern, wobei technische Neuerungen und die damit einhergehende neue soziale Arbeitsteilung ein rasantes Produktivitätswachstum ermöglichten. Der Massenkonsum wurde durch höhere Löhne begünstigt, die eine ausreichend breite Verbraucherbasis schufen, um all die Autos, Radios und Kühlschränke aus den fordistischen Fabriken an den Mann zu bringen und damit den positiven Kreislauf des Wirtschaftswachstums anzukurbeln.

Der Massenkonsum beruhte auf dem, was der Ökonom Michel Aglietta, einer der Begründer der Regulationsschule, als „soziale Konsumnorm“ bezeichnete, die durch Tarifverhandlungen und den keynesianischen Wohlfahrtsstaat begünstigt wurde. Aglietta zufolge wurden dadurch die heftigen Klassenkämpfe der US-amerikanischen Arbeiterklasse aus den 1930er und 1940er Jahren in einen neuen Gesellschaftsvertrag umgelenkt. Die Arbeiterschaft verzichtete auf ihre ambitionierteren Ziele (etwa die Kontrolle über den Produktionsprozess) – zugunsten der wirtschaftlichen Stabilität, die Haushalte mit weißen männlichen Alleinverdienern in der Nachkriegszeit genossen.

Bezeichnenderweise haben die Regulationisten den Fordismus erst rückblickend analysiert. Agliettas Werk *Une théorie de la régulation capitaliste*, das Grundsatzdokument der Regulationsschule, erschien 1976, zu einem Zeitpunkt, als sich der Fordismus bereits in einer tiefen Krise befand. Ein drastischer Rückgang der Profitrate, Stagflation, der Ölpreisschock von 1973 und ein neuer Zyklus von Klassenkämpfen sowohl in den Betrieben (vor allem in Form von wilden Streiks) als auch durch neue soziale Bewegungen setzten das vorherrschende politisch-wirtschaftliche Paradigma unter Druck. Die Akkumulationsstrategien des Fordismus und seine Mechanismen zur Aufrechterhaltung des sozialen Friedens hatten dem nichts entgegenzusetzen.

Doch was könnte an die Stelle des Fordismus treten, nachdem dieser gescheitert war? Aglietta spekulierte über das Aufkommen eines „Neo-Fordismus“, den der britische Ökonom Robin Murray später als „Postfordismus“ bezeichnete – ein Begriff, der sich schließlich durchsetzen sollte. Der Postfordismus nutzte die neuen Möglichkeiten der Globalisierung und des Outsourcings und setzte auf schlanke ad-hoc-Fertigungsstrategien. Während sich die Produktion im Fordismus tendenziell auf ein einziges Unternehmen konzentriert hatte, ging man im Postfordismus dazu über, das Endprodukt aus Einzelteilen zu montieren, die von unabhängigen Zulieferern über globale Lieferketten bezogen wurden. Sinkende Transportkosten, die zunehmende Verbreitung der Informationstechnologie

und Veränderungen im internationalen Wirtschaftsrecht ermöglichten die weltweite Produktion von Einzelteilen, sodass sich die Kapitalisten auf die Jagd nach den niedrigsten Lohnkosten begeben konnten.

Flexibilität war das Motto des postfordistischen Akkumulationsregimes, aber dessen Regulationsmodus verlief in zwei Richtungen. Zum einen wurde Privatpersonen ein breites Spektrum an Möglichkeiten zur Selbstverwirklichung versprochen, die sich vorwiegend über ihre Konsumententscheidungen realisieren sollten. Im Fordismus war der Konsum zu einem Massenphänomen geworden; im Postfordismus hingegen begann sich der Markt in Nischen und Segmente aufzuspalten. Dieser Trend zur Spezialisierung ging einher mit der Abwälzung von Risiken auf die arbeitende Bevölkerung und Privataushalte (von Wissenschaftlern als „Verantwortungsübertragung“ bezeichnet). Mit dem Abbau des Sozialstaats, dem Niedergang der Arbeiterbewegung und der Fragmentierung der Arbeitswelt durch die Zunahme von Leiharbeit, befristeten Arbeitsverhältnissen und Teilzeitbeschäftigung mussten die Menschen immer mehr Verantwortung für ihre eigene Versorgung und Reproduktion übernehmen. Die Gewinner des Postfordismus waren nicht die Lohnabhängigen, sondern die Besitzer von Vermögen, da Regierungen vermehrt auf die Inflation der Vermögenspreise als Motor der Vermögensbildung setzten. Obwohl diese Entwicklung in erster Linie den Reichsten der Gesellschaft zugute kam, konnte auch eine neue Klasse von Kleinanlegern und Besitzern von Eigenheimen in die zunehmend finanzialisierte Wirtschaft eingebunden werden.

Das erwies sich schließlich als die Achillesferse des Postfordismus. Die Finanzkrise von 2007/08 und die darauffolgende große Rezession leiteten eine schleichende Auflösung der politisch-wirtschaftlichen Ordnung ein. Die nachlassende wirtschaftliche Dynamik im Westen nährte Zweifel an der Tragfähigkeit des postfordistischen Wachstumsmodells und begünstigte den Aufstieg neuer, systemkritischer politischer Strömungen, die gemeinhin als „populistisch“ bezeichnet werden, womit vor allem die erstarkende extreme Rechte gemeint ist. Gleichzeitig warf das Aufkommen der Tech-Giganten neue Fragen über das Verhältnis zwischen Kapitalismus und Digitalisierung auf. Schließlich sahen sich Konzerne und Länder aufgrund der Covid-19-Pandemie und infolge wachsender geopolitischer Spannungen dazu veranlasst, die Sinnhaftigkeit einer durchgängig globalisierten Wirtschaft zu überdenken.

Der Postfordismus befand sich also in der Krise, aber was könnte an seine Stelle treten? Hier wurde eine Reihe konkurrierender Konzepte und Bezeichnungen zur Diskussion

gestellt. Man sprach von Staatskapitalismus, Katastrophenkapitalismus, Plattformkapitalismus, Engpasskapitalismus (chokepoint capitalism), Aasgeierkapitalismus, Spinnennetzkapitalismus, Archipelkapitalismus, Vermögensverwaltungskapitalismus, Überwachungskapitalismus und sogar von einem Kapitalismus ohne Demokratie (crack-up capitalism). Wirtschaftstheoretikern zufolge befinden wir uns wahlweise in einem Zeitalter des Neofeudalismus, des Techno-Feudalismus, des Techno-Libertarismus, des Techno-Autoritarismus, des Techno-Populismus, des Techno-Faschismus, des Endzeitfaschismus, des Neofaschismus, des neoliberalen Faschismus, des Post-Neoliberalismus, des Paläo-Populismus, des Neopatrimonialismus, der Hyperpolitik und der Geoökonomie.

Wir möchten einen weiteren möglichen Nachfolger des Postfordismus ins Spiel bringen: den Muskismus. Wir glauben, dass dieses Konzept dazu beiträgt, die begrifflichen Unschärfen einiger anderer Definitionen zu beseitigen, die sich häufig auf plakative Metaphern oder historische Präzedenzfälle beschränken und daher das wirklich Neue und als noch im Entstehen Begriffene nur unzulänglich erfassen. Wie beim Fordismus, dessen Theoretiker im letzten Jahrhundert ihr analytisches Material aus dem Leben und Werk von Ford bezogen, ist auch für das Verständnis des Muskismus das Leben und Werk von Musk selbst der Ausgangspunkt, wenn auch nicht der Endpunkt.

Der erste Schritt besteht also darin, die häufigsten Irrtümer über Musk und seine Ideen auszuräumen. Am leichtesten zu widerlegen ist die Auffassung, bei Musk handle es sich um einen Libertären. Schließlich ist ein Kernprinzip des Muskismus die Verschmelzung von öffentlich und privat: die Nutzung des Staates als Geldgeber, Förderer und Sicherheitsnetz für risikoreiche, aber potenziell äußerst lukrative Projekte. Das bezeichnen wir als Symbiose mit dem Staat; Beispiele dafür sind SpaceX, Starlink oder Tesla. Musk ist zwar ein entschiedener Kritiker der Bürokratie und bestimmter Formen der Regulierung, aber den Staat als solchen stellt er nicht in Frage. Im Gegenteil, er nutzt den Staat systematisch als Quelle von Macht und Profit, indem er den Regierungen verspricht, sie bei der Erfüllung ihrer hoheitlichen Aufgaben durch die Nutzung seiner Infrastruktur zu unterstützen. Diese Dynamik bezeichnen wir als Souveränität als Dienstleistung (sovereignty-as-a-service).

Ein weiteres Missverständnis besteht darin, dass Tesla, Musks bekanntestes Unternehmen, in erster Linie ein Massenprodukt für den Automobilmarkt herstellt (wie seinerzeit Ford), wobei das Model Y eine elektrifizierte Version des Model T darstellt. Aber bei Tesla geht es nicht um Autos. Es

handelt sich vielmehr um die Vision elektrischer Autonomie im Zeitalter von Naturkatastrophen, Kriegen und sozialer Instabilität. Musk hat es verstanden, die aktuelle weltweite Skepsis gegen vernetzte Lieferketten zu nutzen und ein maßgeschneidertes Modell der Unabhängigkeit anzubieten, das von der nationalen Ebene bis hin zum Privathaushalt reicht. Der Wechsel vom Roadster zum Cybertruck markiert den Wandel von einer strahlend grünen Zukunft mit CO₂-neutralem Konsum hin zu einer düsteren Zukunft mit Klimakollaps und Überlebenskampf. Im Idealfall bedient der Muskismus den Wunsch nach territorialer Abschottung gegen Katastrophen von außen, innere wie äußere Feinde und andere unerwünschte Elemente. In einer Welt der Rückverlagerung von Produktionsstätten und der Wiederaufrüstung bietet der Muskismus eine globale Infrastruktur für nationale Projekte.

Diese Weltanschauung findet sich auch in seinem Bekenntnis zur vertikalen Integration, einem Industriemodell, das für unser Zeitalter der Deglobalisierung wie geschaffen ist. Seit Jahrzehnten versucht Musk, die Produktion so weit wie möglich in seinen eigenen Unternehmen zu konzentrieren, um so die Abhängigkeit von externen Zulieferern zu verringern. Der Muskismus betrachtet die Fabrik nicht als Knotenpunkt in einem globalen Produktionsnetzwerk, sondern als Enklave. Diese Strategie war zwar unvereinbar mit der gängigen Meinung der 2000er Jahre, dem Jahrzehnt, in dem Musk SpaceX gründete und CEO von Tesla wurde, doch in den 2020er Jahren hat sie sich als weitblickend erwiesen, da „eine Reihe von Krisen in den Bereichen Finanzen, Gesundheit, Energie und Geopolitik [...] die Risiken einer auf die Spitze getriebenen globalen Integration sichtbar gemacht hat“, um die Worte des kanadischen Premierministers Mark Carney beim jüngsten Weltwirtschaftsforum in Davos zu zitieren.

Ein weiteres gängiges Missverständnis lautet, dass sich Musk von anderen Tech-Milliardären dadurch unterscheidet, dass er sich vorrangig für technische Aspekte und die Herstellung *realer* Produkte interessiert und weniger für die abstrakte Welt von Websites und Plattformen, wofür etwa Mark Zuckerberg steht. Es gibt gute Gründe, dem zuzustimmen: Schließlich hat Musk die Entwicklung wiederverwendbarer Raketen vorangetrieben, den Himmel mit Satelliten gefüllt, Elektrofahrzeuge massentauglich gemacht, Schnittstellen zwischen Gehirn und Computer entwickelt und sich mit den Herausforderungen beim Bau gigantischer Tunnel zur Bekämpfung von Verkehrsstaus auseinandergesetzt.

Doch Musks eigentliches Augenmerk gilt zunehmend der Online-Welt und ihren „kybernetischen Kollektiven“. Etwa

seit 2015 und insbesondere seit seiner Übernahme von Twitter im Jahr 2022 betrachtet Musk das Geschehen im Internet nicht mehr als bloßes Spiegelbild der Offline-Welt oder als Nebenaspekt, sondern als zentralen Schauplatz für die Zukunft der Menschheit. Weit entfernt von einer nüchternen materialistischen Sichtweise glaubt er bedingungslos an die Macht von Memes und Gegen-Memes, die alles menschliche Handeln lenken sollen. Seit 2023 ist er davon besessen, die KI von „woken Viren“ zu säubern. Da die „Intelligenz“ großer Sprachmodelle aus dem Datensatz stammt, mit dem sie trainiert werden, ist es eher schwierig, ihre Ergebnisse an bestimmte politische Ansichten anzupassen. Mit Grok, einer Serie „anti-woker“ KI-Modelle, hat Musk verschiedene Ansätze ausprobiert – von der Integration von Grok in Grokipedia (einer rechtsgerichteten Version von Wikipedia) bis hin zur Anstellung menschlicher Datenannotatoren, die das Modell anleiten sollen, politisch korrekte Antworten in seinem Sinn zu geben.

Musks buchstäblich wortwörtlicher Glaube an die Macht des Internets ließe sich als „memetischer Determinismus“ beschreiben. Ihm zufolge spiegelt das Internet nicht nur die Welt wider, sondern ist im Lauf des letzten Jahrzehnts zur eigentlichen Welt geworden. Offline-Prozesse sind den Ereignissen im Web nachgeordnet, insbesondere auf seiner eigenen Plattform, die er häufig zugunsten seiner eigenen politischen Präferenzen manipuliert. Dieser Glaube ist mehr als eine bloße Laune, denn eine weitere Gemeinsamkeit zwischen Musk und Ford liegt in der extremen Illiquidität ihres persönlichen Vermögens. Fast das gesamte Vermögen von Ford bestand aus seinen eigenen Aktien, die noch fast ein Jahrzehnt nach seinem Tod in Privatbesitz blieben. Im Gegensatz zu anderen Magnaten wie John D. Rockefeller und Andrew S. Mellon hatte Ford sein Portfolio nicht diversifiziert, und er hielt sich von der Wall Street fern, die er als Domäne von Parasiten betrachtete – insbesondere von Juden. Musk ist, was die Zusammensetzung seines Vermögens betrifft, ähnlich eigenwillig. Sein Portfolio besteht fast ausschließlich aus Aktien seiner eigenen Unternehmen. „Würden Tesla und SpaceX bankrott gehen, würde auch ich sofort bankrott gehen“, sagte er in einem Interview.

Das ist der Schlüssel zum Verständnis der politischen Ökonomie des Muskismus. Sein Wirtschaftsmodell beruht nicht auf planmäßiger Produktion oder langfristiger Rentabilität, sondern auf der permanenten Verkündung maßloser Versprechen – von bevorstehenden technologischen Durchbrüchen, der Rettung des Planeten und finanziellen Supergewinnen. Diese Verheißungen treiben dank der Aufmerksamkeit, die sie erregen, die Aktienkurse in die

Höhe. Da ein Aktienkurs nichts anderes ist als der Preis, den Menschen an einem bestimmten Tag zu zahlen bereit sind, kann er sich sehr schnell ändern – was bei Tesla mit täglichen Schwankungen um 10 Prozent oder mehr häufig der Fall ist. Die Blase muss aufgebläht bleiben. Im Lauf der Zeit hat sich diese Strategie zu einer regelrechten Kontrolle über die Mittel zur Verbreitung von Narrativen entwickelt: Musk hat eine globale Medienplattform einfach deshalb erworben, um den Glauben an seine eigenen zukünftigen Erfolge zu verbreiten.

Im Großen und Ganzen lassen sich die wichtigsten Elemente des Akkumulationsregimes à la Musk wie folgt zusammenfassen:

- Verschmelzung mit dem Staat durch die Monopolstellung bei der Erbringung essenzieller Leistungen;
- Konzentration der Produktion unter vorrangiger Berücksichtigung von Resilienz, Unabhängigkeit und Kontrolle;
- Verkauf einer Technologie im Interesse nationaler und individueller Autonomie in einer feindlichen Welt von nicht-weißen „Anderen“;
- Vorantreiben der Digitalisierung, um alles programmierbar zu machen, auch und vor allem das menschliche Gehirn.

Doch wie sieht es mit dem Regulationsmodus aus? Welchen Gesellschaftsvertrag kann der Muskismus anbieten? Was ist sein Pendant zum Wohlstand für alle (wörtlich: dem „Huhn in jedem Topf“) und zum generationsübergreifenden sozialen Aufstieg, den der Fordismus versprochen hat? Oder zu den Verheißungen des Postfordismus mit seinen ständig neuen Definitionen des idealen Konsumenten und den adrenalingeladenen Zyklen zwischen Hoffnung und Verzweiflung – in einer von Finanzmärkten dominierten Wirtschaft, die dem Motto „The winner takes it all“ folgt?

Ein Aspekt des Postfordismus, den der Muskismus übernommen hat, ist die Möglichkeit, in bescheidenem Rahmen an der Bereicherung der Kapitalisten teilzuhaben, indem man Aktien im privaten Portfolio oder Pensionsfonds hält. Tesla-Investoren sind bekanntlich sowohl der Marke als auch Musk persönlich treu ergeben. Ihre Loyalität äußert sich online, wo sklavisches Ja-Sagen („reply-guys“) Schlange stehen, um die Einsichten des Meisters zu preisen oder die neuesten Nachrichten über den Erfolg seiner Unternehmungen zu posten. Seit Musks Übernahme von Twitter und dessen Umwandlung in X ist ein kostenpflichtiges Abonnement mit dem blauen Häkchen verbunden, das einst Journalisten, Politikern, Handelsmarken und anderen vorbehalten war. Es ist zu einem Symbol der Hingabe

an Musk geworden, die durch eine bessere Platzierung der Postings im Algorithmus belohnt wird. Abonnenten können mit ihren Feeds sogar Geld verdienen. Retweets und die Anzahl der Aufrufe sorgen nicht nur für einen Endorphin-Kick, sondern lassen sich buchstäblich zu Geld machen. Musks treueste Anhänger prahlen regelmäßig mit ihren monatlichen Einnahmen, die sie durch ihre Anbiederung lukrieren. Wer mitspielt, hat die Chance, in den inneren oder zumindest in den äußeren Kreis der Fangemeinde aufgenommen zu werden.

Kurz gesagt bietet der Muskismus anstelle eines Gesellschaftsvertrags einen Fanvertrag an. Durch den Beitritt zur Fangemeinde erhält man Zugang zu einer privilegierten Sphäre exklusiver und finanzialisierter Kommunikation. Doch wie weit kann das gehen? Die Anziehungskraft des Fanvertrags hat ihre Grenzen. Dessen Regulationsmodus ist nicht mit den Modellen des Fordismus oder Postfordismus vergleichbar. Betrachtet man Musks Einstieg in die hohe Politik mit der DOGE-Initiative zu Beginn des Jahres 2025 als eine Art Probelauf für seinen Regulationsmodus, so war das Ergebnis alles andere als ermutigend für ihn. Musk wollte Washington davon überzeugen, dass der (angeblich) äußerst fehlerhafte Programmcode der Bundesregierung umfangreicher Korrekturen bedürfe. Er schlug Massenentlassungen sowie die willkürliche Zerschlagung „woker“ Behörden und Programme vor. Doch der Muskismus scheiterte, als er einen Angriff auf die Sozialversicherung und Medicare ins Auge fasste. Musk sah sich öffentlicher Empörung ausgesetzt und verließ Washington. Als Regulationsmodus war der Muskismus noch nicht reif für die nationale Bühne.

Da es Musk nicht gelungen ist, andere gesellschaftliche Akteure davon zu überzeugen, dass sein Höhenflug auch sie mitreißen würde, ergeht er sich in hysterischen Warnungen vor einer drohenden Flut von „Fremden“. Themen wie der Bevölkerungsrückgang in Europa und der „Völkermord an den Weißen“ ziehen sich wie ein roter Faden durch seine täglichen und oft stündlichen Posts. Hier lässt sich am ehesten eine halbwegs schlüssige Ideologie ablesen, die weitgehend dem Vokabular der europäischen extremen Rechten entnommen ist. Die nicht-weiße Welt ist sowohl Feindbild als auch Spielball. Ihre Angehörigen drängen in die Industriestaaten, um „unsere“ Güter zu plündern und „unsere“ Frauen zu schänden – und werden dabei von den Mitte- und Mitte-Links-Parteien des Westens ermuntert, die im Rahmen des sogenannten „großen Austauschs“ zukünftige Wähler importieren. Als Reaktion darauf ruft Musk zur „Remigration“ auf, also zur Massenabschiebung nicht-weißer Einwohner.

Das ist die Kehrseite des Regulationsmodus à la Musk: die Vision von einer Gesellschaft, wo geteilter Wohlstand durch rohe Gewalt ersetzt wird. Wer innerhalb der Mauern des abgeschotteten Westens lebt, bekommt einen Fanvertrag, und wer als illegal gilt, wird abgeschoben. Nach dem Auslaufen des fordistischen Industriemodells und der postfordistischen Globalisierung mit ihren Ausgliederungen stellt der Muskismus eine von allen unerwünschten Elementen gesäuberte Gemeinschaft der Überlebenden in Aussicht.

Doch auch hier hat der Muskismus Mühe, breitere Unterstützung zu finden. Musk selbst war bei seinen politischen Interventionen außerhalb der Vereinigten Staaten erstaunlich erfolglos. Selbst seine Bündnisse mit rechtsextremen Parteien in Europa sind nicht spannungsfrei. Es fällt Parteien, die auf die Souveränität ihres Landes pochen, wie dem französischen Rassemblement National, den Fratelli d'Italia und sogar der AfD in Deutschland, schwer, einem Ausländer, der sich in die Innenpolitik einmischen will, allzu großes Vertrauen entgegenzubringen. Als Musk in Großbritannien an Nigel Farage herantrat, winkte Farage ab.

Ein weiterer Konfliktherd für den Muskismus sind die sozialen Bewegungen, wie jüngst in Minneapolis. In vielerlei Hinsicht waren die Ausschreitungen der Einwanderungsbehörde ICE ein Paradebeispiel für einen Muskismus in Aktion. Schwer bewaffnete Beamte, ausgestattet mit Datenanalysesystemen und Gesichtserkennungssoftware, setzten modernste Technologie ein, um unerwünschte Migranten abzuschieben und ihre „woken“ Unterstützer zu bestrafen. In einzelnen Stadtvierteln in Minneapolis reagierte die Bevölkerung mit Massenprotesten und konnte unter großem persönlichem Risiko die Operation der ICE erfolgreich verhindern. „Schützt unsere Nachbarn“, lautete ein populärer Slogan. Diese Auffassung von Souveränität ist dem Muskismus völlig fremd, denn in Minneapolis ging es nicht um Raketen, Gigawatts oder Gigabits, sondern um den kollektiv geäußerten Wunsch nach einer gemeinsamen Zukunft.

Für die Regulationsschule war der Klassenkampf der Motor der Geschichte. Er trieb den Kapitalismus von einer Entwicklungsstufe zur nächsten. Da sich die Arbeiterklasse der Ausbeutung widersetzte, waren die Kapitalisten gezwungen, neue Methoden zu finden, um sich die Akzeptanz breiter Teile der Bevölkerung zu sichern. So entstanden in Reaktion auf das Aufkommen sozialer Konflikte verschiedene Regulationsmodelle, um die Konflikte durch Kompromisse oder durch Vereinnahmung zu entschärfen.

Musk und seine Mitstreiter haben das Glück, in einer

Zeit zu leben, in der es so gut wie keine Akteure gibt, die ihre Vormachtstellung in Frage stellen könnten. Die Arbeiterklasse hat praktisch aufgehört, als organisierte Kraft zu existieren, und politische Parteien können ohne Druck von unten keine nennenswerte Opposition gegen den Muskismus leisten. Das hat eine paradoxe Situation zur Folge. Einerseits können sich Kapitalisten politischen Einfluss erkaufen und, da kaum Widerstand zu erwarten ist, die Ausbeutung ihrer Beschäftigten verschärfen, aber andererseits fehlt ihnen der Anreiz, ihre radikalsten antisozialen Bestrebungen zu zügeln oder die langfristigen Folgen ihres Handelns zu überdenken.

Der Muskismus ist beispielhaft für diese Tendenz. Während es dem Fordismus und Postfordismus auf unterschiedliche Weise um die Sicherung des sozialen Friedens ging, setzt der Muskismus auf sozialen Krieg. Die relative Schwäche des Regulationsmodus à la Musk ist symptomatisch. Die Arbeiterklasse ist als Gegner so schwach und die Kontrahenten im sozialen Krieg sind so ungleich, dass ein ausgehandelter Frieden überflüssig erscheint. Derzeit scheint diese Strategie aufzugehen. Musk, der reichste Mann der Welt, wird voraussichtlich schon im nächsten Jahr der erste Billionär sein.

Ein hemmungsloser Kapitalismus ist jedoch nicht einmal für Kapitalisten immer von Vorteil. Im Lauf seiner Geschichte hat der Kapitalismus Natur und Gesellschaft fortwährend verändert und zu enormen Umwälzungen geführt. Gleichzeitig benötigen Unternehmen ein geordnetes und berechenbares politisches Umfeld, um agieren zu können. Eine wichtige Erkenntnis der Regulationstheorie besagt, dass der Widerstand der Arbeiterklasse ein solches Umfeld erzwungen und somit paradoxerweise zur Stabilisierung des Akkumulationsprozesses beigetragen hat. Aber ohne Gegenpartei, die Zugeständnisse durchsetzen kann, werden die Kapitalisten so viel Chaos stiften, dass sie letztendlich ihre eigene Akkumulationsfähigkeit untergraben. Der Triumph der Klassenherrschaft à la Musk könnte somit ihren eigenen Untergang besiegeln.

22. April 2026

Quinn Slobodian (@quinnslobodian) ist Professor für Internationale Geschichte an der Boston University und Mitautor von Muskism: A Guide for the Perplexed.

Ben Tarnoff (@bentarnoff) ist Autor und Technologe mit Sitz in Massachusetts und Mitautor von Muskism: A Guide for the Perplexed.

Übersetzung: E. F.



Wer wir sind und was wir wollen

Die Vierte Internationale tritt für die Selbstorganisation der Ausgebeuteten und Unterdrückten zur Abschaffung des Kapitalismus und zum Aufbau eines ökosozialistischen Systems ein. Ihre Mitgliedsorganisationen eint die Überzeugung, dass dies ohne eine tiefgreifende und revolutionäre Umgestaltung der Gesellschaft nicht möglich ist.

Unsere Gründungsprinzipien stehen in der klassischen marxistischen Tradition: Demokratie, „die Befreiung der Arbeiterklasse muß das Werk der Arbeiterklasse selbst sein“; und Internationalismus, „der Sozialismus wird international sein oder er wird nicht sein“. In unserer Resolution von 1985 haben wir diese Prinzipien den neuen Herausforderungen angepasst.

Die Vierte Internationale ist auf allen fünf Kontinenten mit Organisationen in über 40 Ländern vertreten. Ihre Genoss*innen beteiligen sich am Klassenkampf und bauen soziale Bewegungen und Parteien auf, um die Schaffung einer revolutionären und emanzipatorischen Organisation für das 21. Jahrhundert voranzutreiben.

Als demokratische politische Strömung kommt sie alle sieben bis acht Jahre zu einem Weltkongress zusammen, auf dem ihre regelmäßig rechenschaftspflichtigen Führungsgremien gewählt werden: das Internationale Komitee als politische Führung und das Exekutivbüro.

Die Vierte Internationale unterhält ein internationales Forschungs- und Schulungsinstitut in Amsterdam (IIRE), das auch Kongresse in Asien unterstützt und politische Schulungen mit jährlichen Intensivkursen für Aktivist*innen aller Altersgruppen anbietet. Das IIRE organisiert auch Seminare zu Ökologie, Frauenbewegung, Wirtschaft, Rassismusbekämpfung, LGTBQ und anderen Themen, in denen Aktivist*innen aus der ganzen Welt aus ihrer Praxis berichten, um unsere Analyse dieser Themen zu vertiefen und unsere kollektive Praxis zu stärken.

Die Vierte Internationale führt jedes Jahr ein internationales Jugendlager durch, das von den Jugendorganisationen ihrer europäischen Sektionen selbstorganisiert wird und jedes Jahr in einem anderen europäischen Land stattfindet.

<https://fourth.international/>

ELON MUSK – EIN REAKTIONÄRER TECHNOKING

Quinn Slobodian und Ben Tarnoff, *Muskismus*. Aufstieg und Herrschaft eines Technoking, aus dem Englischen übersetzt von Stephan Gebauer, Berlin: Suhrkamp Verlag, 2026, (edition suhrkamp. Sonderdruck). – 281 S., ISBN 978-3-518-00131-8, € 22,00

■ Friedrich Dorn

Kaum glaublich, aber wahr: „Technoking“ ist keine Schmähung, diese Bezeichnung hat Elon Musk für sich selber gewählt: 2021 wollte er nicht mehr der CEO (Chief Executive Officer, in etwa: Generaldirektor) von Tesla sein, „von nun an nannte er sich ‚Technoking‘“ (S. 224).

In diesem Buch soll es nicht nur um die Person von Elon Musk gehen, sondern vor allem um das Phänomen „muskism“, also das mit seinem Namen verbundene „Modernisierungsprojekt Muskismus“ (S. 12, sie interessierten sich auch „für die historischen Kräfte, die seine Handlungen prägen“ (S. 13). Über die Persönlichkeit Musks, des reichsten Mannes der Welt, der 1971 in Pretoria geboren wurde und seit 1994 in den USA lebt, gib es bereits eine ganze Reihe von kritischen Werken. Eines der interessantesten und vielleicht das beste, das es auf Deutsch gibt, hat der Filmkritiker, Publizist und scharfsinnige Analytiker von „Lebenswelten im Neoliberalismus“ Georg Seeßlen veröffentlicht.

So wie es bei dem Begriff Fordismus um mehr als Autos vom Fließband ging, sondern um ein „Synonym für den Kapitalismus des 20. Jahrhundert, der die Massenproduktion mit dem Massenkonsum verknüpfte“, verstehen sie den Muskismus als „ein potenzielles Betriebssystem für das 21. Jahrhundert“ (S. 7/8).

Quinn Slobodian und Ben Tarnoff stellen unter vielem anderem dar, wie Musk mit der neu eingerichteten Organisation „Department of Government Efficiency“ (DOGE) seinen Traum von einer reaktionären Technokratie verwirklichen wollte, „in der die Ingenieure die

Gesellschaft wie eine Werkshalle disziplinieren würden“. „Aber die Gesellschaft ist keine Fabrik. (...) Im Bemühen, ein Cyborg-Konzept der Optimierung zu verwirklichen, musste Musk feststellen, dass Menschen keine programmierbaren Einheiten sind und dass die Funktion des öffentlichen Sektors eben darin besteht, Güter anzubieten, die der Privatsektor nicht anbieten kann oder will.“ (S. 220) Mit diesem Projekt ist Musk also gescheitert ... zum Teil: „Als der Widerstand wuchs, wurde Musk zum Sündenbock, aber an vielen Änderungen hielt die Regierung fest. Die vielleicht wichtigste Veränderung war die Ausweitung der Möglichkeiten der Bundesverwaltung zur Überwachung der Bevölkerung dank der von DOGE bewältigten Datenintegration.“ Der Muskismus erwies sich „als Instrumentarium, das den Regierenden zur Verfügung stand.“ (S. 220/221)

Der kanadische Historiker Quinn Slobodian, der seit 2024 eine Professur an der Boston University hat, befasst sich mit der Epoche des Kalten Kriegs und dem Neoliberalismus. In zwei früheren Büchern, die ebenfalls bei Suhrkamp auf Deutsch vorliegen, hat er den „Zersplitterungskapitalismus“, die Projekte von „Libertären“ und unter anderem die Bildung von abgeschotteten Zonen analysiert, die durch „sanfte Sezession“ Versuchen der Regulierung von Nationalstaaten und Regierungen entzogen werden sollen.

Überlegungen, was einem Elon Musk entgegengesetzt werden kann, wie seine Unternehmen nicht bloß kosmetischer gesellschaftlicher Kontrolle unterworfen werden können, wie er und seinesgleichen zu entmachten und zu enteignen sind, darf man von diesem Buch nicht erwarten. Was es bietet, ist eine detaillierte, kenntnisreiche, düstere Darstellung von Macht, Werdegang und Größenwahn eines einflussreichen, gefährlichen, immer wieder unberechenbaren Mannes mit „manischen Sinn für Dringlichkeit“, mit einer Sprache von rechtsextremer Gewalt, Verkörperung eines frankensteinischen Monsters des heutigen Kapitalismus.

GEDANKEN ZUM UMBAU DER STÄDTE IM INTERESSE DER MENSCHEN

In unserer Reihe zum *Manifest der IV. Internationale* geht der folgende Beitrag auf einen weiteren Abschnitt des Kapitels „Grundzüge einer ökosozialistischen Alternative zum kapitalistischen Wachstum“ ein.

■ Michael Lorenz

Die Existenz der Städte lässt sich bis circa elftausend Jahre vor u. Z. belegen. Jericho, Byblos, Damaskus oder Aleppo zählen dabei zu den ältesten Städten.

Stadtentstehung und Entwicklung im Laufe der Jahrhunderte

Der Bau bzw. dessen Umbau diente, damals wie heute, nicht immer dem Allgemeininteresse, sondern meist bestimmten kleinen Interessengruppen, denen dies wirtschaftliche Vorteile bzw. Privilegien verschafft(e).

Meist gründeten sich die Städte nicht aus landwirtschaftlichen Dörfern heraus, sondern infolge ihrer besonderen Lage, da sie oft im Kreuzungsbereich viel benutzter Handelswege, günstig gelegener Versorgungsstrukturen, an strategisch wichtigen Punkten lagen oder über bedeutende Rohstoffe verfügten.

Die an diesen Orten im Laufe der Zeit erarbeiteten Überschüsse führten zur Arbeitsteilung und Spezialisierung, so dass sich typische Handels- und Handwerksberufe herausbildeten und allmählich eine städtische Ökonomie entstand, die sich durch ihre Vielseitigkeit von der ländlichen unterschied.

In Europa gründeten sich die meisten Städte in der Zeit zwischen dem 11. und 13. Jahrhundert und waren oft in einem ausgedehnten Handelsnetz miteinander verbunden,

entwickelten und vergrößerten sich auf diese Weise, erlitten allerdings auch größere Bevölkerungsverluste durch Hungersnöte, Pest und Krieg (z. B. im 30-jährigen Krieg von 1618 bis 1648).

Durch die im Zeitraum zwischen dem 15. zum 16. Jahrhundert erfolgten Erfindungen (z. B. der Buchdruck), Entdeckungen (z. B. Amerika) oder auch die Reformation erfuhren die Städte mittelfristig tiefgreifende Veränderungen, die sich mit dem beginnenden weltweiten Handel und der Gründung von Kolonien fortsetzte. So wurde z. B. der Bau von Amsterdam durch eine rigide Stadtplanung konsequent nach den Erfordernissen der Kaufleute geplant, um für den Umschlag und die damit verbundenen Handelsbeziehungen optimal gerüstet zu sein.

Mit der beginnenden Industrialisierung, unter anderem hervorgerufen durch weitere Erfindungen wie z. B. die Dampfmaschine und dem mechanischen Webstuhl, veränderten sich die Strukturen der Städte erneut. Mit der sich wandelnden Produktionsweise entstanden, meist auf unbebautem Gelände und oft auch ohne Wohnbevölkerung, Fabriken mit qualmenden Schornsteinen und Lagerhäusern. Diese neue Art zu produzieren, zwang einen Teil der Gewerbetreibenden, die in der Regel bisher ihren Beruf in ihrem Wohnhaus in der Stadtmitte betrieben, entweder der Konkurrenz zu weichen und den bisherigen Broterwerb

aufzugeben oder selbst im industriellen Maßstab in einem anderen Stadtteil zu produzieren.

Durch die rigorose Ausbeutung von Mensch und Natur, mit einer stetig wachsenden Stadtbevölkerung, entstanden in den Städten Verhältnisse, die zeitweise, wie z. B. in London, als „ein volksverschlingender Moloch“⁴¹ existenzbedrohend wurden. Aufgrund der sogenannten „Public Health Movement“ erfolgten schließlich gesetzlich vorgegebene und zielgerichtete Verbesserungen durch den Bau zentraler Wasserversorgungssysteme sowie die notwendige Entsorgung der Fäkalien über Kanalisationen.

Die beginnende und rücksichtslose Industrialisierung bescherte den meisten Städten nicht nur unhaltbare Zustände, sondern führte, bedingt durch zunehmende Luftverschmutzung und weitere gesundheitlicher Beeinträchtigungen, dazu, dass Personen, die davon betroffen waren und es sich leisten konnten, dem entflohen. Auf diese Weise zeigte sich der krasse Klassengegensatz nicht nur im Arbeitsleben, sondern dokumentierte dies auch mit den oft scharf voneinander getrennten Arbeiter- bzw. Villenvierteln.

Die hauptsächlich durch die industrielle Entwicklung und den damit einhergehenden Veränderungen einzelner Wirtschaftszweige, löste eine gravierende Landflucht aus. Zu Beginn des 19. Jahrhunderts lebten nur ca. 5 % der Gesamtbevölkerung in den Städten, um die Jahrhundertwende waren es bereits gut 20 % und heute sind es über 70 %, die in den derzeit 50 Großstadregionen Deutschlands² leben.

Angesichts zunehmender Einwohnerzahlen und damit verbundener steigender Versorgungs- und Verwaltungsaufgaben mussten sich Stadtverwaltungen professionalisieren. Deutschland wurde in dieser Hinsicht ein Vorbild. „Mit hohem professionellem Ethos“ und neuzeitlicher Technik wurde „ein auf umfassende Daseinsfürsorge der Stadtbewohner ausgerichtetes Leitbild“⁴³ entwickelt, sodass Verbesserungen in der Wasser- und Energieversorgung, im Nahverkehrsreich und im Gesundheitswesen Einzug in die Städte hielt.

Auf diese Weise etablierte sich nach und nach eine bezahlte „Herrschaft der Experten“ und löste damit weitgehend ehrenamtliche Tätigkeiten ab (z. B. Bürgermeister⁴⁴). Diese Experten waren dem Stadtrat, einem Gremium, das in der Regel schon jahrhundertlang vom Besitzbürgertum dominiert war, verpflichtet und von ihm mehr oder weniger abhängig.

Stadtentwicklung seit dem 20. Jahrhundert

Eingangs des 20. Jahrhunderts entwickelte sich ein internationaler Reformkonsens, der erkannte, dass dicht besiedelte Wohnviertel, mit nicht zeitgemäßer Sanitärtechnik, wenig Natur und schlechter Luft, den Menschen abträglich waren.

In Großbritannien entstand die Idee einer „Garden City“⁵, die den Missständen in den Ballungszentren entgegenwirken sollte und in vielen Ländern Anklang fand. In Deutschland setzten sich diese Ideen z. B. in Dresden oder in Essen durch. Dort entstanden Werkssiedlungen für Fabrikarbeiter⁶.

Während die Folgen des Ersten Weltkrieges zwar Nachkriegschaos, Mangelwirtschaft, Wohnungsnot und politischen Umbruch brachten, war das Resultat nach dem Zweiten Weltkrieg umso verheerender. Gut 4,8 Millionen Wohnungen⁷ sowie viele andere Gebäude waren nur noch Schutt und Asche. Viele Großstädte verloren mehr als 50 % ihres Wohnbestandes.⁸ Der Wiederaufbau musste unter den Bedingungen einer dezimierten Bevölkerung, großen Entbehrungen und einem Flüchtlingsstrom von über elf Millionen Menschen bewerkstelligt werden.

Der Wiederaufbau in Ost und West erfolgte nach unterschiedlichen Kriterien:

In der DDR wurde zuerst mit der Trümmerbeseitigung und kleinteiligem Wiederaufbau begonnen, da hohe Reparationszahlungen an die Sowjetunion nicht genügend Mittel für größere Projekte übrigließen. Ab 1955 wurde nach den „Sechzehn Grundsätzen des Städtebaus“⁹ neu gebaut, so dass auf diese Weise Stadtzentren größerer Städte teils mit monumentalen Gebäuden und neuen Stadtteilen errichtet wurden und als politische und kulturelle Mittelpunkte dienen sollten.

In der BRD orientierten sich die Aufbaupläne einerseits an der intakt gebliebenen Infrastruktur, historischen Stadtkernen (z. B. Münster/Nürnberg) sowie den Eigentumsverhältnissen. Andererseits sollte eine grundlegende Modernisierung mit großzügigen Neubauten (z. B. Kassel) erfolgen, die zur Folge hatte, dass vorhandene Altbausubstanz großflächig abgerissen wurde¹⁰ und schon bald die Stadtgestaltung sich den Erfordernissen des zunehmenden Autoverkehrs unterwerfen musste (z. B. Hannover).

Die drückende Wohnungsnot, in Ost und West, führte von 1950 bis ca. 1970 zu Trabantenstädten. Sie zeichneten sich durch dichte, hochgeschossige, homogene Bebauung und geringe Attraktivität aus, umfassten mindestens 1 000, mehrfach auch über 2 500 Wohneinheiten, waren aber nicht nur dem sozialen Wohnungsbau verpflichtet.¹¹ Diese Siedlungen mit ihrer besseren Wohn- und Lebensqualität bewohnten meist junge Familien der Mittelschicht. In den „unsanierten Altbauwohnungen blieben vor allem viele sozioökonomisch schwächere Bewohner, Ausländer, Ältere oder Arbeitslose, aber auch Althausbesitzer aus der Mittelschicht zurück.“¹²

Nicht nur die Großsiedlungen formten das Stadtbild auf neue Weise, sondern auch die beginnende Massenmoto-

risierung. Breitere Straßen, Stadtautobahnen, Parkhäuser und -plätze sollten eine freie Bahn für angeblich freie Bürger ebnen. Diese Art des Bauens stieß in den 70er Jahren auf erheblichen Widerstand aktiver Minderheiten, „die sich gegen Kahlschlagsanierungen wehrten, Häuser besetzten und nachdrücklich Beteiligung an Stadtplanung und Stadtgestaltung einforderten.“¹³

1975 sollte das Denkmalschutzjahr mit einem Leitbildwechsel für die weitere Bebauung der Städte werden. Statt einseitige Flächensanierung, die auf Abriss setzte, sollte eine behutsame und bewahrende Stadterneuerung „mit einer neuen Wertschätzung historischer Bausubstanz“¹⁴ einhergehen.

Dieser Architekturansatz hinderte jedoch nicht eine breitere Mittelschicht, die einen gewissen Wohlstand erlangte, aus den Innenstädten wegen zu hoher Mieten zu „fliehen“. Bezahlbare Mobilität begünstigt(e) diesen Prozess der Stadtflucht¹⁵. Diese Art des Wohnens wirft jedoch ökonomische, ökologische, demographische und soziale Probleme auf.

Die quadratkilometerweise aus Beton und Asphalt bestehende flächenmäßige Ausdehnung der Städte führt(e) zur Versiegelung unbebauter Flächen sowie zu einer Zunahme des Autoverkehrs. Denn der Weg zum Arbeitsplatz oder zum Einkauf, bedingt durch schlechte ÖPNV-Anbindungen oder Bequemlichkeit, wird nun über längere Strecken mit dem Auto zurückgelegt. Zudem erfolgt(e) auf diese Weise eine soziale Entmischung der Bevölkerung, da ältere und ärmere Bevölkerungsschichten im Stadtkern zurückblieben bzw. -bleiben.

Die Stadt heute

Dieser kleine und sicherlich unvollständige Rückblick in die Entwicklung der Städte, versucht einige Faktoren zu benennen, die die heutigen Städte formten. Da der Zuzug in die Städte oder in deren Nähe nach wie vor lockt, könnte eine Schlussfolgerung sein, dass dort sämtliche Bedürfnisse zufriedenstellend erfüllt werden. Die geschaffene Infrastruktur mit ihrer umfangreichen Warenproduktion und Versorgung ist verheißungsvoll. Arbeitsplätze, kurze Wege, soziale Nähe, kultureller Austausch, gesundes Leben und was der Mensch sonst noch benötigt scheint garantiert zu sein.

Ist dem so? Leider kann das generell nicht bejaht werden, denn nur, wenn genügend Geld mit entsprechendem Einfluss aufgeboten wird, lassen sich diese Ideale verwirklichen. Die Realität sieht oft anders aus. Einige Beispiele:

■ Fast 2 Millionen bezahlbare Wohnungen¹⁶ in entsprechender Größe fehlen, u. a. weil die Zahl mietpreis- und

belegungsgebundener Wohnungen sinkt bzw. nicht entsprechend dem Bedarf nachgebaut werden.

■ Gut 12 % der Menschen leben in zu kleinen Wohnungen, während Ältere auf kleinere Wohnungen angewiesen sind, aber diese nicht finden.¹⁷

■ Gestiegene Lebenshaltungskosten und Mieten belasten die Mehrzahl der Menschen.

■ Verelendung und Verwahrlosung, hervorgerufen u. a. durch Arbeitslosigkeit, Überschuldung – jüngere Menschen sind davon besonders betroffen¹⁸ – Obdachlosigkeit und Drogen nehmen zu.

■ Die soziale Polarisierung wird dadurch größer; die Stadtgesellschaft driftet auseinander.

■ Hektik, Lärm und soziale Anonymität erhöht die Zahl der psychischen Erkrankungen.

■ Hitzebelastungen, Wassermangel, Starkregen, auftretende Überflutungen oder schlechte Luftqualität durch Schadstoffemissionen rufen unnötige Krankheiten hervor und verkürzen die Lebenserwartung.

■ Das Ladensterben, das zunächst nur kleinere Städte betraf, hat inzwischen auch die Großstädte erfasst.

■ Die Verschuldung der Städte erreicht neue Höchststände, mindert deren Handlungsfähigkeit, schränkt die Lebensqualität ein und führt zu Steuererhöhungen.

Die Liste solcher Missstände ließe sich unbegrenzt fortsetzen. Wie kann dem begegnet werden? Wie könnte eine lebenswerte Stadt aussehen und unter welchen Bedingungen wäre sie zu verwirklichen?

Die Wohnungsfrage scheint dabei das dringendste Problem zu sein. Sogenannte Experten liefern hierfür jede Menge „Lösungen“, die zu mehr Wohnraum führen würden. So soll z. B. die Bürokratie samt ihren Bauvorschriften abgebaut, serielles Bauen eingeführt und zusätzliches Bauland erschlossen werden und durch verschiedene Kostenvergünstigungen beim Grunderwerb könnte sich die Eigenheimquote erhöhen.

Diese hinlänglich bekannten Argumente werden das Problem nicht lösen, denn zum einen ist die breite Masse der Menschen finanziell nicht in der Lage, Wohneigentum zu erwerben, zum anderen garantiert der Abbau von Bürokratie und die Lösung sonstiger Parameter noch lange nicht den Bau von energieeffizienten Wohnungen zu einem günstigen Mietpreis.

Einige Lösungsansätze für den Umbau der Städte

Verschiedene Forderungen zur Lösung der Wohnungsfrage weisen in eine andere, richtige Richtung, z. B. Zweck-

entfremdungsverordnungen, Sanktionen bei längerem Wohnungsleerstand, Enteignung von Schrottimmobiliien oder die Festlegung von Milieuschutzgebieten, um die bisherige Wohnbevölkerung im Quartier zu halten. Sie stellen zwar die bestehenden Eigentumsverhältnisse nicht grundsätzlich infrage, lassen sie aber auch nicht unberührt.

Besonderes Aufsehen verursachte 2021 der Volksentscheid in Berlin, bei dem eine Mehrheit der Bevölkerung für die Vergesellschaftung von Wohnungskonzernen mit mehr als 3 000 Wohneinheiten stimmte und der durch die Selbstorganisation einer Mieter:inneninitiative zustande kam. Aktivist:innen anderer Städte griffen diese Idee auf und setzen sich ebenfalls für die genannten Ziele ein.

Auch wenn das angestrebte Ziel noch nicht erreicht wurde, ist festzuhalten, dass sich eine Vielzahl von Menschen der Wohnungsproblematik annahm, sich selbst organisierte, ihr Bedürfnis nach Enteignung zum Ausdruck brachte und entsprechenden Druck auf die herrschenden Verhältnisse ausübte, mit denen sie zumindest in der Wohnungsfrage nicht einverstanden sind.

Angesichts der immer spürbareren Auswirkungen der Klimakatastrophe, die die städtische Bevölkerung wegen der immensen Hitzeentwicklung in den Ballungsräumen¹⁹ besonders hart trifft, ist ein beschleunigter ökologischer Umbau der Städte in Richtung Nachhaltigkeit und Resilienz dringend erforderlich. Dieser kann nur erfolgreich sein, wenn das unter breiter Beteiligung und Umdenken der Bevölkerung erfolgt.

Dies haben schon seit einiger Zeit etliche Initiativen erkannt, die ihre Städte abpflastern bzw. entsiegeln. Diese Bewegung, unterstützt durch öffentliche Förderprogramme und Wettbewerbe (z. B. Hamburg) will nicht nur die Entsiegelung, sondern auch die Wiederbegrünung der Städte erreichen. Denn große Flächen der Städte sind durch Beton, Asphalt oder Pflastersteine versiegelt und heizen dadurch die Städte im Sommer zusätzlich auf, bringen Abwassersysteme bei heftiger werdenden Regenfällen an ihre Grenzen und erweisen sich oft als „unüberwindbare Barrieren für Tiere und Pflanzen“²⁰, deren Lebens- und Reproduktionsraum damit beschränkt wird. Ähnlich wie bei der Bewegung um den Volksentscheid, ergreifen hier Menschen aus innerer Einsicht Aktivitäten, um sich für ein besseres Leben in den Städten einzusetzen.

Auch die Erkenntnis, Dach- und Fassadenbegrünungen vorzunehmen, teils öffentlich gefördert, setzt sich immer mehr durch, denn diese kühlt bzw. dämmt Gebäude, nimmt Wasser auf (ein wichtiges Schwammstadtelement), entlastet die Kanalisation bei Starkregen, fördert den Artenschutz und filtert Feinstaub und sonstige Schadstoffe aus der Luft.

Das Beispiel Kopenhagen verdeutlicht, dass durch öffentlichen Druck Maßnahmen umgesetzt werden können, sich weiterentwickeln und heute als vorbildhaft für die postfossile Verkehrswende zu würdigen sind. Große Teile des fossil betriebenen Verkehrs sind dort aus dem öffentlichen Raum verschwunden, da dem Radverkehr mehr Platz eingeräumt wurde. Treibendes Argument war dabei nicht der Umweltschutz, sondern die Verkehrssicherheit.²¹

In Paris ist ein ähnlicher Trend zu beobachten. Etliche Straßen, meist um Schulen, wurden für den Autoverkehr gesperrt, zehntausende Parkplätze²² in Grünanlagen oder in Fahrradwege umgenutzt und durch eine „Volksabstimmung“ im März 2025 (Beteiligung nur 4,06 %) wurde entschieden, weitere 500 Straßen autofrei zu gestalten. Die vor einiger Zeit angekündigte Pflanzung von 170 000 Bäumen bis 2026 wartet allerdings noch auf ihre endgültige Umsetzung.²³

Ein weiteres Element, das dem Interesse der Menschen dienen würde, ist die Umgestaltung in „15-Minuten-Städte“ wie es z. B. Paris, Kopenhagen oder Barcelona mit seinen Superblocks umsetzen. Dieses Konzept dient dazu, dass der städtische Raum so zu gestalten ist, dass nicht mehr der Verkehr, sondern die Zeit und die lokale Lebensqualität im Mittelpunkt stehen. Die Wohnviertel sind so zu gestalten, dass sich Wohnen, Arbeiten, Einkaufen, Bildung, Gesundheit und Freizeit in einem Umkreis befinden, der zu Fuß oder mit dem Fahrrad innerhalb von 15 Minuten zu erreichen ist. In den verkehrsberuhigten Vierteln soll den Zufußgehenden Vorrang eingeräumt werden und durch die Reduzierung bzw. Nicht-Zulassung des Autoverkehrs sinkt der Lärm, Abgase und Stau werden vermieden und ein sozialer Zusammenhalt könnte befördert werden.

Positive Beispiele bei der Stadtentwicklung zeigen schon heute, dass die Menschen vor Ort, sofern sie tatsächlich in die immer anspruchsvolleren Prozesse der Gestaltung und Reflexion für ihre Wohnungen, Häuser, Hinterhöfe oder ganze Stadtteile mit einbezogen werden, eine wertvolle Hilfe für Gelingen und Akzeptanz sein können. Sie bringen durch andere Sichtweisen, die manchmal utopisch erscheinen, konkrete Vorstellungen mit, von dem was fehlt, was falsch ist, was besser gemacht werden könnte.

Unter Bedingungen, bei denen „die Befriedigung tatsächlicher sozialer Bedürfnisse unter Beachtung der ökologischen Grenzen“²⁴ möglich wird, müssen Fragen der Stadtentwicklung sicherlich von einer breiteren Schicht von Menschen ausgehandelt werden, als es heute der Fall ist. Planungsprozesse sind kooperativ durchzuführen sowie Arbeits- und Entscheidungsstrukturen anders zu gestalten und an die Erfordernisse einer integrierten Planung anzupassen. Dabei

muss die Distanz zwischen Bevölkerung und politischen sowie wirtschaftlichen Eliten, so wie sie heute besteht, überwunden werden. In zukünftigen, den Interessen der Menschen dienenden Städten ist kein Platz für Discounter, große Werbeflächen mit ihrer Informationsüberflutung. Stattdessen werden Räume der Entschleunigung wie z. B. Grünflächen oder Stätten der Begegnung und des Austausches den Menschen ermöglichen, ein weitgehend selbstbestimmtes und erfülltes Leben zu führen.

Vieles könnte und wird sicherlich noch zum Umbau der Städte im Interesse der Menschen geschrieben. Dabei sollten die Erkenntnisse aus der Vergangenheit, aus der Wissenschaft und aus der Einsicht Bertolt Brechts geschöpft werden:

„Ich habe gewusst, dass Städte gebaut wurden. Ich bin nicht hingefahren. Das gehört in die Statistik, dachte ich. Nicht in die Geschichte. Was sind schon Städte, gebaut, ohne die Weisheit des Volkes?“²⁵

1 <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/260058/kleine-geschichte-der-europaeischen-stadt/>

2 <https://www.destatis.de/DE/Themen/Querschnitt/Demografischer-Wandel/Aspekte/demografie-grossstadtregionen.html>

3 <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/260058/kleine-geschichte-der-europaeischen-stadt/#footnote-target-1>

4 Die erste Bürgermeisterin in der Geschichte soll 1887 Susanna Madora Salter gewesen sein. In Deutschland war es 1950 Erika Keck

5 <https://de.wikipedia.org/wiki/Gartenstadt>

6 <https://chcc-kollektiv.de/grossiedlungen-als-chance-teil-01/>

7 https://archiv.nationalatlas.de/wp-content/art_pdf/Band5_88-91_archiv.pdf Angaben zu den Zerstörungen haben eine große Bandbreite. Ähnliches gilt für andere Zahlenangaben.

8 s. Fußnote 6

9 https://de.wikipedia.org/wiki/Die_16_Grunds%C3%A4tze_des_St%C3%A4dtebaus

10 https://link.springer.com/chapter/10.1007/978-3-658-33951-7_3

11 <https://de.wikipedia.org/wiki/Gro%C3%9Fwohnsiedlung>

12 s. Endnote 6

13 <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/260058/kleine-geschichte-der-europaeischen-stadt/#footnote-target-30>

14 <https://www.degruyterbrill.com/de/document/doi/10.1515/dkp-2005-630210/html>

15 Nur 40 % der Menschen in den Großstadtregionen lebten 2022 direkt in den Zentren: <https://www.destatis.de/DE/Themen/Querschnitt/Demografischer-Wandel/Aspekte/demografie-grossstadtregionen.html>

16 <https://www.boeckler.de/de/auf-einen-blick-17945-20782.htm>

17 <https://www.tagesschau.de/wirtschaft/konjunktur/wohnungen-grosse-statistik-100.html>

18 <https://www.tagesschau.de/wirtschaft/verbraucher/schuldneratlas-verschuldung-steigt-100.html>

19 <https://www.ardalpha.de/wissen/umwelt/klima/hitze-stadt-hitzeinsel-klimawandel-sommer-nachhaltiges-bauen-extremwetter-schwammstadt-100.html>

20 https://www.nabu.de/imperia/md/content/nabude/nachbarnatur/241108-nabu-positionspapier_stadtnatur.pdf

21 <https://www.rifs-potsdam.de/de/news/sicherheit-zuerst-was-wir-von-kopenhagen-fuer-die-verkehrswende-lernen-koennen>

22 <https://www.infosperber.ch/umwelt/boden-raum-verkehr/fuer-die-15-minuten-stadt-paris-hebt-70000-parkplaetze-auf/> Vorliegende Zahlen ermöglichen keine genaue Angabe.

23 <https://www.fr.de/panorama/trotz-gruener-versprechen-paris-ist-auf-die-klimakrise-kaum-vorbereitet-94307589.html>

24 <https://intersoz.org/mit-dem-kapitalistischen-wachstum-brechen/>

25 Bertolt Brecht, 1953

NEU bei ISP



IV. Internationale
**Manifest für eine
ökosozialistische Revolution**
Mit dem kapitalistischen
Wachstum brechen!

Herausgegeben von:
BfS (Schweiz), ISO (Deutschland),
SOAL (Österreich)
64 Seiten, 4,00 € zzgl. Porto 2,00 €
2025, ISBN 978-3-89900-161-7

Das kapitalistische Profitstreben vergrößert die soziale Ungleichheit und zerstört unseren Planeten und somit den einzig verfügbaren Lebensraum. Statt sinnlos die Produktion immer weiter und ungeachtet der realen Bedürfnisse voranzutreiben, treten wir für einen demokratischen und revolutionären Sozialismus ein, der den ökologischen und anderen drängenden Herausforderungen gerecht wird.

Das vorliegende Manifest der Vierten Internationale, angenommen auf dem 18. Weltkongress, plädiert für eine andere – ökosozialistische – Gesellschaft und entwirft dafür Übergangsforderungen, die an die jeweiligen Gegebenheiten angepasst werden müssen. Unser zentrales Anliegen hierbei ist, die Kämpfe gegen alle Formen von Ausbeutung, Unterdrückung und Enteignung zusammenzuführen und damit den Erfolg zu ermöglichen.

Neuer ISP Verlag GmbH

Tel.: (0721) 3 11 83

e-mail: neuer.isp.verlag@t-online.de

Internet: www.neuerispverlag.de

NICARAGUA ZWISCHEN SANDINISTISCHER REVOLUTION UND ORTEGA-DIKTATUR

Auf der Basis meiner Dissertation in Politischer Wissenschaft an der Neuen Universität von Lissabon (2025) habe ich ein neues Buch über Nicaragua verfasst, das den Titel trägt: *Nicaragua zwischen Sandinistischer Revolution und Ortega-Diktatur: Vergleich der beiden Regierungsperioden der FSLN (1979 – 1990 und 2007 – 2025) aus einer demokratischen Perspektive.*

■ Matthias Schindler

Die zentrale Fragestellung dieser Untersuchung lautet: Wie war es möglich, dass die FSLN und Daniel Ortega, die einst für die Befreiung ihres Volkes gekämpft haben, aktuell eine brutale Diktatur in Nicaragua errichtet haben?

Der Text behandelt im Wesentlichen die Zeit seit dem Sturz der Somoza Diktatur 1979 bis heute. Sein Schwerpunkt liegt auf der politischen Entwicklung der Sandinistischen Befreiungsfront FSLN und der einmaligen historischen Erfahrung der Sandinistischen Revolution. Das Buch ist eine kritische Untersuchung sowohl der Politik der FSLN in Nicaragua als auch der USA gegenüber Nicaragua unter einer demokratischen Perspektive.

In dieser Untersuchung komme ich zu Ergebnissen, die meine bisherigen Erkenntnisse teilweise bekräftigen, zum Teil aber auch für mich selbst überraschend waren.

Dass die Sandinistische Revolution tatsächlich eine von den breiten Massen getragene Volksrevolution war, hat sich nach intensivem Quellenstudium deutlich bestätigt. Dass der völkerrechtswidrige Krieg der USA gegen Nicaragua die wesentliche Ursache für das Ende der Revolution war, konnte deutlich belegt werden. Dass die aktuelle Diktatur unter Ortega und Murillo keinerlei legale Basis

besitzt und jeglicher Legitimität entbehrt, unterliegt ebenfalls keinerlei Zweifel.

Aber die Bedeutung des bewaffneten Befreiungskampfes für den Triumph über die Somoza-Diktatur muss relativiert und durch zwei zusätzliche Faktoren erweitert werden: die politischen Verhandlungen innerhalb Nicaraguas wie auch international und die Bereitschaft der Bevölkerung, sich massenhaft gegen die Unterdrückung Somozas zu erheben. Der Sandinismus der 1980er Jahre war eine Gesellschaftsform, die den Anforderungen der liberalen Demokratie – auch im Vergleich mit anderen Ländern der Welt – in hohem Maß gerecht wurde. Die angebliche Führungsrolle von Daniel Ortega während des Befreiungskampfes und auch als Präsident während der 1980er Jahre wurde und wird, sowohl von seinen Anhängern als auch von seinen Gegnern, massiv übertrieben. Der eigentliche Strategie des Aufstandes sowie der ersten Regierungsperiode der Sandinisten, und auch weit darüber hinaus, war sein Bruder Humberto Ortega, den er im Jahr 2024 schließlich sogar durch die Verweigerung einer erforderlichen medizinischen Behandlung umgebracht hat.

Die wichtigste Erkenntnis meiner Arbeit besteht jedoch in der Schlussfolgerung, dass das Fehlen interner demokratischer Strukturen innerhalb der Sandinistischen Befreiungsfront einer der wichtigsten Gründe dafür ist, dass die politische und ethische Degeneration der FSLN möglich war und niemals aufgehalten werden konnte. Dieser Prozess wurde auch dadurch begünstigt, dass die Sandinisten programmatisch zwar eine sozialistische Orientierung besaßen, aber Demokratie in der Gesellschaft, und insbesondere auch innerhalb der eigenen Organisation, immer nur als taktisches Instrument ansahen und daraus niemals ein unverzichtbares Grundprinzip gemacht haben.

Wesentliche Aspekte der Untersuchung sind:

■ Systematischer Vergleich Sandinismus (1979–1990) vs. Ortegaismus (2007–2025);

- Diskussion verschiedener Ansätze von Demokratietheorien;
- Darstellung der Theorie und Praxis der FSLN seit ihrer Gründung bis heute;
- Kritische Analyse der Sandinistischen Revolution mit Schwerpunkt auf den Stärken und Schwächen ihrer Demokratie;
- Kritische Analyse des demokratischen Niederganges Nicaraguas unter der erneuten Präsidentschaft Ortegas und der FSLN ab 2007;
- Ausführliche Darstellung der verschiedenen Regierungen und der politischen Regime in Nicaragua (beides ist durchaus nicht deckungsgleich!) seit 1979 bis heute;
- Darstellung und Analyse aller Wahlen und Wahlsysteme seit 1979;
- Wesentliche Verfassungsänderungen zwischen 1979 und 2025.

Matthias Schindler:

Geboren 1952 in Hamburg.

Werkzeugmacher und Maschinenbautechniker.

Betriebsrat und Vertrauensmann der IG Metall 1987 bis 2013.

Studium der Politologie an der Universität Hamburg, Abschluss BA (2017).

Studium der Politologie an der Universidade Nova de Lisboa, Abschluss Promotion (2025).

Seit 1969 Teilnahme an den Protesten gegen den Vietnamkrieg, der Solidarität mit den Befreiungskämpfen im Globalen Süden und der Friedensbewegung.

Seit 1979 Aktivist der Solidaritätsbewegung mit Nicaragua, Gründungsmitglied des Nicaragua Vereins Hamburg und Mitbegründer der Städtepartnerschaft zwischen Hamburg und León (Nicaragua).

Autor in verschiedenen analogen und digitalen Medien mit den Schwerpunkten: internationale Solidarität, Verteidigung der Demokratie, Kampf für den Frieden und Aufrechterhaltung einer sozialistischen Perspektive.

Das Buch ist im Verlag Die Buchmacherei erschienen:
Nicaragua zwischen Sandinistischer Revolution und Ortega-Diktatur

482 Seiten, EUR 20,00

Bestellung unter:

https://diebuchmacherei.de/de_de/produkt/nicaragua-zwischen-sandinistischer-revolution-und-ortega-diktatur/

FÜR DAS JUGENDSOMMERCAMP DER VIERTEN INTERNATIONALEN SPENDEN

In diesem Jahr organisiert die Bewegung für den Sozialismus (BFS/MPS) aus der Schweiz das jährlich stattfindende internationale antikapitalistische Sommercamp der Vierten Internationale. Das 41. Camp findet vom 18. bis 25. Juli 2026 in Süddeutschland statt – zum ersten Mal wieder in Deutschland, nachdem das erste Sommercamp der Vierten 1984 im Schwarzwald stattgefunden hatte.

Auf solch einem Camp treffen sich rund 300 bis 400 junge Menschen bis zu 30 Jahren aus zahlreichen Ländern, vor allem aus Europa (von Portugal bis zu baltischen Ländern), einige kommen von anderen Kontinenten: Asien, Latein- und Nordamerika. Sie diskutieren in Vollversammlungen, Arbeitsgruppen, Treffen zwischen den Delegationen über Sexismus, Ökosozialismus, Revolution, Militarismus, Antifaschismus und vieles andere mehr. An jeden Abend gibt es nach einer Vollversammlung zu einem Tagesthema eine Party mit Musik und Getränken.

Das Camp hat ein solidarisches Finanzierungsprinzip: Menschen, die aus reicheren Ländern kommen, zahlen höhere Beiträge als die aus ärmeren Staaten. Zudem gibt es eine Campwährung, deren Tauschkurs sich nach dem Lohnniveau der Herkunftsländer der Delegationen richtet.

Die Internationale Sozialistische Organisation (ISO), die Teil der Vierten Internationale ist, unterstützt das Camp. Ältere Genossinnen und Genossen, ob Mitglieder oder nicht, können vor allem mit Spenden dazu beitragen, dass vielen jungen Menschen – sowohl aus Deutschland als auch anderen Ländern – die Teilnahme durch Zuschüsse zu den Beiträgen und den Fahrtkosten erleichtert wird.

Wir bitten um Spenden auf das Konto:

Christiaan Boissevain

Stichwort: Jugendcamp

IBAN DE87 5001 0517 5426 9968 24

BIC INGDDEFFXXX.

Weitere Informationen über das Jugendsummercamp der Vierten Internationale:

<https://internationales-sommerncamp.org/>

<https://sozialismus.ch/sommerncamp-26/>

Solarenergie für Kuba – Solidarität jetzt!

Seit über 20 Jahren leistet der gemeinnützige Verein „Netzwerk InterRed Cooperación“ praktische Solidarität, beispielsweise durch Lieferung von Rollstühlen an den Behindertenverband ACLIFIM, Biogasprojekte, Hurrikanhilfe. In InterRed arbeiten Journalist:innen, Grafiker:innen, Ingenieur:innen, Fachleute aus Technik und Organisation zusammen. Der Verein ist von zahlreichen Förder:innen und auch von staatlichen und nichtstaatlichen Institutionen unterstützt worden.

Die Nachrichten der letzten Monate machen die Lage auf und um Kuba unmissverständlich klar: Die US-Blockadepolitik soll das widerständige Kuba in die Knie zwingen. Die Anklage der US-Justiz gegen den früheren kubanischen Präsidenten Raúl Castro ist ein weiterer Eskalationsschritt. Schon mit einem Dekret vom 1. Mai hat die US-Regierung unter Donald Trump die Wirtschaftsblockade erneut drastisch verschärft und die Auswirkungen sind unmittelbar spürbar. Die beiden Großreedereien Hapag-Lloyd und CMA CGM, zwei der bedeutendsten Akteure im weltweiten Containerverkehr, haben ihre Transporte nach Kuba praktisch über Nacht eingestellt. Sie verweisen auf „rechtliche Risiken“ durch die neue US-Sanktionspolitik, die den Druck gezielt auf Drittstaaten und deren Handelspartner ausweitet.

Für ein Land, das bereits vor dieser Eskalation mit massiven Energie- und Versorgungsengpässen gekämpft hat, ist das ein weiterer schwerer Schlag. Krankenhäuser, Schulen, Kooperativen – sie alle spüren, was es bedeutet, wenn Lieferketten wegbrechen, die ohnehin schon durch die jahrzehntelange Blockadepolitik fragil waren.

InterRed teilt mit: „Die aktuelle politische Situation hat uns in einer Entscheidung bestärkt, die wir schon länger erwogen haben: Statt bei jedem neuen

Projektschritt einzeln zu verschicken, was gebraucht wird, setzen wir diesmal auf eine andere Strategie. Ein erheblicher Teil des nun verschifften Materials ist projektübergreifendes Verbrauchsmaterial – unter anderem Kabel, Stecker, Verbindungselemente, Schutzrohre, Installationskanäle –, das bei nahezu jedem Projekt gebraucht wird und das wir künftig vor Ort auf Lager haben wollen.

Die Situation in Cuba ist ernst. Die Blockade wirkt, und sie wirkt gezielt. Aber sie stoppt uns nicht. InterRed und seine Partner reagieren auf die veränderten Bedingungen, passen Logistik und Strategie an und schicken Materialien, Werkzeuge und Menschen dorthin, wo sie gebraucht werden: in kubanische Krankenhäuser, die Solarstrom und Sicherheit brauchen.

Für 2026 sind in enger Abstimmung mit dem kubanischen Gesundheitsministerium weitere Solarprojekte an der Lateinamerikanischen Medizinischen Hochschule (ELAM) und einem Kinderkrankenhaus in Planung.

Mit jedem neuen Projekt wächst nicht nur die Stromproduktion, sondern auch das Vertrauen, dass solidarische Zusammenarbeit funktioniert.“

Wer diese Arbeit unterstützen möchte, kann das mit Spenden tun:

Netzwerk InterRed Cooperación e.V.
Bank für Sozialwirtschaft
IBAN DE15 3702 0500 0007 6002 00
BIC BFSWDE33MNZ

Vielfältige weitere Informationen zu den Projekten von InterRed: <https://interred-org.de/projekte/>

Kontakt zum Vereinsvorstand: <https://interred-org.de/kontakt/>